

Zweiter Teil.

Die weitere Auswirkung und Differenzierung
der Maifeier in der Arbeiterbewegung.

I. Kapitel.

Maifeier und Unternehmertum im wirtschaftlichen Kampf.

Als der erste Kongreß der zweiten Internationale in Paris die internationale Demonstration am ersten Mai beschloß, ahnte wohl keiner, welche ökonomischen Kämpfe die Durchführung dieser Manifestation im Gefolge haben sollte und welche Bedeutung diesem Tag in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Unternehmertum bevorstand. Schwerlich waren es nur die Forderungen der Maifeierbewegung oder das Opfer dieses Tages als solches, das die Unternehmer in unaussöhnlichen Gegensatz zu demselben stellte. Der Grund liegt tiefer. Was hier aufeinanderprallte, war die „Manifestidee“ des erwachenden Proletariats und das, was ich mit dem Ausdruck der „kapitalistischen Unternehmerrideologie“ bezeichnen möchte. Es wird später noch dargestellt, aus welchen Elementen der geistige Inhalt des „Maifeiergedankens“ zusammengesetzt ist und welcher Art die psychologischen Rückwirkungen auf die proletarische Masse sind. Die grundlegende Vorstellung, die mit der Maimanifestation verbunden wird, ist diejenige der Unentbehrlichkeit des Proletariats. Die demonstrative Äußerung derselben besteht in der Niederlegung der Arbeit. In der Verunmöglichung des geregelten Ganges des Produktionsprozesses soll methodisch der Beweis für die aufgestellte These geliefert werden. Aber noch mehr. Der Tag dieser proletarischen Willensäußerung wird aus eigenem Recht bestimmt, und gegen den Willen der Bourgeoisie soll er erobert werden. Ein Tag aus eigener Kraft. Mit selbstherrlicher Machtbefugnis greift die unterdrückte und ausgebeutete Klasse in die Geschicke ein¹. Dagegen bäumte sich der „Herr im Hause-Standpunkt“ auf. Und je mehr sich diese Vorstellung der Arbeiterklasse verdichtete, destoweniger war das Unternehmertum gewillt, in diesem Klassenkampf auch nur um Haaresbreite nachzugeben. Das ist der innerste Kern der sich schon in den Neunzigerjahren entwickelnden riesigen Wirtschaftskämpfe um dieses einzigen Tages willen.

In diese psychologische Einstellung des Unternehmertums zur Maifeierbewegung hat der geistreiche Kurt Eisner mit einer beißenden Satire hineingeleuchtet, die zur Illustrierung des eben Gesagten wert ist, hier kurz wieder-

¹ „Wir sind noch arm und sind nicht frei
Und sind noch nicht errettet,
Und feiern doch den ersten Mai,
Als wären wir entkettet.“

Basler Vorwärts vom 1. Mai 1897.

gegeben zu werden²: Ein, den Geschäftsabschluß studierender Industriefreiherr wird von der Meldung überrascht, daß seine Arbeiter am 1. Mai feiern wollen. Daß seine Leute maifeiern, sich mehr herausnehmen wollen, als Gott, Kaiser und Staat, neben Kaisers Geburtstag und Sedanfeier einen Xbeliebigen Tag zu ihrer Feier zu erklären sich erikühnen, will nicht in seinen Kopf herein. Da kommt ihm ein rettender, wahrhaftig genialer Einfall. Um den wertezerstörenden Proletariern einmal zu zeigen, was sie ohne die „Ausbeuter“ wären, sollten am nächsten 1. Mai als Antwort auf die freche Maifeier der Arbeiter alle Herrscher und Unternehmer die Arbeit ruhen lassen.

Dies geschah. Eine Unternehmerkonferenz begeisterte sich für den glänzenden Plan. „Mit dreifach gelötetem Ehrenwort verpflichtete man sich, am 1. Mai nichts, gar nichts zu arbeiten. Der Beschluß wurde streng geheimgehalten. Seine Ausführung sollte wie eine unerwartete verheerenden Katastrophe über die Völker hereinbrechen“. Am nächsten ersten Mai: „Die Monarchen schlossen ihr Szepter in den Silberschrank, legten sich aufs Kanepee, verriegelten die Türen und lasen „Fliegende Blätter“ und Sammlungen von Mikoschwitzen; keine Spur von regierender Tätigkeit. Die Unternehmer und königlichen Kaufleute gaben ihrer Unternehmerintelligenz Urlaub, tranken und spielten den ganzen Tag, spielten Sechsendsechzig, abends gingen sie in die Amor-, Blumen-, Geischa-, Paradies- und Ahnensäle, keiner gab die mindeste Anordnung, den leisesten Befehl, niemand blickte mit göttlichem Weitblick in die wirtschaftliche Zukunft der Menschheit“.

Mit Ungeduld wird der herannahende Morgen erwartet. Die ersten Blätter werden verschlungen. Aber umsonst, nichts, kein Wort über die Arbeitsniederlegung der herrschenden Klasse. „Sie warteten noch einen Tag und noch einen. Die Zeitungen schwiegen hartnäckig. Keine Deputation flehenden Volkes kam. Alles ging seinen gewöhnlichen Lauf“³.

² Kurt Eisner: Feste der Festlosen. Dresden 1906, Kaden & Co.; „Nobelmai“ (Mai 1903).

³ Mit dieser Satire soll die Überflüssigkeit des Unternehmertums gezeigt werden. Anderseits wird am 1. Mai die Unentbehrlichkeit des Proletariats, ein Gedanke, der in der Arbeitsniederlegung seinen symbolischen Ausdruck findet, demonstriert. Mit dieser periodisch immer wiederkehrenden Maßnahme soll dem Bürgertum und dem Unternehmertum im besonderen, die wirtschaftliche und soziale Bedeutung einer gesellschaftlichen Schicht, die bisher ungewürdigt und verkannt im Schatten wandelte, ins Gedächtnis gerufen werden. Das ist die soziale Idee, die in der Maifeierbewegung liegt. Die Satire Eisners und der soeben skizzierte, in der Maifeier zum Ausdruck kommende Gedanke, erinnert übrigens in frappanter Weise an die berühmte „Parabel St. Simons“. In dieser eindrucksvollen „Parabel“ schildert St. Simon die entsetzlichen Folgen, die sich für Frankreich beim Verlust seiner besten Ärzte, Chemiker, Mathematiker usw., seiner ersten Bankiers, Kaufleute usw. (alle hauptsächlichlichen Professionen sind vertreten) ergeben würden. Was würde aber eintreten, wenn alle diese unentbehrlichen Männer Frankreich erhalten blieben und das Land dafür an einem Tag Monsieur, Monseigneur, le Duc d'Angoulême, überhaupt die ganze königliche Familie, sowie seine Hofbeamten, seine Minister und Staatsräte, und dazu noch die schmarotzenden Reichen, verlöre? Gewiß — antwortet St. Simon — ein menschliches Mitgefühl wäre diesen Leuten nicht zu versagen, aber für Frankreichs Wohl wäre dieser Verlust leicht zu tragen. Wer erkennt in dieser Parabel, in Eisners Aufsatz und im geistigen Gehalt der Maifeierbewegung nicht einen bedeutsamen Parallelismus? Die Absicht und die Tendenz ist die gleiche. Der einzige Unterschied besteht darin, daß eine neue Klasse als die Trägerin der gleichen Argumente erscheint. Bei St. Simon ist es die um ihre gesellschafliche Stellung kämpfende „industrielle Klasse“, die ihre Unentbehrlichkeit manifestiert und der feudalen Gesellschaft die Existenzberechtigung in dieser Welt bestreitet. Aber den Fersen der industriellen Klasse folgt schon eine neue. Bei Eisner und in der Maifeierbewegung ist es das Proletariat, das als

Es ist eine, durch die vorhandenen Untersuchungen über die **U n t e r n e h m e r v e r b ä n d e** längst erhärtete Tatsache, daß die Organisation der Arbeiter den primären und diejenige der Unternehmer den sekundären Vorgang bilden. Die Entwicklung der Maifeier belegt diese Erscheinung aufs neue.

Im Kampf gegen die Maifeier entstanden schon in den ersten Jahren **U n t e r n e h m e r o r g a n i s a t i o n e n**. Eine Reihe von Unternehmerverbänden wurden durch die Maifeierbewegung bestimmt, oder finden doch mindestens in derselben ihre direkte Gründungsursache, wenn sich später auch zu den unmittelbaren Zielen noch andere Zwecke dazugesellen.

Im April 1890 wurde zum ausschließlichen Zweck der Bekämpfung der Maifeier der **A r b e i t g e b e r v e r b a n d H a m b u r g - A l t o n a** gegründet⁴. Er eröffnete seine Tätigkeit mit einer Maiaussperrung aller Arbeiter, die sich an der Maifeier beteiligt hatten⁵. In ähnlicher Weise verdankt der „**V e r b a n d v o n A r b e i t g e b e r n d e r S ä c h s i s c h e n T e x t i l i n d u s t r i e**“ nach Angaben, die Kulemann in der zweiten Auflage seiner „**Gewerkschaftsbewegung**“ macht, im April 1896 sein Entstehen der Absicht und dem Willen die Begehung der Maifeier durch Arbeitsruhe zu bekämpfen⁶.

Unmittelbar veranlaßt durch die Maifeier waren auch die in **Ö s t e r r e i c h** seit 1890 entstandenen Ortsverbände, die als reine Kampfesorganisations örtlich sämtliche Industrielle zusammenfaßten. Die erste dieser Vereinigungen soll nach Kulemann⁷ diejenige von Bielitz und Biela gewesen sein. Es gelang ihr 1891 mittelst einer zehntätigen Aussperrung die Wiederholung der Arbeitsruhe an der Maifeier auf Jahre hinaus zu verhindern. Bekannt ist die Zusammenfassung der meisten Unternehmerverbände Österreichs 1892 im „**Z e n t r a l v e r b a n d d e r I n d u s t r i e l l e n Ö s t e r r e i c h s**“, hervorgehoben ebenfalls durch den Willen der Arbeitsniederlegung am 1. Mai in wirksamer Weise begegnen zu können⁸. Dies ist ihnen in Österreich nicht gelungen. Es läßt sich im allgemeinen sagen, daß die Durchführung der Arbeitsruhe in diesem Land nicht mehr v e r u n m ö g l i c h t werden konnte. Nach der amtlichen Statistik der „**Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in Österreich**“ (herausgegeben vom Statistischen Amt) zählt man von 1894 bis 1903 sehr wenig Maiaussperrungen. Die Zahl der Maiausgesperrten überstieg selten die

Klasse um seine gesellschaftliche Geltung kämpft, herrisch auf seine Unentbehrlichkeit pocht und gegen die industrielle Klasse die gleichen, schweren Vorwürfe erhebt, mit denen diese selbst einst gegen die Feudalität focht. (S. die Parabel St. Simons bei Gide u. Rist: Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Deutsch herausgegeben von Franz Oppenheimer. Jena 1913, Gustav Fischer, S. 231 u. f.)

⁴ Gerhard Kessler: Die deutschen Arbeitgeberverbände. Leipzig 1907, Dunker & Humblot, S. 39.

⁵ „Die Unternehmer“, schreibt Richard Ehrenberg in bezug auf jene Gründung „gelangten zu der Überzeugung, daß Nachgiebigkeit die Arbeiter nur in ihren maßlosen Forderungen bestärke und entschlossen sich daher, auf jede Gefahr Widerstand zu leisten“. Jahrb. f. Nat. u. Stat., 1897, Bd. XIII, S. 801.

⁶ Walter Kulemann: Die Berufsvereine, zweite Auflage der Gewerkschaftsbewegung. Jena 1908, Gustav Fischer. III. Bd., S. 202.

⁷ Kulemann: Die Gewerkschaftsbewegung. Darstellung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und der Arbeitgeber aller Länder. Jena 1900, Gustav Fischer, S. 609.

⁸ Vgl.: Verhandlungen des 3. Österreichischen Parteitages zu Wien 1892. Wien 1892, Verlag Bretschneider, S. 163. Auch Kulemann: Die Berufsvereine. 5. Bd., erwähnt S. 96 als unmittelbare Veranlassung zur Gründung die im Jahre 1890 einsetzende Bewegung zur Feier des 1. Mai, die unter den Industriellen außerordentliche Erregung hervorgerufen habe.

Tausend und erreichte in den Jahren 1896 und 1900 mit 3340 resp. 3184 dem Höchststand. Die Maifeier war längst Gemeingut der österreichischen Arbeiter, als die Organisationen anderer Nationen noch schwer um die Anerkennung derselben kämpfen mußten. Die Österreicher standen deshalb auch an den internationalen Kongressen, im Gegensatz zu den Vertretern anderer Länder, stets mit Energie für die Forderung der Arbeitsruhe ein. Die entschlossene Durchführung der Arbeitsniederlegung schon an der ersten Maifeier, die spontane und begeisterte Aufnahme dieses Tages gerade von den österreichischen Arbeitermassen erleichterte ihnen die Arbeitsruhe auch später, als mächtige Arbeitnehmerorganisationen ihre Widerstände geltend machten.

Als in Frankreich im Jahre 1906 der revolutionäre Syndikalismus die große Achtstundenbewegung auf den ersten Mai durchführte, zeigte sich in den daran anknüpfenden Kämpfen dieselbe Erscheinung. In der Gewerkschaftsliteratur jener Zeit ist immer wieder die gleiche Klage zu lesen, daß sich die Unternehmer zusammenschließen und dort, wo dies noch nicht der Fall ist, Unternehmerorganisationen gründen, um durch entsprechende Vereinbarung der Bewegung wirksam begegnen zu können. Leider ist man über jene Erscheinungen nur auf die Tages- und Gewerkschaftspresse angewiesen.

Am heftigsten gestalteten sich die Kämpfe in Deutschland. Es spielten sich dort im Anschluß an Maifeierkonflikte wirtschaftliche Riesenkämpfe von solch elementarem Ausmaß ab, wie sie sonst nur bei Kardinalfragen der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse auszubrechen pflegen. Die Maiaussperrungen haben der deutschen Gewerkschaftsbewegung tiefe und schwere Wunden geschlagen. Über ihren Umfang, die finanzielle Belastung der Gewerkschaftsverbände und die hieraus entstehenden Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit und den Wert der Maifeier resp. der damit verbundenen Arbeitsruhe als gewerkschaftliches Kampfmittel wird in einem besonderen Kapitel noch zu sprechen sein.

Für die Entstehung der Unternehmerverbände gibt Keßler für die Zeit von 1882 bis 1895 folgende Statistik:

1882	0	1889	14
1883	1	1890	29
1884	1	1891	1
1885	2	1892	0
1886	2	1893	2
1887	1	1894	1
1888	5	1895	4 ⁹

1890 wurden nicht weniger als 29 neue Verbände gegründet. Den Grund hierfür findet Keßler in erster Linie in der Proklamierung der Maifeier durch den internationalen Sozialistenkongreß in Paris. Zahlreiche Arbeitgeberverbände sind damals zunächst zur solidarischen Abwehr der Arbeitsruhe gegründet worden. Als Mittel hierfür wurde die Aussperrung angewendet¹⁰.

⁹ A. a. O., S. 37.

¹⁰ Es scheint, daß es in erster Linie die Metallindustriellen waren, die sich gegen die Maifeier richteten. In der vom deutschen Metallarbeiterverband herausgegebenen Schrift „Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland“ (Stuttgart 1907, Alex. Schlicke & Co.) wird S. 10 vom Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete berichtet, daß dieser Unternehmerverband am 26. April 1890 ein Zirkular versandte, in dem die Gründung des Verbandes deutscher Metallindustrieller angezeigt und mitgeteilt wurde, daß

Diese waren ihrem Charakter nach Strafaussperrungen. Zuerst traten sie vereinzelt auf, wurden dann aber mit Ausbreitung der Unternehmerverbände bald organisiert und immer raffinierter ausgestaltet. In ihrer Wirkung führten sie zu immer größerer Organisierung der beteiligten Parteien und zu einer stets schärfer werdenden Ausbildung des Klassenbewußtseins.

Im Jahre 1905 wurde vom Landtagsabgeordneten Menk die sog. A.B.C.-Aussperrung empfohlen. Bei diesem System wurden die Arbeiter nach dem Alphabet von einem bestimmten vereinbarten Buchstaben ab ausgesperrt. Von den Arbeitgeberorganisationen wurde dieses System als kombinierte prozentuale A.B.C.-Aussperrung auch tatsächlich angewendet¹¹. Ein anderer Plan, der in den Arbeitgeberverbänden auftauchte, bestand darin, bestimmte Altersklassen auszusperrern, wobei namentlich die jungen Jahrgänge zu „berücksichtigen“ seien¹².

Durch solche Methoden gab man die individuelle Ahndung der Schuldigen auf, das Klassenverhältnis der betreffenden Kämpfe trat damit unverhüllt hervor.

Die zu ergreifenden Maßnahmen wurden nicht mehr durch den einzelnen Unternehmer bestimmt, sondern von zentralen Organisationen aus geleitet. Zur Maifeier 1906 z. B., ließ der Verein deutscher Arbeitgeberverbände an seine Mitglieder eine Mitteilung kommen des folgenden Inhalts: „Gemäß dem am 2. Mai 1901 vom Vorstand gefaßten Beschluß, machen wir Sie darauf aufmerksam, daß das unentschuldigte Fernbleiben der Arbeiter aus den Betriebsstätten am 1. Mai als Bruch des Arbeitsverhältnisses aufzufassen ist und daß diese Arbeiter als Ausständige zu betrachten sind“. Er ersucht daher die Namen der feiernden Arbeiter mitzuteilen, damit dieselben, „nach Maßgabe des von ihrem Verbands gefaßten Beschlusses, zeitweilig von der Arbeitseinstellung ausgeschlossen werden können“¹³. In der Jahresversammlung 1907 des Bundes der Arbeitgeberverbände Berlins beschloß diese Zentralorganisation, daß sämtliche am 1. Mai feiernde Arbeiter auszusperrern seien¹⁴, der im Jahre 1906 gegründete allgemeine Arbeitgeberverband Mannheim-Ludwigshafen erklärte die Freigabe des 1. Mai als gegen die Prinzipien des Verbandes verstoßend¹⁵, usw.

In ähnlicher Weise überließen die Arbeiter die Bestimmung, ob am 1. Mai gefeiert werden solle, ebenfalls nicht dem Belieben des einzelnen. Entweder waren es zentrale gewerkschaftliche Instanzen, oder die einzelnen Betriebe, die über die Arbeitsruhe bestimmten. Warum zu dieser Regelung gegriffen wurde, wird noch zu zeigen sein; ebenfalls die Kämpfe, die aus diesem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit entstanden.

Mit den Maßnahmen der Unternehmerverbände sollte die Maifeierbewegung niedergeworfen werden. „Wenn die Vorzeichen nicht trügen, wird es den Arbeitgeberverbänden gelingen, mit Hilfe der Maiaussperrungen in einigen

der Vorstand seine Tätigkeit damit begonnen habe, daß er der Frage der Feier am 1. Mai nähergetreten sei. Dieser Mitteilung folgten Vorschläge, wie die Mitglieder gegen die Maifeier in ihren Etablissements vorgehen sollen.

¹¹ Soziale Praxis, Nr. 4, vom 26. Okt. 1905.

¹² Soziale Praxis, Nr. 15, vom 11. Jan. 1906.

¹³ Frankfurter Ztg. 1906, Nr. 119.

¹⁴ Kulemann: Die Berufsvereine, Jena 1908. 3. Bd., S. 64.

¹⁵ Kulemann: Die Berufsvereine, 3. Bd., S. 77.

Jahren die Arbeitsruhe am 1. Mai so gut wie vollständig zu beseitigen¹⁶. Diese Bestrebung ließ die Arbeiterbewegung nun allerdings nicht so ohne weiteres über sich ergehen. Es wird weiter unten gezeigt werden, wie die Gewerkschaften eine Zeit lang dazu übergangen, die Maßregelungen und Gegenforderungen zu beantworten. Damit entwickelten sich die Konflikte aber zu Bewegungen von ganz außerordentlicher Tragweite. Die Gewerkschaften wurden durch diese Kämpfe tatsächlich oft lahmgelegt. Schwerer wogen für die Unternehmer die Hindernisse wirtschaftlicher Natur. In wirtschaftlich ertragreichen Jahren, bei aufsteigender Konjunktur wurden die Aussperrungen aussichtslos und versagten ihre Wirkung. Die Gewerkschaften hatten für die Durchführung der Arbeitsruhe in diesen Zeiten eine starke Position. Es ist für die Heftigkeit und Verbissenheit, mit der sich das Unternehmertum gegen das Maifest richtete, überaus bezeichnend, daß es Verbände gab, die wie jene der Berliner Planen- und Zeltfabrikanten im Jahre 1906 die Frage aufwarfen, ob die Maiaussperrungen nicht in die „stille Zeit“ des Gewerbes zu verlegen seien, d. h. ob die Maifeiernden nicht in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr zum Beispiel auszusperrern wären¹⁷.

Die drängende Konjunktur, Saisonarbeiter, der Mangel an Ersatzarbeitern und die Notwendigkeit, den Stamm geschulter Leute nicht zu verlieren, zwang die Unternehmer oft gegen ihren Willen den Ausgesperrten die Werkstätten wieder zu öffnen. (Berichte des sozialdemokratischen Parteivorstandes für die Jahre 1899 und 1900). Wo die Unternehmer zur Wahrung ihres Prestiges den Feiernden einen dreitägigen Arbeitsausschluß dekretierten, „ließen sich die Arbeiter davon nicht einschüchtern und beantworteten die Aussperrung mit der Niederlegung der Arbeit“. Sie fanden rasch bei der Konkurrenz „liebevoller Aufnahme“¹⁸! Daneben soll es auch nicht an Unternehmern gefehlt haben, die den Arbeitern den ganzen oder doch den halben Tag aus eigenem Entschluß freigaben¹⁹. „Nicht unerwähnt soll bleiben, daß in diesem Jahre die Zahl der Unternehmer eine erkleckliche war, die anerkennen, daß die Arbeiter, die das Opfer eines Arbeitstages für ihre Ideale bringen, nicht die schlechtesten sind, und deshalb den Wünschen ihrer Arbeiter auf Freigabe des 1. Mai bereitwilligst entgegenkamen“²⁰.

Es nützte indessen nicht viel, daß selbst bürgerliche Handelsblätter, wie z. B. die „Frankfurter Zeitung“ diese Forderung unterstützten. Das genannte Blatt, das einmal schrieb, „daß es den Unternehmer wenig zu kümmern habe, ob der Arbeiter diesen freien Tag zu einer nach seiner Ansicht vernünftigen oder unvernünftigen Demonstration benütze, denn ebenso wie er seine politische Meinung wahr, muß er, sofern er recht und billig handelt, auch die politischen Ansichten der Arbeiter respektieren“ (1. Mai 1897), blieb ein Rufer in der Wüste. Kessler war wohl der bessere Interpret der Auffassung des Unternehmertums, wenn er in seiner Untersuchung über die deutschen Arbeitgeberverbände schrieb: „Ihr prinzipieller Kampf gegen die Arbeitsruhe am

¹⁶ Kessler: a. a. O., S. 245.

¹⁷ Kessler: a. a. O., S. 246. Vgl. hierzu den Geschäftsbericht des Bundes der Arbeitgeberverbände Berlins 1906, S. 11.

¹⁸ Prot. üb. d. Verh. d. soziald. Parteitages in Gotha 1896, S. 26.

¹⁹ Prot. üb. d. Verh. d. soziald. Parteitages in Hannover 1899, S. 21.

²⁰ Prot. üb. d. Verh. d. soziald. Parteitages in Mainz 1900, S. 23 (in den entsprechenden Berichten des Parteivorstandes).

1. Mai ist begreiflich. Jede geordnete Produktion würde unmöglich, wenn die Arbeitgeber den internationalen Sozialistenkongressen das Entscheidungsrecht darüber zugeständen, an welchem Tage gearbeitet werden soll, und an welchem nicht. Es handelt sich hier weniger um den einen Arbeitstag, den die meisten Betriebe vielleicht entbehren könnten, als um die prinzipielle Frage²¹.

Eine wichtige Erscheinung die in diesem Zusammenhang vermerkt werden muß, ist das Entstehen gelber Organisationen als Folge der Maifeier. Solche Erfahrungen wurden namentlich in Deutschland in der Metallindustrie gemacht. Die Arbeiter wurden ausgesperrt, durch Arbeitswillige ersetzt und diese dann zu einem Fabrikverband organisiert. Gewöhnlich wurde mit einer Pensionskasse seine Anziehungskraft zu erhöhen gesucht. Solche Folgen zeigten sich namentlich anläßlich der Maifeier des Jahres 1906, die durch umfangreiche Massenaussperrungen gekennzeichnet war. Ein Bericht der Verwaltungsstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes bezeichnet die gelben Organisationen geradezu als Produkt der Maifeier. Die Berliner Metallarbeiter würden jahrelang zu tun haben, um dieses Bleigewicht der Arbeiterbewegung wieder abzuschütteln²². Ein typisches Beispiel der Gründung einer gelben Organisation im Anschluß an die Maifeier resp. an die Arbeitsruhe und Aussperrung dieses Tages, gibt Kulemann in seiner Darstellung der Berufsvereine mit der Entstehungsgeschichte der „Freien Vereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Optischen Anstalt C. F. Götz in Friedenau“²³.

Von den gelben Organisationen Frankreichs wissen wir, daß sie anläßlich der, von den Syndikalisten auf den 1. Mai 1906 durchgeführten Achtstundenaktion den Unternehmern zum Schutz der Maschinen vor Sabotage und zur Arbeit zur Verfügung standen²⁴.

Immerhin dürfen diese Erscheinungen nicht verallgemeinert werden. Wo die Gewerkschaften starke Wurzeln geschlagen hatten, war die Bildung solcher gelber Organisationen aus der Maifeier praktisch verunmöglicht und auch dort, wo sie Fuß zu fassen vermochten, wurden sie durch die intensive gewerkschaftliche Entwicklung als zeitlich engbegrenzte Gebilde überwunden.

Neben den, aus dem Kampf um die Maifeier sich ergebenden und von den Gewerkschaften gefürchteten Konflikten, bestand in verschiedenen Ländern die Tendenz, bewußtermaßen gerade auf den ersten Mai solche Bewegungen zu verlegen. Diese Bestrebungen hatten verschiedene Ursachen. Einmal eine, eingestandenermaßen psychologische. Mit solchen Bewegungen sollte der proletarische Charakter der Maifeier gewahrt werden, man hatte da und dort eine nicht unberechtigte Furcht vor einer „Bourgeoisierung“ derselben. Dem „Waldfest“ wurde der gewerkschaftliche Kampf um die Forderungen des Maitages gegenübergestellt. Diese Bemühungen wurden mächtig gefördert durch die immer mehr sich geltend machende Auffassung, daß mit Demonstrationen in den Straßen und vor den Parlamenten keine Minute einer Arbeitszeitverkürzung erreicht werden könne und daß deshalb an diesem Tage der praktische Kampf um diese Forderung geführt werden müsse. Schließlich war es die Mythe des Generalstreiks, die mit ihrer merkwürdigen Macht ge-

²¹ A. a. O., S. 244.

²² Siehe hierzu: Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland, herausgegeben vom Metallarbeiterverband, S. 134 u. 138.

²³ Kulemann: Die Berufsvereine, 2. Bd., S. 451 u. f.

²⁴ Gelbe Arbeiterzeitung vom 21. April und 15. Mai 1906.

rade die opferwilligsten Schichten des Proletariats eroberte und den Maitag in den Bereich erhoffter Anwendungsmöglichkeiten zog.

Neben verschiedenen anderswo zu behandelnden Bestrebungen in den internationalen Verbänden der Bergarbeiter, der Seeleute und anderer ist in erster Linie die vom französischen Syndikalismus auf den 1. Mai 1906 durchgeführte Achtstundenbewegung zu nennen. Auch in Österreich war zu solchen Unternehmungen Neigung vorhanden. Der Kongreß der österreichischen Sozialdemokratie in Wien beschloß 1894 den Kampf um den Achtstundentag auch praktisch einzuleiten und zu diesem Zweck diejenigen Industriezweige, die dem Ziel am nächsten standen (Grubenarbeiter) in die Bewegung um die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen²⁵. Der Durchführung dieser Anregung müssen aber schwere Schwierigkeiten gegenübergestanden sein, denn der gleiche Antrag wurde zwei Jahre später 1896 in Prag entschieden abgelehnt²⁶.

²⁵ Verh. des 4. Österreichischen Sozialdemokratischen Parteitages 1894 zu Wien, S. 122 und 123.

²⁶ Verh. des 5. Österreichischen Sozialdemokratischen Parteitages 1896 in Prag, S. XVI.

2. Kapitel.

Die Maifeier in der deutschen Arbeiterbewegung (Partei- und Gewerkschaftsbewegung).

1. Die ersten Maifeiern und die oppositionelle Bewegung der „Jungen“.

Von den Ereignissen, die mit der ersten Maifeier im Zusammenhang stehen, sind für die Geschichte der Arbeiterbewegung von Bedeutung die Auseinandersetzungen, die in dieser Frage in Deutschland stattfanden.

Wie in allen Ländern wurde auch in Deutschland die Ankündigung der Maifeier auf den 1. Mai 1890 von den Arbeitern mit großer Begeisterung aufgenommen. Eine Gewerkschaft nach der anderen beschloß spontan, ohne Zutun der Parteileitung und obwohl der Pariser Beschluß das nicht als Bedingung hinstellte, an diesem Tage Arbeitsruhe eintreten zu lassen. Es ist namentlich die Gewerkschaftspresse gewesen, die sich damals energisch für die Niederlegung der Arbeit eingesetzt hat. Nach Bernstein sprachen sich schon im Spätherbst 1889 in Berlin die verschiedensten Berufe, wie die Bildhauer, Drechsler, Feilenhauer, Korbmacher, Maler, Lackierer, Schriftgießer, Tabakarbeiter, Tischler, Töpfer, Weber und andere, sowie öffentliche Arbeiterversammlungen für die Arbeitsniederlegung aus²⁷. Ende März 1890 erschien in der „Volkstribüne“ und im „Volksblatt“ unter dem Titel „Was soll am 1. Mai geschehen?“ ein Aufruf, der von Th. Glocke, Baginsky (Schuhmacher), Albert Schmidt (Buchdrucker), W. Schweitzer (Maler), Jul. Wernau (Maurer), Wilhelm Werner (Buchdrucker), E. Wiedemann (Tischler), Max Schippel (Redakteur) und J. Hartmann (Metallarbeiter) unterzeichnet war²⁸. Er empfahl mit aller Kraft die Agitation zugunsten der Achtstundenbewegung in die Hand zu nehmen und zu diesem Zweck in allen Industriestädten, in denen starke Organisationen bestehen, den ersten Mai als Feiertag zu erklären. Der Aufruf, getragen von der gleichen bestimmten Entschlossenheit und Begeisterung, wie sie sich in der Arbeiterschaft regte, schlug ferner die Organisation von Massenpetitionen zu Gunsten des Achtstundentags vor. „1½ Millionen Stimmen am 20. Februar! 2 Millionen Unterschriften am 1. Mai! das sei die Parole.“

²⁷ Eduard Bernstein: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. 3 Bände Berlin 1907, II. Bd., S. 304.

²⁸ Eduard Bernstein: a. a. O., II. Bd., S. 306.
Giovanni

Darauf griff am 25. März 1890 ein Mitglied der Reichstagsfraktion (es war Ignaz Auer) im Berliner Volksblatt (Vorwärts) diesen Aufruf heftig an. Es wurde erklärt, daß „dieses selbständige Vorgehen eines Teiles der Berliner Genossen in einer für die Partei und die gesamte deutsche Arbeiterklasse so hochwertigen Frage“ in weiteren Parteikreisen unangenehm berührt habe. Der Artikel schloß mit der Aufforderung, in dieser Angelegenheit keine Entschlüsse zu fassen bis die Fraktion als die Vertreterin der Partei gesprochen habe. Am 13. April veröffentlichte diese dann endlich ihren Aufruf, in dem sie ein allgemeines Ruhen der Arbeit unter den herrschenden Arbeitsverhältnissen als unmöglich erklärte. „Zu diesen Erwägungen“, fuhr der Aufruf fort²⁹, „kommen noch politische Bedenken, es liegt in der Natur der Dinge, daß die Feinde der Arbeitersache in Deutschland jetzt alles aufbieten, um den Arbeitern die Früchte des Sieges vom 20. Februar des Jahres zu entreißen. Wer die Presseorgane der Bourgeoisie liest, ersieht aus denselben, daß die Feinde der Arbeitersache auf den 1. Mai große Hoffnungen setzen. Sie hoffen und wünschen, daß die Kundgebung des 1. Mai zu Konflikten mit der Staatsgewalt führen werde. Unter solchen Umständen können wir es mit unserem Gewissen nicht vereinigen, den deutschen Arbeitern zu empfehlen, daß sie den ersten Mai zu einem Tag allgemeiner Arbeitsruhe machen.“

In der Folge entwickelten sich die Auseinandersetzungen zu einem schweren Konflikt zwischen Parteivorstand und Opposition, ein Konflikt, der die junge Partei, die doch nach dem unerwarteten Erfolg der Reichstagswahlen vom 20. Februar eben im Begriff stand, das schon zwölf Jahre dauernde Sozialistengesetz siegreich zu überwinden, in eine gefährliche Krise brachte.

Die oppositionelle Bewegung gegen die Reichstagsfraktion, die während des Bestehens des Sozialistengesetzes unter dem Zwang der Notwendigkeiten die Führung der ganzen Partei besaß, begann schon in der letzten Zeit des Ausnahmezustandes und hatte verschiedene Ursachen. Letztendlich ist es die Reaktion der Masse gegen das Parteiführertum gewesen. Eine Bewegung gegen die sich in diesen Verhältnissen leicht entwickelnden oligarchischen Tendenzen. Aber „was die Opposition eigentlich s c h u f, war das Verhalten der Fraktion zur ersten Maifeier“ hebt einer ihrer damaligen Wortführer ausdrücklich hervor³⁰.

Eduard Bernstein meint in seiner Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, daß der Vorwurf an die Adresse der Veranstalter des Aufrufs, der die Arbeitsruhe empfahl, in einer Sache, die die Gesamtbewegung anging, sich eine Vollmacht beigelegt zu haben, welche der anerkannten Parteileitung zukam, nicht unberechtigt gewesen sei. „Die Ignorierung der Reichstagsfraktion, der die verschiedenen Parteikongresse ausdrücklich die Führung der Parteigeschäfte übertragen hatten, war, wo es sich um eine so weittragende Sache handelte, zugleich ein Vorstoß gegen die Parteidisziplin als auch ein grober politischer Fehler.“³¹ Nun war aber die Absicht auf solchem Wege über die Art der Durchführung der Maifeier endgültig zu entscheiden umso problematischer, als die neugewählte Reichstagsfraktion damit beauftragt worden war

²⁹ Abgedruckt in der vom deutschen Metallarbeiterverband herausgegebenen Schrift „Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland“. Stuttgart 1907, S. 7.

³⁰ Hans Müller: Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie. Zürich 1892, Verlagsmagazin Schabelitz, S. 71.

³¹ A. a. O. 2. Bd., S. 309.

und niemand wußte, ob diese überhaupt vor dem 1. Mai einberufen werde, um über diese Frage beschließen zu können. Auch ließ der beanstandete Aufruf die durch die Verhältnisse gebotene Vorsicht keineswegs missen, da er in allen Orten, in denen keine ausgeprägten starken Arbeiterorganisationen bestanden, von der Proklamierung des Feiertages abzusehen empfahl. Die aus den Tiefen der lange Jahre unterdrückten und nun freigewordenen Arbeiterklasse hervorbrechende, begeisterte Aufnahme des Maitages war überhaupt eine Massenbewegung, die sich in keine Schablone bannen ließ. Da die Fraktion mit ihren Beschlüssen auf sich warten ließ, entschloß man sich, auf begreifliche Weise selbst zu entscheiden. In Berücksichtigung der Ereignisse in Hamburg, wo über die Anordnungen des Parteivorstandes hinaus, die einmal beschlossene Arbeitsruhe beibehalten wurde, und des gegen die Haltung der Fraktion sich überall richtenden Unwillens muß die oppositionelle Bewegung doch mehr als nur jene „Literaten und Studentenrevolte“ gewesen sein, von der Friedrich Engels sprach⁸². Der kurz vor der Maifeier erscheinende Fraktionsaufruf brachte die größte Unsicherheit in die Reihen der Arbeiter. Der sich allenthalben regende Widerstandswille und die Begeisterung waren dahin. Das gibt auch Franz Mehring zu, wenn er in seiner, diese Ereignisse übrigens nur kurz streifenden Geschichte der deutschen Sozialdemokratie schreibt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Dringlichkeit der Frage nicht genügend eingeschätzt zu haben schien und wohl allzu lange geschwiegen habe⁸³. Auch der, den Oppositionellen fernstehende Eduard Bernstein gesteht zu, daß Schippel materiell doch wohl recht gehabt habe „wenn er es als ein schweres Versäumnis hinstellte, daß die Fraktion bezw. die Parteileitung nicht früher zu der Frage der Arbeitsruhe Stellung genommen habe. Denn das war sicherlich keine Sache, die sich in acht Tagen nach der einen oder anderen Seite hin bestimmen ließ.“⁸⁴

Die Folge war, daß am ersten Mai die Arbeitsruhe zu großen Kämpfen mit dem Unternehmertum führte. Vor allem kam es in Hamburg und Berlin zu ausgedehnten Konflikten. Namentlich die Hamburger Niederlage, die das stolze gewerkschaftliche Bollwerk auf lange Zeit hinaus kampfunfähig gemacht haben soll, wurde schwer empfunden. Die darauf mit größter Heftigkeit einsetzenden Auseinandersetzungen waren äußerst unerquicklich. H. Müller sah die Bedeutung der Kämpfe der Opposition und der ihr zugrunde liegenden Ereignisse darin, daß die rein proletarischen Elemente der Partei sich gegen die kleinbürgerlichen Empfindungen und die seit dem Fall des Sozialistengesetzes und den neuen Wahlen vollzogene Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Partei, die auf die neuen Wählermassen Rücksicht nehmen zu müssen glaubte, auflehnte: „Es begann ein Klassenkampf in der

⁸² Siehe: Briefe und Auszüge aus Briefen von J. Ph. Becker usw. an F. A. Sorge u. a. Stuttgart 1906, Dietz Nachf., S. 344 u. 345. Auch in Nürnberg, wo die Gewerkschaften für die Arbeitsruhe eingetreten waren, herrschte über den Aufruf der Fraktion große Verstimmung. Siehe G. Gärtner: Die Nürnberger Arbeiterbewegung. Nürnberg 1908, Fränkische Verlagsanstalt, S. 135. Für die Ereignisse in Hamburg F. Paepow: Die Organisation der Maurer Deutschlands von 1869—1899. Hamburg 1900, wo Paepow die Kundgebung der Fraktion, „die zweckmäßig einige Monate früher hätte erscheinen müssen,“ kritisiert und deren verhängnisvolle Folgen für die Maurer im Baugewerbe darlegt, S. 218 u. f.

⁸³ Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. IV. Bd.: Bis zum Erfurter Programm. 4. Aufl. Stuttgart 1909, Dietz Nachf., S. 329.

⁸⁴ Bernstein: a. a. O., S. 310.

Partei zwischen dem revolutionär-proletarischen und dem possibilistisch-kleinbürgerlichen Element.“⁸⁵ Möge dem sein, wie es wolle — wir haben hier nicht die Aufgabe einer näheren Darlegung dieser Ereignisse — die Auseinandersetzung endigte mit einer Niederlage der oppositionellen „Jungen“. Sie wurde ermöglicht, weil Bebel mit dem Vollgewicht seiner bereits historischen Persönlichkeit in den Zentren der Opposition, in Magdeburg, Dresden und Berlin in Massenversammlungen auftrat und die Redaktoren der oppositionellen Blätter, die von ihm mit wenig Nachsicht bekämpft wurden, wie Müller und Kampffmeyer an der Volksstimme in Magdeburg zurücktraten. Sowohl der Parteitag von Halle 1890, wie derjenige in Erfurt 1891, hatten sich indessen nochmals mit den „Jungen“ zu befassen. Namentlich die Berliner Opposition lebte im Sommer 1891 nochmals auf, ohne jedoch irgendwie mit ihren Ideen durchdringen zu können. Am Erfurter Parteitag war sie gezwungen, aus der Partei auszutreten⁸⁶.

In bezug auf die Durchführung der Maifeier wurde in Halle beschlossen, die Demonstrationszüge auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, sofern sich der Arbeitsruhe am 1. Mai Hindernisse entgegenstellen. Am Parteitag zu Berlin 1892 entschied man sich, wie bereits erwähnt worden ist, prinzipiell für die Abhaltung der Maifeier am 1. Mai. Mit Rücksicht auf die herrschende wirtschaftliche Depression beschloß man jedoch von der Proklamierung der Arbeitsruhe abzusehen und die Feiern, Demonstrationsversammlungen usw. auf den Abend des 1. Mai zu verlegen. Nachdem der internationale Arbeiterkongreß zu Zürich 1893, den Maifeierbeschluß in dem Sinne verschärft hatte, daß die Sozialdemokratie eines jeden Landes verpflichtet wurde, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden diesbezüglichen Versuch von einzelnen Organisationen zu unterstützen, sah sich auch die deutsche Sozialdemokratie gezwungen, in der Durchführung der Arbeitsruhe einen Schritt weiter zu gehen. Dies geschah am Parteitag zu Köln 1893 mit der Annahme der folgenden Resolution, die auch in anderer Hinsicht den Charakter des Maifestes, als einer proletarischen Demonstration schärfer faßte: „Gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse von Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893, begeht die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu im Stande sind, neben den Kundgebungen den ersten Mai auch durch Arbeitsruhe feiern.“⁸⁷

⁸⁵ H. Müller: a. a. O., S. 76. Franz Mehring: a. a. O., S. 330, hält den „fürchterlichen Klassenkampf zwischen Kleinbürgertum und Proletariat“, den sich Müller zusammenphantasiert habe, für einen grund- und haltlosen Angriff und hält mit seinem harten Urteil über ihn nicht zurück. Es soll nicht verschwiegen werden, daß H. Müller nach dem Verlassen der Partei später Wege ging und Ideen huldigte, die ihn von seinem Ausgangspunkt weit entfernten.

⁸⁶ Siehe zu diesen Vorgängen das Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Erfurt 1891. Berlin 1891, Vorwärtsverlag. In diesem Protokoll befindet sich in der Anlage auch eine Zusammenstellung über „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition“, S. 53 u. f.

⁸⁷ Prot. üb. d. Verh. d. Sozialdem. Parteitages zu Köln 1893. Berlin 1893, Vorwärtsverlag, S. 163.

2. Die Arbeitskämpfe und Aussperrungen um den 1. Mai.

Die deutsche Arbeiterbewegung hatte schwer um ihr Maifest zu kämpfen. Der Klassenkampf um das Recht auf diesen Tag gewann an Bedeutung umso mehr, als es nicht bei den Aussperrungen der maifeiernden Arbeiterschaft blieb. Es ist bereits bemerkt worden, daß die Gewerkschaften die Maiaussperrungen mit Gegenforderungen zu beantworten begannen. Das Resultat waren ökonomische Kämpfe, die mit größter Zähigkeit und Erbitterung geführt wurden. Die Aussperrungen und die damit verbundenen Konflikte waren dann oft von solch einschneidender Bedeutung für das gewerkschaftliche Leben, daß sie die Tätigkeit und Leistungsfähigkeit der Organisationen auf lange Zeit hinaus in Anspruch nahmen.

Schon die erste Maifeier zeigte diese Erscheinung. Neben den ausgedehnten Aussperrungen in Hamburg kam es namentlich in der Berliner Metallindustrie zu solchen Konflikten.

Nachdem die Former ausgesperrt worden waren, stellten diese als Gegenforderung den neunstündigen Arbeitstag, einen Minimallohn und die wöchentliche Lohnzahlung auf. Diese Forderungen zeitigten noch schärfere Maßnahmen der Unternehmer. Jeder um Arbeit anfragende Former mußte einen Revers folgenden Inhalts unterschreiben⁸⁸: „Ich verpflichte mich durch meine Namensunterschrift, damit wieder Ruhe und Frieden in die Werkstätte einkehrt: 1. keinen der Mitarbeiter, die während der letzten Zeit gearbeitet, durch Wort oder Tat zu beleidigen und mich nicht zu weigern, mit denselben weiter zu arbeiten, 2. mit der bisherigen Arbeitszeit und dem bestehenden Arbeits- und Akkordsystem auch fernerhin einverstanden zu sein, 3. Geldsammlungen zu irgendeinem Zweck ohne Genehmigung des Arbeitgebers in keiner Weise vorzunehmen und mich auch nicht an solchen zu beteiligen.“ Die Arbeitgeber verpflichteten sich gegenseitig nur unter diesen Formalitäten Arbeiter einzustellen. Die Maßnahme wurde bald auf alle einzustellenden Arbeiter ausgedehnt. In ähnlicher Weise gingen die Eisen- und Metallindustriellen in Hamburg und Altona vor. Der am 26. Mai desselben Jahres in Weimar tagende Metallarbeiterkongreß sah sich gezwungen, zu beschließen, alle Lohnbewegungen zurückzustellen bis diese Aussperrungen vorüber sind. Im Jahre 1896 kam es erneut zu ähnlichen Vorgängen. Die fünf Tage lang, wegen Beteiligung an der Maifeier ausgesperrten Berliner Metallformer stellten als Gegenforderung die Bezahlung dieser Tage. Die Folge war ein sechszwanzigwöchiger Kampf, an dem ungefähr 500 Former und Gießereiarbeiter beteiligt waren. Der Kampf verlief resultatlos⁸⁹.

Ein anderes typisches Beispiel wie die Arbeitsruhe am 1. Mai zu den heftigsten Wirtschaftskämpfen führen konnte, bildet der große Bierboykott 1894 in Berlin⁴⁰.

Die organisierten Brauer und Böttcher dieses Brauereizentrums faßten den Beschluß, die Arbeit am 1. Mai niederzulegen. Auf ihre diesbezügliche

⁸⁸ S. hierüber die schon zitierte materialreiche Schrift des Vorstandes des deutschen Metallarbeiterverbandes „Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland“, S. 12 u. f.

⁸⁹ Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland, S. 48.

⁴⁰ Siehe hierüber Eduard Bernstein: Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, III. Bd. und E. Backert: Die Brauereiarbeiterbewegung, Berlin 1916, S. 427 u. f.

Eingabe an die Brauereien, erhielten sie die Antwort, daß „den Arbeitnehmern laut Vereinsbeschluß vom 24. April der erste Mai als Feiertag nicht gewährt ist“ und daß deshalb jeder fehlbare Arbeiter bis zum 7. Mai ausgesperrt werde. Während nun die Brauereiarbeiter auf die Maifeier verzichteten, blieben die Böttcher am 1. Mai den Betrieben fern. In Beantwortung der hierauf erfolgten Aussperrung proklamierten die Böttcher den Streik und machten die Wiederaufnahme der Arbeit von der Annahme folgender Forderungen abhängig: 1. Verkürzung der Arbeitszeit von $9\frac{1}{2}$ auf 9 Stunden, 2. Freigabe des 1. Mai, 3. Anerkennung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises, 4. Gewährung einer Lohnerhöhung von 27 auf 30 Mark pro Woche.

Die in den Brauereien noch beschäftigten Böttcher legten die Arbeit ebenfalls nieder; die Brauereihilfsarbeiter verweigerten die Verrichtung jeder Streikarbeit. Als in einer Rixdorfer Brauerei die Arbeiter wegen Verweigerung von Streikarbeit gemaßregelt wurden, verhängte das Gewerkschaftskartell in Rixdorf über die betreffende, dem Brauereiring angehörende Vereinsbrauerei den Boykott, worauf sich ihrerseits die Ringbrauereien mit dem boykottierten Unternehmen solidarisch erklärten und für die Gesamtheit ihrer Betriebe 20 Prozent ihrer Arbeiterschaft auszusperrn drohten, sofern bis zum 16. Mai der Bierboykott nicht aufgehoben werde. Da das letztere nicht eintrat, wurde die angekündigte Drohung verwirklicht, am 16. Mai erhielten die Arbeiter ihre Entlassung. Nach einer Zusammenstellung des Berliner Vorwärts vom 17. Juli 1894 (Bernstein, III. Bd., S. 331) zählte man 455 Gemaßregelte, 288 derselben waren verheiratet und ernährten zusammen 422 Kinder. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, die sich anfänglich eher reserviert verhalten hatten, richteten hierauf einen Aufruf an das Berliner Proletariat, in welchem über 7 dem Ring angegliederte, kapitalträchtigste Brauereien der Bierboykott verhängt wurde (Schultheiß Brauerei, Brauerei Happolt, Böhmisches Brauhaus, Adlerbrauerei, Vereinsbrauerei, Rixdorf, Schöneberger Schloßbrauerei und Spandauer Bergbrauerei). Der Kampf, der sich bis zu Ende des Jahres hin zog, stellte an die Solidarität der Berliner Arbeiterschaft hohe Anforderungen. Während 47 Wochen mußten 789 Aussperrte mit 757 Kindern unterstützt werden. (Durchschnittlich erhielt jeder Verheiratete 11,50 Mark pro Woche, jeder Unverheiratete 8,25 Mk.). Im ganzen wurden während dieser Zeit rund 175 000 Mark ausbezahlt. Diese Ausgaben wurden durch Sammlungen und Einzahlungen der Gewerkschaften gedeckt. Folgende Aufstellung, ein Beispiel für die Finanzierung eines umfangreichen Arbeitskampfes, gibt hierüber Aufschluß⁴¹:

Auf Listen	(11 109 Stck.)	Mk. 81 174.82
Berliner Gewerkschaften	„	42 960.23
Auswärtige Gewerkschaften	„	5 272.77
Verband der Brauer	„	13 325.50
Verband der Böttcher	„	12 617.17
Gesammeltes Prozentgeld der Brauer	„	15 295.08
Gesammeltes Prozentgeld der Böttcher	„	8 788.85
Tellersammlung der Brauereiarbeiter	„	112.88

Mk. 179 547.30

⁴¹ Siehe: Backert a. a. O., S. 436.

Der erst am 24. Dezember 1894 abgeschlossene Kampf zeigt in welchem Maßstab sich die Maifeierkonflikte auswirken konnten. Die Bewegung, die auch in anderen Punkten für die Berliner Arbeiterbewegung fühlbare Folgen zeigte, insofern nämlich, als die von den Brauereien abhängigen Saalbesitzer und Gastwirte über die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, die zu jener Zeit oft 40 bis 50 Versammlungen gleichzeitig abzuhalten gezwungen waren, die Saalsperre verhängten, endigte mit einem Vergleich. Was uns hier in unserem Zusammenhang interessiert, ist die bezeichnende Tatsache, daß bei den Verhandlungen die Forderung der Freigabe des 1. Mai, obwohl sie in ihrer wirtschaftlichen Belastung der Brauereien offensichtlich am leichtesten wog, von der Tragweite psychologischer Wirkung jedoch alle anderen Punkte überflügelte, von den Brauereien am entschiedensten abgelehnt wurde und von den Arbeitern auch fallen gelassen werden mußte. Zu einer ähnlichen Erscheinung kam es wegen der Forderung auf Freigabe des 1. Mai in Kassel 1896 (Aussperrung, daraufhin Arbeitsniederlegung und Boykott), in Kiel 1895 wurde diese Forderung der Brauereiarbeiter zum ersten Mal durchgesetzt. Allgemein wurde diese Festlegung jedoch erst, als diese gegen 1902 in den Tarifverträgen Aufnahme fand.

Solche Konflikte machten sich namentlich dann fühlbar, wenn gleichzeitig Verhandlungen betreffend das Arbeitsverhältnis hängend waren. Diese Lohn- und Arbeitszeitbewegungen waren dann natürlich durch Aussperrungen und Maßregelungen anlässlich des 1. Mai stark gefährdet, ja oft vollständig verunmöglicht. Das zeigte sich schon bei den bereits erwähnten Vorfällen anlässlich der ersten Maifeier in Hamburg. Die Maurer, für die wir genaue Angaben besitzen, beschlossen im Frühjahr 1890, in eine Bewegung für die neunstündige Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnerhöhung einzutreten. Für den Fall der Nichtbewilligung war auf den 15. Mai die Auslösung eines allgemeinen Streiks angesetzt. Da sich seit einigen Jahren im Baugewerbe ein guter Geschäftsgang auswirkte, wären die allgemeinen Bedingungen den Maurern nicht ungünstig gewesen, als die Durchführung der Arbeitsruhe am ersten Maifest und die damit verbundenen Konflikte durch den Beschluß der Maurer am 15. Mai in den Streik zu treten, „einen dicken Strich“ machte. Am 2. Mai wurden von 173 Unternehmern zirka 4000 Arbeiter ausgesperrt. Am 5. Mai beschlossen 6000 Maurer an die Unternehmer die Frage zu stellen, ob sie die neunstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung bewilligen wollten und im Falle ablehnender Antwort die Arbeit sofort einzustellen. Da nur 25 Unternehmer für 235 Arbeiter die Forderung bewilligten, wurde der Streik beschlossen. Mit den Maurern waren auch die Zimmerer ausständig geworden. In der ersten Streikwoche hatten rund 4750 Maurer die Arbeit eingestellt, währenddem 550 bei 70 Unternehmern zu den neuen Bedingungen arbeiteten. Am 17. Mai wurden auch die Maurer und Zimmerer in Altona und Wandsbeck ausgesperrt. Trotz aller Anstrengungen (u. a. verließen 4000 Streikende Hamburg; der ganze Streik kostete 124 000 Mark) endigte der Kampf mit einem vollständigen Mißerfolg, da sich die Polizei auf die Seite der Unternehmer stellte (die Verhinderung von Zuzug wurde dadurch unmöglich), die Zuziehung oberschlesischer, polnischer, böhmischer und italienischer Streikbrecher in großem Maßstab durchgeführt werden konnte und über die der Verbandsparole nicht folgenden Unternehmungen der Boykott der Materialhändler und Baugeldgeber verhängt wurde. Der unglückliche

Ausgang hatte auch zur Folge, daß die Maurer von Altona und Harburg, die die neuneinhalbstündige Arbeitszeit besaßen, diese einbüßten und wieder, wie die Hamburger 10 Stunden arbeiten mußten. Die Demoralisation infolge dieser Vorgänge war außerordentlich⁴².

Zu ungeheuren Aussperrungen schritten am 1. Mai 1890 in Hamburg die Werften. Neben der zehntägigen Aussperrung verlangten diese auch den Austritt aus den Arbeiterorganisationen. Damit wollte man bei dieser Gelegenheit einen vernichtenden Schlag gegen die Gewerkschaften, die das Sozialistengesetz überstanden hatten, führen. Diese Absicht gelang insoweit, als für den Werftarbeiterverband die Maifeierbewegung tatsächlich das Grabgeläute bedeutete. „Die Werftarbeiter in Hamburg waren so geschlagen, daß die dadurch eingetretene Mutlosigkeit verschiedene Jahre anhielt. Nach Jahren erst gelang es nach und nach die Arbeiter wieder zur Organisation heranzuziehen.“⁴³

Einen ähnlichen Riesenkampf hatte im Jahre 1906 infolge der Arbeitsruhe am 1. Mai die Gewerkschaft der deutschen Buchbinder durchzufechten⁴⁴. Dabei wurden auch hier die vor der Tür stehenden Verhandlungen über einen Tarifvertrag aufs schwerste gefährdet.

Als am 1. Mai 1906 die Buchbinder Arbeitsruhe eintreten ließen, benützten die organisierten Unternehmer in Berlin diese Gelegenheit um die Buchbindereiarbeiter unter der Begründung, daß Tarifbruch begangen worden sei, auszusperrn. Der Abschluß der von den Buchbindern eingeleiteten Verhandlungen für einen neuen Tarifvertrag wurde abgelehnt und unter dem Druck der Aussperrung die Verlängerung des alten Tarifs um fünf Jahre versucht. Im Verlauf der Bewegung wurde die Aussperrung auch auf Leipzig und Stuttgart ausgedehnt, da die dortigen Buchbinder die Verrichtung von Streikarbeit ablehnten. Ferner erklärte der Buchbindereibesitzerverband den Verband der Buchbindereiarbeiter nicht mehr anzuerkennen. Die Zahl der Ausgesperrten überstieg 3500 Buchbinder. Die Kosten der Aussperrung beliefen sich für Berlin auf 167 245,81 Mark, für Leipzig 353 703,94 Mark und für Stuttgart auf 100 273,75 Mark, zusammen also 621 223,50 Mark⁴⁵. Der Kampf dauerte drei Monate lang. Der Buchbindereiverband besaß soviel Widerstandskraft, daß er trotz aller ungünstigen Bedingungen den Ansturm überwinden konnte. Es gelang dem Unternehmerverband nicht, die Buchbindereigewerkschaft niederzuzwingen. Der Abschluß eines fünfjährigen neuen Tarifvertrages brachte den Buchbindern selbst bessere Bedingungen, indem die Unternehmer eine Lohnerhöhung zugestehen mußten. Es ist jedoch nicht zweifelhaft, daß die neuen Tarifverhandlungen ohne das Dazwischenkommen der Mai-Aussperrung und ihrer schweren Folgen noch größere Erfolge gehabt hätten, ganz abgesehen davon, daß der Aufwand und die Opfer des Kampfes in keinem Verhältnis zu den Zugeständnissen des neuen Tarifs standen.

⁴² Siehe hierüber Fritz Paepow: Die Organisation der Maurer Deutschlands von 1869 bis 1899. Hamburg 1900. Verlag von Bömelburg, S. 216 u. f.

⁴³ Emil Basner: Geschichte der deutschen Schmiedebewegung. Hamburg 1912. 2. Band, S. 438.

⁴⁴ S. hierüber die Darstellung von Emil Kloth: Geschichte des deutschen Buchbindereiverbandes. Berlin 1913. 2. Band, S. 275 u. f., sowie das Corr. d. Gen. d. Gew., Nr. 27, 16. Jahrgang 1906, S. 433.

⁴⁵ Kloth: a. a. O. 2. Band, S. 298.

Im gleichen Jahre kam es in Berlin infolge der Arbeitsruhe am ersten Mai in der Schmiedebewegung zu einem typischen Kampf. Als die Unternehmer zu Aussperrungen schritten, antworteten die Schmiede, deren Gesellenausschuß die Verwaltung des Innungs-Arbeitsnachweises in den Händen hatte, mit einer Sperre, d. h., sie sorgten dafür, daß die Meister, welche aussperrten, keine Arbeitskräfte erhielten. Da diese Maßnahme für das Berliner Schmiedegewerbe sehr fühlbar wurde, richtete sich der Kampf der Unternehmer gegen den vom Gesellenausschuß geführten Innungsnachweis⁴⁶.

Solche Maifeierkämpfe, von denen hier einige wenige der bedeutendsten und typischsten als Beispiele aufgeführt worden sind, zeigen sich uns in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung außerordentlich häufig. Eine jede Gewerkschaftsbewegung hat mit solchen zu tun gehabt⁴⁷.

3. Die Maiaussperrungen, die Gewerkschaften und die Gemäßregeltenunterstützung.

Nachdem wir über die Maifeierkonflikte und über die sich hieraus entwickelnden Arbeitskämpfe einen Überblick gewonnen haben, interessiert uns die Frage, in welchem Umfange die Aussperrungen anlässlich der Maifeier eigentlich angewendet wurden, in welchem Maßstab sie die Gewerkschaften belasteten und zu welchen Maßnahmen diese letzteren in dieser Angelegenheit griffen.

So wichtig die Maifeieraussperrungen auch waren, und so bedeutungsvolle, für die Arbeiterbewegung tief einschneidende Auseinandersetzungen sich daran knüpfen, so unzulängliche und unzuverlässige statistische Angaben besitzen wir über sie.

Die Angaben der folgenden Tabelle beziehen sich auf die amtliche Streik- und Aussperrungsstatistik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften herausgegeben wurde. In der Zusammenstellung der amtlichen, wie dergewerkschaftlichen Statistik werden in zwei, jeweils nebeneinanderstehenden Hauptko-

Jahr	Amtliche Statistik				Gewerkschaftliche Statistik			
	Aussperrungen ohne die Maifeieraussperrungen		Maifeieraussperrungen		Aussperrungen ohne die Maifeieraussperrungen		Maifeieraussperrungen	
	Zahl	Beteiligte	Zahl	Beteiligte	Zahl	Beteiligte	Zahl	Beteiligte
1899	28	5 298	21	4 095	—	—	—	—
1900	35	9 085	—	2 371	42	—	4	—
1901	35	5 414	26	1 593	33	8 449	2	11
1902	46	10 305	29	4 873	44	5 764	12	1 027
1903	70	35 373	25	3 710	78	45 137	4	626
1904	120	23 760	—	—	112	31 402	—	—
1905	254	118 665	—	6 404	247	143 481	6	566
1906	—	—	—	—	357	81 234	64	12 122

⁴⁶ Emil Basner: a. a. O., S. 154.

⁴⁷ S. neben den angegebenen Berufsverbänden zum Beispiel auch die Geschichte des Verbandes der Kupferschmiede von J. Saupe, Berlin 1911, S. 243 und 257.

tonnen die Maifeieraussperrungen und die übrigen Aussperrungen (ohne Maiaussperrung) mit der Zahl der Aussperrungen und der Ausgesperrten angeben.

Die gewerkschaftliche Statistik führte die Aussperrungen erst vom Jahre 1900 an besonders auf. Bis zu diesem Jahre zählte sie die Aussperrungen unter den Abwehrstreiks. Über die Maiaussperrungen im besonderen wurden nun von den Gewerkschaften nur ganz ausnahmsweise statistische Angaben geliefert. Entweder gab man sie ganz einfach unter der generellen Bezeichnung der Aussperrungen oder aber, und dies trifft für die größte Zahl der Fälle zu, man lieferte diesbezügliche Angaben an die Zentralstellen gar nicht weiter. Diese letztere Erscheinung findet ihre Erklärung in dem Umstand, daß in den meisten Fällen die Maiaussperrung ihre Erledigung ohne Inanspruchnahme der Zentralverwaltung fand. Aus diesen Gründen erreicht die in der gewerkschaftlichen Statistik angeführten Zahl der Maiaussperrungen auch nicht annähernd die Zahl der tatsächlich wegen der Maifeierruhe erfolgten Aussperrungen. Das wird auch von seiten der Generalkommission ausdrücklich zugestanden und hervorgehoben⁴⁸. Eine etwas systematischere Aufzählung der Maifeieraussperrung geschah durch die amtliche Statistik, die das Kaiserliche Statistische Amt seit dem Jahre 1899 veröffentlichte. Aber auch diese Ziffern geben uns kein wirkliches Bild über die Bewegung der Maiausgesperrten, so daß auch diese Zahlen nicht einmal als Minimalangaben betrachtet werden dürfen. Die Mängel dieser amtlichen Statistik sind darauf zurückzuführen, daß ihr die Gewerkschaften wegen ihres kriminalstatistischen Beigeschmacks, d. h. wegen der, bei ihrer Aufstellung vorhandenen Tendenz „Material für eine Zwangsgesetzgebung gegen Streikende und gegen die Gewerkschaften zu beschaffen“ — dies vermeinten wenigstens die Gewerkschaften — wenig Interesse entgegenbrachten und demzufolge den amtlichen Stellen nur in beschränktem Maß Angaben zukommen ließen⁴⁹. Für das Jahr 1899 z. B. gibt die amtliche Statistik 21 Maiaussperrungen mit 4095 Ausgesperrten an. Ich habe nach den Berichten der einzelnen Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes für das Jahr 1899 allein für diesen Verband 7 Maiaussperrungen mit zusammen 2000 Ausgesperrten gefunden. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß der Metallarbeiterverband derjenige ist, der in Maifeierfragen die größte Vorsicht an den Tag legte und manche Zahlstellen über die Maiaussperrungen keine besonderen Angaben machten, so daß die angeführten 2000 Ausgesperrte allein für diesen Verband immer noch als Minimalangabe zu betrachten sind⁵⁰. Die amtliche Statistik gibt aber für sämtliche Gewerkschaften nur 4095 Ausgesperrte, also das Doppel der allein im Metallarbeiterverband sicher gezählten Ausgesperrten an.

⁴⁸ Corr. d. Generalkom. d. Gewerksch. vom 20. August 1904. — Die Maiaussperrungen wurden dann später überhaupt nicht mehr registriert, weil die Hauptverbände unregelmäßig und unvollständig berichteten. „Unter diesen Umständen sind die Angaben über die Maiaussperrung nicht mehr vollständig und es würde ihre besondere Registrierung nur zu irrigen Schlußfolgerungen über den Umfang der Maiaussperrungen führen.“ Vgl. hierüber die Bemerkungen der Generalk. im Bericht über Lohnbewegungen, Streik und Aussperrungen im Jahre 1911.

⁴⁹ Vgl. die Ausführungen von Legien in den Rechenschaftsberichten der Generalkommission im Protokoll des Dresdener Kongresses 1911, S. 108, und im Protokoll des Kölner Kongresses 1905, S. 90.

⁵⁰ Vgl. für die Angaben des Metallarbeiterverbandes das Prot. der 5. Generalvers. des Deutschen Metallarbeiterverbandes 1901 in Nürnberg. Verlag A. Schlicke, Stuttgart.

Für die Maifeier des Jahres 1901 führt ein sorgfältiger Bericht des gewerkschaftlichen Zentralorgans⁵¹ für die 6 Städte Berlin, Dresden, Leipzig, Hamburg und Bremen allen schon 8921, also gegen 9000 Ausgesperrte auf. Die amtliche Statistik zählt aber für das ganze Reich nur 1593 und die gewerkschaftliche Statistik gar nur 11 Ausgesperrte in diesem Jahre.

Eine etwas sorgfältigere, aber immer noch unvollkommene Zählung wurde für das Jahr 1906 seitens der Gewerkschaften durchgeführt. Veranlassung hierzu boten die auf dem Kölner Kongreß 1905 und nachher in den einzelnen Gewerkschaftsverbänden geführten Auseinandersetzungen über den Wert und Unwert der Maifeier. Um sich für die Bewertung der Aussperrungen und die sich daran knüpfende finanzielle Belastung der Gewerkschaften ein richtiges Bild zu machen, entschloß man sich, für das Jahr 1906 eine zuverlässigere Statistik über die Maifeieraussperrungen zu führen. Der Zweck wurde auch dazumal nicht ganz erreicht, indem sämtliche Aussperrungen (wie weiter unten in einer detaillierteren Aufstellung gezeigt wird) wiederum nicht erfaßt werden konnten, da verschiedene Verbände mit ihren Angaben im Rückstand blieben, die große Differenz rührt namentlich vom Fehlen derjenigen des Metallarbeiterverbandes her. Immerhin vermag auf Grund dieser Bemühungen schon die Gewerkschaftsstatistik wesentlich höhere Zahlen zu zeigen. Für die Maifeier vom Jahre 1906 gibt sie 12 122 Ausgesperrte an. Ein Vergleich dieser Ziffer mit denjenigen der Vorjahre zeigt die größten Unterschiede. Tatsächlich übersteigen aber die Maiaussperrungen des Jahres 1906 die angeführten Zahlen noch um ein ganz bedeutendes. Die folgende Zusammenstellung, deren Angaben aus sorgfältigen und zuverlässigen Berichten stammen, möge dies zeigen.

Infolge Arbeitsruhe am 1. Mai 1906 wurden ausgesperrt:

- 5 600 Holzarbeiter in ganz Deutschland. Insbesondere in Leipzig (1190), Hamburg (954), Berlin (910), Breslau (566), Dresden (130), Stuttgart (120), Magdeburg (161), Braunschweig (182) usw. Die Angaben sind der vom Holzarbeiterverband im Jahre 1906 veranstalteten Enquête entnommen (s. Corr. d. Gen. d. Gew. vom 16. Juni 1906),
- 30 154 Metallarbeiter nach einer vom Metallarbeiterverband durchgeführten Umfrage (siehe „Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland“ herausgegeben vom genannten Verband, S. 132 u. f.) Davon wurden mindestens 16 000 in Berlin und 6000 in Hamburg ausgesperrt. (Siehe hierüber auch Keßler: Die Arbeitgeberverbände, S. 246),
- 6 000 Werft- und Hafentarbeiter in Hamburg. (Siehe Corr. d. Gen. d. Gew. vom 12. Mai 1906),
- 1 000 Buchbinder in Berlin. Diese beziehen sich auf die oben geschilderte große Buchbinderaussperrung. Die in Stuttgart und Leipzig in der Folge Ausgesperrten (ca. 2500) sind hier nicht mitgezählt, da diese Aussperrung, wenn auch im Zusammenhang mit der Maifeier, so doch später und unmitttelbarerweise wegen Verweigerung von Streikarbeit erfolgte. (Siehe dort angegebene Literatur).
- 250 Vergolder in Berlin (Siehe Corr. d. Gen. d. Gew. vom 12. Mai 1906),

⁵¹ Corr. d. Gen. d. Gew. v. 13. Mai 1901.

- 43⁰⁰⁴
 100 Kupferschmiede in Berlin (Siehe Corr. d. Gen. d. Gew. vom 12. Mai 1906),
 600 Schmiede in Berlin (ebenda),
 430 Zimmerer in Berlin (ebenda),
 200 Arbeiter der Holzbearbeitungsmaschinen in Berlin (ebenda),
 60 Graveure in Berlin (ebenda),
 271 Schuhmacher in Frankfurt (Stat. Beilage d. Correspbl. von 1907),
 500 Töpfer in Velten-Marwitz (ebenda),
 3 500 Ausgesperrte in Breslau (ohne die Holzarbeiter),
 weitere Aussperrungen in Leipzig, Hannover, Nürnberg, usw.

48 665

Damit kommen wir auf über 48 000 Ausgesperrte im Jahre 1906, eine Zahl die nicht zu hoch gegriffen ist und eher noch die untere Grenze der Gesamtzahl der Ausgesperrten bildet, da in dieser Zusammenstellung nur die größten Aussperrungen vermerkt sind und eine Reihe von anderen Industriezentren zudem noch fehlen. Man vergleiche damit die in der gewerkschaftlichen Statistik für das Jahr 1906 angeführte Zahl von 12 122 Ausgesperrten. Wenn wir die 30 276 Ausgesperrten der Metallarbeiter, auf deren Fehlen in derselben ausdrücklich verwiesen wird, hinzuzählen, kommen wir auf 42 276 Ausgesperrte, eine Ziffer, die mit der oben ermittelten nicht allzuweit differiert, aber zeigt, daß die Gewerkschaftsstatistik noch lange nicht alle Maifeieraussperrungen erfaßt hat⁵².

Umfangreiche und genaue Erhebungen führten für das Jahr 1906 der Holzarbeiter- und Metallarbeiterverband durch. Das Resultat derselben ist in mehrerer Hinsicht interessant und typisch, weil die beiden Verbände bestimmte Repräsentanten der ganzen deutschen Gewerkschaftsbewegung darstellten. Der Holzarbeiterverband zeigt sich uns als der gewerkschaftlich radikalere, das äußert sich auch in der Maifeierfrage, insbesondere in der Durchführung der Arbeitsruhe. Ganz anders der Metallarbeiterverband, der in den noch darzustellenden Auseinandersetzungen über Wert und Zweck der Maifeier, die schärfsten und unversöhnlichsten Sprecher, gegen die Arbeitsruhe stellte. Dementsprechend zeigt die Enquête dieses Verbandes eine verhältnismäßig geringe Beteiligung an der Maifeier. Es wäre falsch in der Maifeierfrage den einen oder den anderen dieser beiden bedeutenden Gewerkschaftsverbände als typisch und allgemein geltend für die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung hinzustellen. Vielmehr möchte ich zwei deutlich sich abgrenzende Typen als die Repräsentanten der gewerkschaftlichen Entwicklung annehmen. Diese vertreten die in der Bewegung sich herausbildenden zwei verschiedenen taktischen Tendenzen, um die herum sich alle übrigen Gewerkschaftsverbände gruppieren. So haben in der Frage der Arbeitsruhe alle dem Baugewerbe zugehörenden Gewerkschaften, wie die Maurer, eine dem Holzarbeiterverband analoge Stellung eingenommen, umgekehrt ähneln in ihrer Haltung manche andere Gewerkschaften, wie z. B. diejenige der Textilarbeiter denjenigen des Metallarbeiterverbandes. Eine andere nicht unbedeutende Frage, die in den folgenden Angaben untersucht werden soll, betrifft die Dauer der Aus-

⁵² Im Jahre 1907 wurden allein in Berlin ca. 14 500 Bauarbeiter 3 Tage lang ausgesperrt. Kessler: a. a. O., S. 246.

sperrung. Nach ihr richtet sich neben der absoluten Zahl der Ausgesperrten, die Höhe der von den Verbänden zu tragenden Unterstützung.

Beim Holzarbeiterverband haben sich von 741 Zahlstellen mit 145 000 Mitgliedern, 413 Zahlstellen an der Maifeier, d. h. an der Arbeitsruhe beteiligt⁵³. Von diesen 413 Zahlstellen feierten an diesem Tag 71 222 Mitglieder; von 145 000 an der Zählung beteiligten Mitgliedern führten also 49 Prozent die Arbeitsruhe durch. Von diesen 71 222 Feiernenden wurden 5600 ausgesperrt, das sind rund 8 Prozent aller an der Arbeitsruhe sich beteiligenden Holzarbeiter und rund 4 Prozent der an der Zählung beteiligten Verbandsmitgliedschaft.

Die vom Metallarbeiterverband 1906 durchgeführte Ermittlung⁵⁴ erstreckte sich auf 25 275 Betriebe mit 989 273 Arbeitern. Gefeierte wurde in 2137 Betrieben von 84 609 Arbeitern, das sind 8,55 Prozent. Freigegeben wurde der 1. Mai in 1121 Betrieben mit 31 901 Arbeitern. Zählen wir diese noch dazu, so haben wir eine Beteiligung von 11 Prozent. Ausgesperrt wurden in 325 Betrieben 30 154 Arbeiter, oder 35,6 Prozent der die Arbeitsruhe erzwingenden Mitglieder.

Wenn wir berücksichtigen, daß der Metallarbeiterverband im Jahre 1906 eine Gesamtmitgliedschaft von rund 300 000 besaß, so zeigt ein Vergleich den großen Unterschied in der Durchführung der Arbeitsruhe in diesen zwei Verbänden. Beim Holzarbeiterverband beteiligten sich ungefähr die Hälfte aller Mitglieder an der Arbeitsruhe, vom Metallarbeiterverband ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz. Umgekehrt verhält es sich mit der Zahl der Ausgesperrten. Bei hoher Beteiligung im Holzarbeiterverband eine verhältnismäßig geringe, im Metallarbeiterverband bei ganz magerer Durchführung der Arbeitsruhe eine außerordentlich hohe Zahl der Ausgesperrten. Zwei Momente, ein objektives und ein psychologisches erklären vielleicht diese Erscheinung. Einmal waren in der Metallindustrie die Arbeitgeberverbände viel ausgeprägter und intransigent als diejenigen, die dem Holzarbeiterverband gegenüberstanden. Es ist bekannt, daß die systematischsten und organisiertesten Aussperungsmaßnahmen stets von den Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie ausgingen. Dann führte die Gewerkschaft der Holzarbeiter die Arbeitsruhe eben von jeher viel allgemeiner und zielbewußter durch und setzte den Aussperungsdrohungen der Arbeitgeber einen viel energischeren Widerstand entgegen, als dies bei den Metallarbeitern der Fall war, deren ängstliches Vorgehen und deren behutsames Wahren des gewerkschaftlichen Kassenstandpunktes ihre Aktionskraft in der Maifeierfrage von vorneherein lähmte.

Von den anlässlich der Maifeier 1906 ausgesperrten 5600 Holzarbeitern, wurden

919	auf 1	Tag	ausgesperrt
677	„	2	Tage „
992	„	3	„ „
264	„	4	„ „
32	„	5	„ „
1212	„	6	„ „
107	„	7—10	Tage ausgesperrt
1397	„	dauernd	„

⁵³ Vgl. das Corr. d. Gen. d. Gew. vom 16. Juni 1906.

⁵⁴ Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland, S. 132 u. f.

Von den 30 154 ausgesperrten Metallarbeitern dauerte die Aussperrung:

bei	135 Arbeitern	$\frac{1}{2}$ Tag
„	3135	1 „
„	3613	3 Tage
„	4813	4 „
„	4409	5 „
„	2053	6 „
„	3030	7—10 Tage.
	1694	wurden dauernd ausgesperrt ⁵⁵ .

Die beiden Aufstellungen zeigen, daß die Dauer der Aussperrung im allgemeinen zwischen 1—6 Tagen variiert, daß aber über die Zeit von einer Woche hinaus eine nicht unbedeutende Zahl entlassen wird. Nicht uninteressant ist, daß sich ein großer Teil der Unternehmungen damit begnügt, die maifeiernenden Arbeiter nur einen Tag oder gar nur einen halben Tag auszusperrten. Damit wird wohl nur bezweckt, den Arbeiter sein Abhängigkeitsverhältnis fühlen zu lassen, ungestraft soll er es sich nicht herausnehmen, seinen Arbeitskalender selbst zu bestimmen und „sein“ Fest zu feiern, wenn es ihm beliebt. Wer Herr ist im Hause und die Verfügungsgewalt über die in der Produktion stehenden Massen besitzt, darf er nicht vergessen, und sei es auch nur mit der symbolischen Mahnung der eintägigen Aussperrung.

Eine oft angewandte Maßnahme ist auch die Notierung der Maifeiernenden auf schwarzen Listen und der Austausch derselben. Ein anderes Mittel bestand in der Erkenntlichmachung der am 1. Mai entlassenen Arbeiter in ihren Arbeitsbüchern. So beschloß z. B. die Arbeitgebervereinigung des Industriebezirkes von Reichenberg im April 1895: „Bei den wegen des 1. Mai entlassenen Arbeitern ist das Datum in den Arbeitsbüchern nicht in Ziffern, sondern in Buchstaben beizusetzen (am ersten Mai); die Arbeitsbücher sind bei der Aufnahme eines Arbeiters genau zu kontrollieren“⁵⁶. Wie von zentralen Organen der Arbeitgeberverbände aus die Maiaussperrungen systematisiert wurden und wie durch solche allgemein verbindliche Beschlüsse eine Einengung des einzelnen Unternehmers in seinem privaten Willen stattfand und dadurch das Klassenverhältnis in der Maifeierfrage hervortrat, ist eingehend gezeigt worden. Allgemein begannen die Maiaussperrungen erst in den Jahren 1900 bis 1903 zu werden, ihren Höhepunkt erreichten sie in den Jahren 1905—1909, als ein Rekordjahr zeigt sich uns 1906. Inbezug auf die Neigung zu Massenaussperrungen anlässlich der Maifeier behauptete am Parteitag zu Jena im Jahre 1911 Pfannkuch, der Referent der Maifeier, daß zahlreiche Unternehmer, die an der Maifeier Beteiligten nicht mehr aussperrten, sondern in ruhiger Verhandlung sich mit ihren Arbeitern verständigen würden, so daß ein Hindernis für die Maifeier in den betreffenden Betrieben nicht vorhanden wäre, wenn in den Unternehmerorganisationen nicht Verbandsbeschlüsse existierten, die

⁵⁵ Diese Tabelle findet sich auch bei Gustav Brüggerhoff: Das Unterstützungswesen bei den deutschen freien Gewerkschaften. Jena 1918, Gustav Fischer, S. 125.

⁵⁶ Siehe bei Julius Deutsch: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Wien 1908, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, S. 221. Für Deutschland ist für die ersten Maifeiern festgestellt worden, daß zwischen den staatlichen Werkstätten und der Privatindustrie die schwarzen Listen der Maiausgesperrten ausgewechselt wurden. Siehe „Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland“, S. 48.

die einzelnen Orts- und Bezirksverbände zum Aussperren der am 1. Mai Feiern-
den nötigten⁵⁷.

Die Maifeieraussperrungen bedeuteten natürlich für die Gewerkschaften,
die von ihnen in reichlicherem Maß getroffen wurden, oft eine bedeutende Be-
lastung. Wie hoch dieser finanzielle Aufwand steigen konnte, wurde bei der
Betrachtung der sich abspielenden Arbeitskämpfe und Maifeierkonflikte an ei-
nigen Beispielen zu zeigen versucht. Es soll hier noch nachgeholt werden, daß
die Hamburger Aussperrung anläßlich der Maifeier von 1890 970 000 Mark er-
forderte⁵⁸. Bei den Aussperrungen handelte es sich darum, die Ausgesperrten
für eine gewisse Zeit bis zu einer bestimmten Höhe zu unterstützen. Verschie-
dene Gewerkschaften betrachteten sich verpflichtet, den Ausgesperrten zu Hilfe
zu kommen, nachdem durch Kongreßbeschlüsse zur Arbeitsruhe am 1. Mai als
der würdigsten Form ihrer Durchführung aufgefordert wurde.

Für die Höhe dieser Ausgaben werden selten Angaben gemacht, die be-
treffenden Posten sind in den gewerkschaftlichen Statistiken nie gesondert
aufgeführt. Doch können wir uns durch die folgenden Zahlen ein Bild über
das mutmaßliche Unterstützungswesen für die Maiausgesperrten machen.

Schon im Jahre 1891 wurde für die Ausgesperrten ein Maifonds von 87 480
Mark gesammelt. Der erste Kongreß der Gewerkschaften zu Halberstadt 1892,
beschloß indessen für die Zukunft von allgemeinen Sammlungen abzusehen und
deren Veranstaltung vollständig den einzelnen Orten und Gewerben zu über-
lassen⁵⁹.

Bedeutende Unterstützungen verlangten die Maifeieraussperrungen na-
mentlich von 1905 an. Für den Metallarbeiterverband besitzen wir für das
Jahr 1906 genaue Angaben. Dieser Verband gab in diesem Jahre für die Ge-
mäßregeltenunterstützung der Maifeierausgesperrten 128 000 Mark aus, die
Hauptkasse allein ist mit 118 000 Mark an dieser Summe beteiligt. Zu dieser
Summe kommen noch 52 000 Mark als Zuschuß zur Unterstützung der ausge-
sperrten Metallarbeiter in Berlin, von der Zentralkasse der sozialdemokrati-
schen Partei⁶⁰. In diesem Jahre sprang die Parteikasse überhaupt mit ganz be-
deutenden Summen helfend ein, da die Gewerkschaften außerstande waren,
aus eigener Kraft die Opfer der Maifeier zu tragen. Berlin z. B. hat insgesamt
100 000 Mark und Hamburg 6000 Mark aus der Parteikasse empfangen⁶¹. Im
Jahre 1908 kostete die Maifeier dem Holzarbeiterverband mehr als 150 000 Mk.
„und doch sei jedesmal dem Unternehmertum nur die Schwäche des Verbandes
gezeigt worden“ fügt das Zentralorgan der Gewerkschaften hinzu⁶²; allein die
Berliner Zahlstelle hat annähernd 70 000 Mark für Ausgesperrte bezahlt⁶³. Im
Jahre 1911 mußten in Hamburg mehr denn 100 000 Mark für die Opfer der
Maifeier ausgegeben werden⁶⁴.

⁵⁷ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Jena 1911, S. 351.

⁵⁸ Basner: Die Schmiedebewegung. I. Bd., S. 134.

⁵⁹ Prot. d. Verh. d. I. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands zu Halberstadt 1892.
Hamburg 1892, Verlag von C. Legien, S. 81 u. 76.

⁶⁰ Gustav Brüggerhoff: a. a. O., S. 124.

⁶¹ Diese Hilfeleistung bezog sich auf die Überwindung der Hamburger Hafnarbeiter-
aussperrung und die Riesenentlassungen in Berlin, wo z. B. die Allgemeine Elektrizitätsgesell-
schaft allein 2000 Arbeiter aussperrte; siehe Prot. üb. d. Verh. des Soziald. Parteitages 1906
zu Mannheim, S. 21 und 322.

⁶² Corr. d. Gen. d. Gew. vom 20. Juni 1908.

⁶³ Prot. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Nürnberg 1908, S. 274.

⁶⁴ Prot. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Jena 1913, S. 522.

An die Regelung der Unterstützungsfrage knüpften sich in den einzelnen Gewerkschaften ausgedehnte Kontroversen und Auseinandersetzungen über die Arbeitsruhe der Maifeier. Das konnte nicht anders sein, wenn man bedenkt zu welchen Konsequenzen die vollständige Unterstützung aller Gemaßregelten mit einem höheren Beitrag geführt hätte. Erklärte doch z. B. Knoll, der Verbandsvorsitzende der Steinsetzer, auf dem Verbandstag in Braunschweig 1904 in bezug auf einen Antrag, die Maiausgesperrten in der Höhe der Streikunterstützung auszubezahlen, und die Kosten durch die Zentralkasse tragen zu lassen, daß die Annahme desselben „nicht mehr und nicht weniger bedeuten würde, als den Bankerott der Verbandskasse nach dem 1. Mai“⁶⁶.

Die Unterstützungsfrage selbst ist nicht überall gleich behandelt worden. Der Verband der Maurer z. B. sprach sich schon im Jahre 1899 an der 5. Generalversammlung dahin aus, daß der Verband nicht verpflichtet sei, unterstützend einzugreifen, wenn Kollegen wegen der Maifeier ausgesperrt werden⁶⁶. Die Haltung änderten sie auch am Verbandstage 1905 nicht, als sie erneut energisch für die Arbeitsruhe eintraten. Auch der Verband der Rauchwarenzurichter erklärte auf der Generalversammlung 1901 die Durchführung der vollständigen Arbeitsruhe als eine seiner Hauptaufgaben zu betrachten. Gleichzeitig beschloß er aber zur Unterstützung der Ausgesperrten von jedem Verbandsmitglied das am 1. Mai Lohn bezogen hat, eine Extrasteuer von einer Mark zu erheben⁶⁷.

Eine wichtige Rolle spielte diese Frage auf den Verbandstagen der Metallarbeiter und der Holzarbeiter.

Auf der 5. Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes in Nürnberg 1901, wurde folgende Resolution gefaßt⁶⁸:

„1. In allen Betrieben, wo $\frac{3}{5}$ der dortselbst beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder einer Organisation sind, sind dieselben verpflichtet, durch geheime Abstimmung einen Beschluß über die Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entscheidet sich die Majorität für Arbeitsruhe, so hat sich die Minderheit diesem Beschluß zu fügen. Der Ortsverwaltung ist spätestens 10 Tage vor dem 1. Mai von dem Beschluß Kenntnis zu geben.

2. Eine Beschlußfassung über die Arbeitsruhe am 1. Mai darf in keiner Gruppen- oder allgemeinen Versammlung gefaßt werden.

3. Aussperrungen und Maßregelungen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen nicht mit Forderungen unsererseits beantwortet werden.

4. Bei Aussperrung oder Maßregelung wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai tritt für die davon Betroffenen eine Unterstützung in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung in Kraft, und wird die Unterstützung vom 2. Mai ab gezahlt, doch gilt dieselbe nicht als Arbeitslosenunterstützung.“

Dieser Beschluß mit dem einer der größten Gewerkschaftsverbände (1899 besaß der Metallarbeiterverband 85 013 Mitglieder, 1902 128 842, 1905 233 323, 1910 415 863) die Angelegenheit der Maifeier und der damit zusammenhängenden Fragen zu lösen versuchte, erheischt noch einige Bemerkungen.

⁶⁶ Prot. d. Verh. d. 6. Verbandstages in Braunschweig 1904, S. 162.

⁶⁶ Corr. d. Gen. d. Gew. vom 10. April 1899.

⁶⁷ Corr. d. Gen. d. Gew. vom 24. Juni 1901.

⁶⁸ Siehe Prot. d. 5. Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Nürnberg 1901. Verlag Schlicke, Stuttgart, S. 229.

Durch den Abschnitt 1 der Resolution wurden die Mitglieder verpflichtet, unter allen Umständen zur Maifeier Stellung zu nehmen und sich über die Frage der Arbeitsruhe zu entschließen, sofern $\frac{3}{5}$ der im Betrieb beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation sind. Mit dieser Bedingung wollte man verhindern, daß schwache Organisationen von Massenaussperrungen oder anderen Maifeierkonflikten getroffen werden. Der Abschnitt 2 hat den Sinn, daß sich der Beschlußfassung innerhalb der einzelnen Betriebe keine anderen Beschlüsse einer Gruppen- oder allgemeinen Versammlung gegenüberstellen dürfen. Durch den 3. Abschnitt suchte man die schweren Kämpfe, die die Aussperrungen und Maßregelungen bei der Beantwortung mit Gegenforderungen heraufbeschwören konnten, zu verhüten. Der Ortsverwaltung wurde damit untersagt, die Aussperrungen mit Gegenforderungen zu parieren. Der letzte Abschnitt regelt die Unterstützungsfrage. Die Grenzen der Unterstützung für die infolge der Maifeier Gemaßregelten fand man in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung (und nicht der Streikunterstützung). Der Berichterstatter führte hierüber aus, daß diese Form einerseits den Verband nicht bis ins Unendliche belaste, anderseits aber geeignet sei, den Mitgliedern etwas mehr Mut und Vertrauen bei der Maifeieragitation zu geben. Nur soll diese Unterstützung nicht als Arbeitslosenunterstützung gelten, damit den Betroffenen durch den Bezug dieser Unterstützung nicht die Möglichkeit geraubt wird, während desselben Jahres noch etwa eine weitere Arbeitslosenunterstützung vom Verband zu beziehen. Auf der Generalversammlung des Jahres 1903 (Berlin) wurde auch die Entlassung als Folge der Maifeier in die Unterstützung einbezogen und zwar wurde beschlossen, die Arbeitslosenunterstützung bei Aussperrung, Maßregelung und Entlassung wegen Arbeitsruhe vom 2. Mai an auf die Dauer von höchstens 13 Wochen auszubezahlen⁶⁹. Eine erneute und weitergehende Regelung erfuhr die Unterstützungsfrage auf der Generalversammlung 1905. Es wurde auf derselben beschlossen, für die Dauer von 13 Wochen nicht mehr die Arbeitslosen-, sondern eine Gemaßregeltenunterstützung auszubezahlen, die ebensoviel beträgt wie die Streikunterstützung⁷⁰.

Nicht so weit ging der Holzarbeiterverband. Diese Gewerkschaft unterstützte von 1906 an in den Betrieben, in denen $\frac{2}{3}$ der Beschäftigten Mitglieder sind und $\frac{4}{5}$ die Arbeitsruhe beschließen, die Gemaßregelten und Ausgesperrten sofern eine einjährige Mitgliedschaft besteht, erst von der zweiten Woche ab⁷¹.

Die weitere Entwicklung der Unterstützungsfrage und der Arbeitsruhe am 1. Mai haben wir im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften und der sich daraus entwickelnden Krise der deutschen Arbeiterbewegung zu untersuchen.

4. Der Kampf um die Maifeier

in den Gewerkschaften und der Partei bis zum Gewerkschaftskongreß im Jahre 1905.

Wir sahen wie in Deutschland die sozialistische Partei immer mehr darauf drang, die Maifeier den internationalen Kongreßbeschlüssen gemäß durchzuführen.

⁶⁹ Albert Rudolph: Zur Maifeier. N. Z. Nr. 44, 1903/4, 22. Jahrg. II. Bd., S. 568.

⁷⁰ Brüggerhoff: a. a. O., S. 64.

⁷¹ Brüggerhoff: am gleichen Ort.

In der Gewerkschaftsbewegung verlief die Entwicklung umgekehrt. Währenddem sie an der ersten Maifeier 1890 und auch noch in den nächsten Jahren einen himmelstürmenden Enthusiasmus entfaltete, der die tatsächlich vorhandene Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen oft wenig berücksichtigte, so daß sich die sozialdemokratische Partei zu bremsen veranlaßt sah, mehrten sich um die Jahrhundertwende im gewerkschaftlichen Lager die Stimmen, die mit skeptischem Sinn die Maifeierbewegung beurteilten und bald abzulehnen begannen. Damit entwickelten sich je länger, je mehr zwischen der Partei und den Gewerkschaften starke Gegensätze, die sich namentlich um das Jahr 1905 außerordentlich scharf zuspitzten und eine Zeit lang den ganzen, staunenswert zusammengefügtten Bau der deutschen Arbeiterbewegung erbeben ließen. Den Höhepunkt erreichten diese Kämpfe und Auseinandersetzungen um die Maifeier und die innerlich eng damit zusammenhängende Frage des Generalstreiks mit dem denkwürdigen Kölner Gewerkschaftskongreß. Im Hinblick auf die dort gefallenen Voten und die zutage getretenen Tendenzen erschien manchem eine völlige Entfremdung oder womöglich die folgenschwere Spaltung der bis jetzt gemeinsam kämpfenden und marschierenden Partei- und Gewerkschaftsbewegung unausbleiblich.

Um die Krise und die Vorgänge jener Jahre entwicklungsgeschichtlich zu begreifen, müssen wir die Auseinandersetzungen in der Maifeierfrage in eine allgemeine, übergeordnete Erscheinung eingliedern. An sich betrachtet wird es uns schwer, sie historisch zu verstehen. Gemessen an der Entwicklung der ganzen Gewerkschaftsbewegung vermögen wir sie besser in ihrer Bedingtheit und in ihren übrigen Zusammenhängen zu erfassen. Hierzu können uns einige Angaben über die Entwicklung der Gewerkschaften, ihren Mitgliederbestand, ihre Einnahmen und Ausgaben und das Vermögen der Zentralverbände von Nutzen sein.

Folgende Tabelle gibt uns über diese Zahlen eine Zusammenstellung⁷².

Jahr	Zentralverbände	Mitgliederzahl	Einnahmen Mk.	Ausgaben Mk.	Vermögen Mk.
1891	62	277 659	1 116 588	1 606 534	425 845
1895	53	237 094	3 036 803	2 488 015	1 640 437
1900	58	680 427	9 454 075	8 088 021	7 745 902
1901	57	677 510	9 722 720	8 967 168	8 798 333
1902	60	733 206	11 097 744	10 005 528	10 253 559
1903	63	887 698	16 419 991	13 724 336	12 973 726
1904	63	1 052 108	20 190 030	17 738 756	16 109 903
1905	64	1 344 803	27 812 257	25 024 234	19 635 850
1906	66	1 689 709	41 602 939	36 963 413	25 312 634
1907	61	1 865 506	51 396 784	43 122 519	33 242 545
1908	60	1 831 731	48 544 396	42 057 516	40 839 791
1909	57	1 832 667	50 529 114	46 264 031	43 480 932
1910	53	2 017 298	64 372 190	57 926 566	52 575 505
1911	51	2 320 986	72 086 957	60 025 080	62 105 821
1912	48	2 530 390	80 233 575	61 105 675	80 797 786
1913	47	2 548 763	82 005 580	74 904 962	88 069 275

⁷² Entnommen dem Rechenschaftsbericht der Generalkommission im Prot. d. Verh. des 9. Gewerkschaftskongresses zu München 1914, S. 80.

Diese Zahlen, in denen sich ein Stück Organisationsgeschichte widerspiegelt, veranschaulichen den Entwicklungsgang der Gewerkschaftsbewegung. Der Aufstieg im Mitgliederbestand ist namentlich von 1900 an ein ganz enormer. Zählte man in diesem Jahre 677 510, so waren 1904 bereits über 1 052 000 und 1905, im folgenden Jahre, 1 344 803. Namentlich die Jahre 1903 bis 1907 brachten jährlich einen gewaltigen Zuwachs, 1903 154 492 neue Mitglieder, das bedeutet eine Zunahme von 21 % gegenüber dem Vorjahr, 1904 164 410 neue Mitglieder, gleich 18,5 % Zuwachs, für 1905 sind die entsprechenden Zahlen 292 695, resp. 27,8 %; für 1906 344 906 resp. 25,6 %; im Jahre 1910 überstieg die Mitgliederzahl die zweite Million, 1913 waren 2 548 763 Arbeiter in den freien Gewerkschaften organisiert. Die Verminderung der Zahl der Zentralverbände von 66 im höchsten Stand, auf 47 im Jahre 1913 erklärt sich durch den Zusammenschluß von Organisationen verwandter Berufe zu einem Verband. Sie entspricht dem allgemeinen Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft. Diesen gewaltigen gewerkschaftlichen Mitgliederbeständen gegenüber mußte natürlich die Mitgliederzahl der Partei, die 1906 384 000, 1908 587 000, 1910 720 000 und 1912 970 000 Mitglieder besaß, so groß auch hier die Vermehrung war, dennoch an Bedeutung verlieren. Ausschlaggebender als die gewaltige Entwicklung der Mitgliedschaft war für die geistige Einstellung und den ganzen Charakter der Gewerkschaftsbewegung vielleicht die Entwicklung ihrer finanziellen Bereitschaft, d. h. die Steigerung ihrer Einnahmen und ihrer Vermögen. Hier zeigen sich uns Zahlen, die noch staunenswerter sind und die nicht ohne Grund den Neid von manchem Finanzminister wecken könnten. 1891 nahmen die Gewerkschaften noch 1 116 588 Mark ein, im Jahre 1900 schon 9 454 075 Mark und von nun an sind es Summen, die auch dem Finanzhaushalt von Staaten Ehre machen würden. 1904 werden bereits 20 Millionen Mark überschritten, 1909 sind es über 50 Millionen und 1913 über 82 Millionen Mk. Die entsprechende Entwicklung weist der Stand des Vermögens auf. 1891, nach dem Sozialistengesetz finden sich 425 845 Mark vor, vier Jahre später 1 640 437 Mark, im Jahre 1900 besitzen die 58 Zentralverbände ein Reinvermögen von 7 746 000 Mark, 1905 rund 20 Millionen Mark und 1913 über 88 Millionen Mark.

Alle diese Momente mußten zweierlei bewirken. Erstens eine Veränderung in dem Beeinflussungsverhältnis der Arbeiterbewegung zwischen Partei und Gewerkschaften. Bisher war es die Partei gewesen, die mit ihrer Haltung und ihren Parteitagbeschlüssen im allgemeinen die Politik der ganzen Arbeiterbewegung bestimmend beeinflusste. Ihre Einstellung zur Gewerkschaftsbewegung selbst war mancherlei Wandlungen unterworfen. Begründet durch den außerordentlichen Aufschwung der gewerkschaftlichen Organisationen seit der Jahrhundertwende und ihre unbestreibaren Erfolge um die materielle und kulturelle Besserstellung der Arbeiterklasse, begann sie immer mehr ihre Rechte geltend zu machen. Ihrem Wesen und ihrem Zweck entsprechend wollten sich die Gewerkschaften mit ihrer Millionenmitgliedschaft den ihnen zukommenden Platz in der Arbeiterbewegung sichern. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, meint Herkner mit Recht, sei in der Behandlung der wichtigen Frage der Maifeier, die veränderte Machtstellung der Gewerkschaften zu sieghaftem Ausdrück gelangt⁷⁸.

⁷⁸ Heinrich Herkner: Die Arbeiterfrage. 8. Aufl. Berlin und Leipzig, 1922, Vereinigung wiss. Verleger. II. Bd. Soziale Theorien und Parteien, S. 406.

Die andere Folge des mächtigen gewerkschaftlichen Aufschwungs war eine geistige. Notwendigerweise mußte sich dadurch ihre psychologische Einstellung zur Bewegung, ihre Taktik, wie ihre Zielsetzung etwas ändern. Das äußert sich geradezu sinnfällig in der Maifeierfrage. An der ersten Maifeier zogen die gewerkschaftlichen Organisationen, noch klein und mit wenigen hunderttausend Mark Vermögen, kühn, kampfesfroh und zukunftsicher den Maifeierkämpfen mit dem Unternehmertum entgegen. Später bewegte sich die Millionenmitgliedschaft mit ihren zwanzig, fünfzig und achtzig Millionen Vermögen schwerfälliger, marschierte sie bedächtiger, vielleicht zielsicherer, aber nicht mehr himmelstürmend, bedingungslos, wie damals als das, was sie selbst besaß, leichter wog. Diese letzten, im Psychologischen wurzelnden Gründe, die die Gewerkschaften zu einer ganz im Gegensatz zu ihren mächtigen und wohl fundierten Organisationen und ihren geschlossenen Reihen stehenden Einstellung zur Maifeierbewegung bestimmten, sind mit aller nur möglichen Deutlichkeit am Kölner Gewerkschaftskongreß zugegeben und dargelegt worden. So erklärte Robert Schmidt, das Mitglied der Generalkommission und der Referent für das Traktandum „Gewerkschaften und Maifeier“: „Wir haben als Gewerkschafter die Aufgabe, mit ruhiger Überlegung unsere Vorbereitung und Entscheidung zu treffen. Je größer die Gewerkschaften werden, desto mehr steigert sich ihr Verantwortlichkeitsgefühl. Eine auf dem sicheren Grunde praktischer Betätigung aufgebaute Gewerkschaftsbewegung kann sich meiner Meinung nach in bezug auf die Maifeier den von mir erhobenen Bedenken nicht verschließen.“⁷⁴ Und der ebenfalls der Generalkommission angehörende Buchdrucker Döblin begründete die Wandlungen mit den Worten: „Wenn man sagt, dieselben Gewerkschafter, die früher so enthusiastisch für die Feier waren, hupfen jetzt zurück, so findet das seine Begründung darin, daß früher die Gewerkschaften nichts zu verlieren hatten, daß sie noch nicht auf Errungenschaften, wie Tarife usw. zurückblicken konnten. Heute aber ist mit dem Wachstum der Organisationen das Verantwortlichkeitsgefühl ihrer Leiter ein stärkeres geworden, heute hat man etwas zu verlieren und deshalb überlegt man sich die Wirkung derartiger Handlungen um so mehr.“⁷⁵

Diese gegnerische Stimmung machte sich schon einige Jahre früher bemerkbar. Eine scharfe und eindeutige Ablehnung erfuhr die Maifeier z. B. von verschiedenen Delegierten auf dem sechsten Metallarbeiterkongreß zu Berlin im Jahre 1903. Cohen, ein bekannter Führer der Metallarbeiter erklärte dafür zu sein, daß einmal mit der ganzen Maifeier gründlich aufgeräumt werde⁷⁶. Ein anderer Delegierter führte unter der Zustimmung eines großen Teiles des Kongresses aus, daß es ihm an Stelle der Unterstützungsvorlage lieber gewesen wäre, „wenn die Kommission mit dem ganzen Krempel der Maifeier aufgeräumt hätte“⁷⁷.

Im Jahre 1904 begann dann in den Sozialistischen Monatsheften, die man als das Organ des revisionistischen Flügels ansehen darf und in der „Neuen Zeit“, der von Kautsky geführten wissenschaftlichen Zeitschrift des radikalen marxistischen Flügels eine Auseinandersetzung über die Maifeier-

⁷⁴ Prot. d. Verh. d. 5. Gewerkschaftskongresses zu Köln 1905, S. 232.

⁷⁵ Ebenda, S. 244.

⁷⁶ „Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland“, S. 117.

⁷⁷ Ebenda, S. 118.

bewegung, die von da an während Jahren die Diskussionen, die Presse und die Kongresse der Arbeiterbewegung beherrschten.

Man war darauf gefaßt, daß es nach all den Stimmen, die schon seit einiger Zeit aus dem Lager der Gewerkschaften laut wurden, zu einer Klärung und Regelung der Maifeierfrage kommen müsse. Versandte doch bereits zur Maifeier 1900 der Vorstand des Metallarbeiterverbandes an seine Zahlstellen in geschlossenem Brief ein Zirkular, das die Organisationen anwies, nur dort Arbeitsruhe eintreten zu lassen, wo es ohne Konflikt mit dem Unternehmertum möglich sei⁷⁸. Das bedeutete natürlich praktisch die Aufgabe der Maifeier. Es erregte indessen doch einiges Aufsehen, als 1904 aus der Feder des Gewerkschaftsführers Georg Schmidt in den Sozialistischen Monatsheften ein Aufsatz erschien, der die Maifeier als „vollständigen Fehlschlag“ bezeichnete und es verneinte, daß sie überhaupt irgendwelche Wirkungen gezeitigt habe⁷⁹. Er bestritt ihr jeglichen Einfluß, weil sie das Signum der Neuheit eingebüßt hätte. „Noch nicht fünf Minuten Arbeitszeitverkürzung hat die Maifeierdemonstration in den fünfzehn Jahren irgend einem Berufe gebracht.“ Das war nun freilich eine starke Behauptung, aber Georg Schmidt bestand darauf, daß der Arbeiter mehr und mehr die Aussichtslosigkeit des mit der Maifeier beabsichtigten Zweckes einsehe, nachdem er mit ihr schon oftmals uneigennützig seine Existenz aufs Spiel gesetzt habe. Die Erkenntnis der Zwecklosigkeit dieser Demonstration, fügte er bei, sei weit tiefer eingedrungen, als sich dies an der Öffentlichkeit kund gebe.

Auch Theodor Leipart schloß sich der Ansicht, daß von einer imponierenden Einwirkung auf die Unternehmer keine Rede sein könne, an. Vielfach werde in den Werkstätten und Fabriken die Genehmigung des Arbeitgebers zur Arbeitsruhe erbeten, unter diesen Umständen demonstriere dann der Arbeiter unter Einwilligung — ja man sei versucht zu sagen, nach Vorschritt — des Unternehmers. Wird aber die Genehmigung versagt, dann verzichte man wohl oder übel auf die ganze Demonstration. „So zwingt uns die Maifeier, in allen diesen Fällen alljährlich dem Unternehmertum das Zeugnis unserer verhältnismäßigen Schwäche abzulegen.“⁸⁰

Vom 22. bis 27. Mai 1905 fand in Köln der fünfte Gewerkschaftskongreß statt. Aller Augen sahen ihm mit Spannung entgegen. Über zwei Hauptfragen der Arbeiterbewegung, diejenige des Generalstreiks und der Maifeier sollte er seine Entscheidung fällen. Welcher Entwicklungsstand der Gewerkschaftsbewegung in ihm zum Ausdruck kam und welcher Art der geistige und psychologische Hintergrund des Kongresses war, suchten wir schon zu skizzieren. Der Ausgang der Auseinandersetzungen konnte nicht zweifelhaft sein. Für viele mochte der Ausspruch des Hamburger Bömelburg, eines der bekanntesten Gewerkschaftsführer und des Berichterstatters über die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik, daß die Gewerkschaftsbewegung in erster Linie der Ruhe bedürfe⁸¹, recht symbolhaft klingen.

⁷⁸ Prot. d. Verh. der 5. Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes zu Nürnberg 1901, S. 129.

⁷⁹ Georg Schmidt: Die Maifeier. Ein Wort zum internationalen Kongress. Soz. Monatsh. 1904, 6. Heft.

⁸⁰ Theodor Leipart: Die Gewerkschaften und die Maifeier. Soz. Monatsh. 1905, Maiheft. Vergleiche hierzu auch den Aufsatz von Robert Schmidt: Die Maifeier. Soz. Monatsh. 1907. 8. Heft, August.

⁸¹ Prot. d. Verh. des Kölner Gewerkschaftskongresses 1905. Berlin, Verlag der Generalkommission, S. 221.

In der Frage des Generalstreiks wurden sämtliche Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich erklärt. Die angenommene Resolution empfahl den Arbeitern solchen Versuchen energisch entgegenzutreten⁸².

Der Referent für die Maifeier war Robert Schmidt. Sein Antrag vertrat den prinzipiellen Standpunkt, die Arbeitsruhe aufzugeben und die Feier auf den Abend des 1. Mai zu verlegen. Ihm standen Anträge gegenüber, die den Gewerkschaften empfahlen, mehr als bisher für die strikte Durchführung der Arbeitsruhe Sorge zu tragen⁸³. Sämtliche Einwände der Gegner der Maifeier ließen sich dahin zusammenfassen, daß die Maifeier, in welcher Form sie auch gefeiert werden möge, als gewerkschaftliches Aktionsmittel bestritten wurde. Es wurde darauf hingewiesen, und dieses Argument war sicherlich das stärkste der Maifestgegner, daß die Arbeiter durch die Maifeier leicht zu ungelegenen Zeiten in Kämpfe verwickelt würden. „Wann wir aber kämpfen wollen, darüber müssen wir selbst bestimmen können und nicht die Unternehmer.“⁸⁴

Von den Anhängern der Arbeitsruhe, die zahlreicher waren als man anfänglich vermutete, wurde wiederholt erklärt, daß die „Maifeier an sich“ unbestreitbar und zugegebenermaßen ungeheuer viel zur Stärkung der Gewerkschaften beigetragen habe⁸⁵. Durch sie seien der Gedanke des Achtstundentags und der sozialistischen Ideen in Fleisch und Blut der proletarischen Masse übergegangen. Die Arbeitsruhe aber sei unzertrennlich mit der Idee der Maifeier verbunden. Mit dieser letzteren Ansicht standen die Vertreter der Partei übrigens nicht allein. Auch die Gewerkschaftsführer, wie Adolf von Elm wiesen mit allem Nachdruck darauf hin, daß mit der Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai die Maifeier überhaupt beseitigt sei⁸⁶. Man müsse, schrieb von Elm, die Maifeier überhaupt nicht nur als eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit betrachten, würde sie das sein, so wäre auch er dafür, von der Arbeitsruhe Abstand zu nehmen. Allein die Maifeier sei über die einst gesteckten Ziele längst hinausgewachsen, sie gelte nicht nur dem Achtstundentag und der Demonstration für den Arbeiterschutz, sondern dem Sozialismus überhaupt. „Der 1. Mai gilt dem idealen Streben der Arbeiterschaft, den großen Zielen, deren Propagierung im täglichen Kleinkrieg der Gewerkschaften um Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht besonders gefördert wird und auch nicht gefördert werden kann.“⁸⁷ Auf diesen Gedanken stützten sich insbesondere die Vertreter der Partei. Richard Fischer, der jahrelange Berichterstatter der Maifeier auf den sozialdemokratischen Parteitag, behauptete in Jena 1905 in seinen Ausführungen über den Kölner Gewerkschaftskongreß, daß im Wesen jeder Gewerkschaft ein Stück Berufsegoismus liege, der sie oft veranlasse, ihre Interessen unter Umständen auf Kosten anderer Berufe zu wahren. Oft mache sich in der Gewerkschaftsbewegung ein gewisser Hang zu einer Art Zünftlertum geltend.

⁸² Protokoll, S. 30.

⁸³ Protokoll, S. 31.

⁸⁴ Protokoll, S. 230.

⁸⁵ Vgl. E. Fischer: Zur Maifeierfrage. N. Z. 25. Jahrg. 1906/7, II. Bd., S. 298.

⁸⁶ Adolf von Elm: Rückblick auf den fünften deutschen Gewerkschaftskongress. Soz. Monatsh. 1905, 7. Heft, Juli. IX. Bd. 2, S. 574.

⁸⁷ Adolf von Elm: a. a. O., S. 574.

Mit Notwendigkeit habe die Gewerkschaftsidee diesen Gewerkschaftsegoismus zur Folge⁸⁸. Nicht ohne Recht führte Fischer vom Standpunkt der sozialistischen Bewegung in bezug auf die Psychologie der Gewerkschaften aus: „Je stärker die Gewerkschaftsbewegung wird, je geschlossener ihre Organisationsformen, je mehr sie sich entwickelt, und je mehr ihre Aufgaben sich erweitern, um so größer wird für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes die Gefahr, daß sie über den Kämpfen des Tages, über dem Streit um Einzelfragen die großen Ziele der Arbeiterklassenbewegung, das Endziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppeljoch der ökonomischen und der politischen Knechtung, daß sie das Ziel der Zertrümmerung des kapitalistischen Lohnsystems mehr und mehr aus den Augen verliert. Und gerade unter diesem Gesichtspunkt hat die Maifeier ihre besondere Bedeutung.“⁸⁹

Gegen den von den Gewerkschaften speziell ins Feld geführten „engen Kassenstandpunkt“ wandte man sich insbesondere mit dem Hinweis auf die Unternehmerverbände. Auf die Frage warum denn die Unternehmerverbände so viel Wert auf die Unterdrückung der Maifeier legen, antwortete man, daß für sie eben die moralische Wirkung in erster Linie in Betracht komme. Gelingen es, die Maifeier zu erledigen, den Gewerkschaften eine Schlappe beizubringen und ihre Autorität herunterzusetzen, dann seien die Massen entmutigt, in ihrem Glauben erschüttert und andererseits das Ansehen der Unternehmerverbände gesteigert. „Unter diesen Umständen wird das Festhalten an der Maifeier zu einer eminenten Frage der gewerkschaftlichen Entwicklung.“⁹⁰

Doch kehren wir zum Kölner Gewerkschaftskongreß zurück. Sämtliche Resolutionen, sowohl diejenigen, die vollständige Arbeitsruhe verlangten, wie diejenigen, die die Maifeier auf den Abend des 1. Mai verlegen wollten, wurden zurückgezogen. Der Vorsitzende Bömelburg legte diesen merkwürdigen Abschluß dahin aus, daß die Auffassung bestehe, dem noch immer maßgebenden Beschluß des Amsterdamer Kongresses vorläufig noch nachzuleben, die in Frage kommenden Instanzen, nämlich Generalkommission und Parteivorstand aber gleichzeitig zu beauftragen, in der Maifeierangelegenheit zu einer Einigung zu gelangen⁹¹.

Die nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß abgehaltenen Kongresse der einzelnen Gewerkschaftsverbände zeigten, daß man nicht überall mit den dort aufgetretenen Tendenzen einverstanden war. Insbesondere die Gegner der Arbeitsruhe mußten eine herbe Kritik über sich ergehen lassen. Es war bezeichnend, daß sich gegen die Art, mit der die Maifeierfrage in Köln behandelt wurde, gerade im arg verschrieenen Metallarbeiterverband eine starke Opposition wandte. Die Generalversammlung dieses Verbandes nahm mit einer beträchtlichen Mehrheit einen Antrag an, der sich mit der Haltung der Vertreter des deutschen Metallarbeiterverbandes in der Frage der Maifeier und des politischen Massenstreiks ausdrücklich nicht einverstanden erklärte⁹². Diese Stimmung währte allerdings nicht lange. Auf die Dauer siegte in diesem

⁸⁸ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Jena 1905, S. 239.

⁸⁹ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Bremen 1904, S. 277.

⁹⁰ Parvus, N. Z. 26. Jahrg., 1908, II. Bd., S. 754. Vgl. auch vom selben Verfasser: Der gewerkschaftliche Kampf. Berlin 1909, Buchh. Vorwärts. S. 18.

⁹¹ Prot. d. Verh. d. Kölner Kongresses S. 248.

⁹² Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland. S. 125.

Verband doch die nur-gewerkschaftliche gegenüber der radikaleren Richtung. Auf der Generalversammlung des Jahres 1909 wurde eine Resolution angenommen, die sich endgültig gegen die Arbeitsruhe wandte. Sie besagte, „daß das Ziel einer allgemeinen und wirksamen Arbeitsruhe am 1. Mai in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie auf Grund gemachter Erfahrungen ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe und dadurch bedingte Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, sowie mangels völliger Übereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai überhaupt nicht zu erreichen ist. Ferner hat sich ergeben, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Erreichung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie zur Befestigung bereits errungener Positionen nicht betrachtet werden kann, indem sie ihrem inneren Wesen nach eine genügende Berücksichtigung taktischer Maßnahmen nicht ermöglicht. Die Generalversammlung kann deshalb den Mitgliedern des Verbandes die Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht zur Pflicht machen, überläßt es vielmehr dem einzelnen Mitglied, sich an ihr unter Beachtung der internationalen Kongreßbeschlüsse und Übernahme aller sich aus der Arbeitsruhe am 1. Mai ergebenden Folgen zu beteiligen“⁹³. So wichtig dieser Beschluß eines der größten der Gewerkschaftsverbände für die deutsche Maifeierbewegung auch war, so verfehlt wäre es, seine Stellung zur Maifeier allgemein für die ganze Gewerkschaftsbewegung anzunehmen. Im gleichen Jahre sprachen sich die Generalversammlungen verschiedener Zentralverbände wie desjenigen der Kürschner, der Tapezierer und der Kupferschmiede erneut für weitgehendste Durchführung der Arbeitsruhe aus⁹⁴.

5. Die Regelung der Unterstützungsfrage nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß.

Im Frühjahr des Jahres 1907 begann eine Wirtschaftskrise einzusetzen. Diese Depression bestimmte den Vorstand der sozialdemokratischen Partei in einem Aufruf, den Organisationen bei der Durchführung der Arbeitsruhe der Maifeier größte Umsicht zu empfehlen und sie anzuweisen, überall dort, „wo die Gewißheit besteht, daß die Arbeitsruhe am Maitag zu einer Aussperrung führt, unter den obwaltenden Umständen von einer Arbeitsruhe abzusehen“⁹⁵. Man rechnete offenbar mit der Tatsache, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai in vielen Fällen den Unternehmern willkommenen Anlaß zu Aussperrungen geben würde und suchte diese durch einen Verzicht auf die Arbeitsruhe so viel als möglich zu vermeiden.

Im gleichen Jahre befaßte sich die deutsche Delegation zum internationalen Arbeiterkongreß in Stuttgart mit der Maifeierangelegenheit. Es ist bereits anderswo gezeigt worden, daß der Stuttgarter Kongreß der Internationale die Maifeier nicht mehr erörterte, obwohl man das von seiten der deutschen Gewerkschaften sehr gewünscht hätte. Die deutsche Delegation regelte dann unter sich die hängenden Fragen, indem sie sich dahin einigte,

⁹³ Corr. d. Gen. d. Gew. vom 3. Juli 1909.

⁹⁴ Corr. d. Gen. d. Gew. vom 28. August 1909.

⁹⁵ Berliner Vorwärts Nr. 88, 1907.

die Ausgesperrten durch die Partei und die Gewerkschaften zu unterstützen. Über die Art der Aufbringung der hierzu nötigen Mittel sollten sich die Instanzen der Partei und der Gewerkschaften verständigen.

Nach längeren Beratungen wurde eine Übereinstimmung herbeigeführt und ein Beschluß angenommen, demzufolge zur Vorbereitung der Maifeier an allen Orten möglichst zu Beginn des Jahres eine Kommission einzusetzen sei, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Die in Aussicht genommene Feier durfte danach an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden. Bei Aussperrungen infolge der Maifeier konnte den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung vom Beginn der zweiten Woche gewährt werden, und darauf hatten die politisch, wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch. Die für die Unterstützung nötigen Mittel waren von den Parteiorganisationen und den Gewerkschaften an dem Orte, an welchem die Aussperrung erfolgt, aufzubringen.⁹⁶

Diese Vereinbarung beschäftigte in ausgiebiger Weise den 1908 in Hamburg stattfindenden sechsten deutschen Gewerkschaftskongreß. Auf die dortigen erneuten Auseinandersetzungen über die Maifeier einzugehen, erübrigt sich, da im wesentlichen keine neuen Gesichtspunkte angeführt wurden. Obwohl gegen die vorliegende Vereinbarung verschiedene Einwände erhoben wurden, beschloß der Gewerkschaftskongreß, sie anzunehmen. Gleichzeitig beauftragte er jedoch die Generalkommission, mit dem Parteivorstand nochmals über eine anderweitige örtliche Regelung der Unterstützungsfrage zu unterhandeln. Diese Besprechungen fanden statt, führten aber zu keinem anderen Ergebnis, als daß man den Satz, wonach der Unterstützungsanspruch erst von der zweiten Woche an gelten solle, aufhob, indem man sich sagte, wenn es Sache der Organisation ist, die Unterstützung aufzubringen, dann muß es auch ihre Angelegenheit sein, den Beginn der Unterstützung zu bestimmen⁹⁷. Nachdem die Vereinbarung vom Gewerkschaftskongreß grundsätzlich gutgeheißen worden war, hatte noch die Partei ihr Urteil darüber abzugeben. Dies geschah auf dem Parteitag zu Nürnberg 1908. Er zeitigte das Ergebnis, daß von der Vereinbarung die Bildung örtlicher Fonds zur Unterstützung der Maifeiergemäßregelungen abgelehnt wurde. Damit war selbstverständlich die gesamte Vereinbarung dahingefallen. Auf Grund des gleichzeitig dem Parteivorstand gegebenen Auftrags, wegen der Unterstützungsfrage erneut mit der Generalkommission in Unterhandlung zu treten, hatten diese beiden Instanzen die Aufgabe, eine neue Lösung zu suchen.

Man einigte sich an Stelle des vielfach gewünschten, von den Gewerkschaften aber abgelehnten Zentralfonds und an Stelle der vom Parteitag abgelehnten Lokalfonds auf die Schaffung von Bezirksfonds, die für größere zusammenhängende Wirtschaftsgebiete gebildet werden sollten.

Diese Regelung, mit der sich auch die Generalkommission einverstanden erklärte, wurde auf dem Parteitag zu Leipzig 1909 von der Partei gutgeheißen⁹⁸.

⁹⁶ Prot. d. Verh. d. 6. Gewerkschaftskongresses zu Hamburg 1908. Verlag der Generalkommission, Berlin 1908, S. 68.

⁹⁷ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Nürnberg 1908. S. 265.

⁹⁸ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Leipzig 1909, S. 428.

Der Feuergeist der Rosa Luxemburg ließ sie schon auf dem Nürnberger Parteitag sagen, daß sich in der Praxis die Unterstützungsfrage als eine Schlinge erweisen werde, in der die Maifeier erdrosselt werden könne, wenn man nicht rechtzeitig der falschen Richtung in der Lösung dieser Frage vorbeuge⁹⁹. So Unrecht mochte diese Frau nicht gehabt haben. Es zeigte sich, daß mit der Annahme der Unterstützungsvereinbarungen die Angelegenheit der Maifeier für die deutsche Arbeiterbewegung noch nicht erledigt war. Dieser Zankapfel wollte nicht verschwinden. „Es ist kein Vergnügen, über die Maifeier zu schreiben!“ Nichts ist für jene Zeiten bezeichnender, als diese Worte, mit denen ein Aufsatz über die Maifrage beginnt¹⁰⁰. „Die Maifeier ist das Schmerzenskind unserer Partei, das nicht leben und nicht sterben kann“, schrieb Karl Kautsky¹⁰¹ mit Skepsis und Resignation. Im Jahre 1912 mußte sich die Generalkommission im Hinblick auf das bevorstehende Maifest gegen eine Erscheinung wenden, die die unentwegten Verfechter des Achtstundentages erneut am Wert der Maifeier zweifeln lassen mußten. In einem großen Teil von Berufen begann nämlich eine förmliche Begeisterung nach dem freien Samstagnachmittag einzusetzen. Dabei war das Bedenkliche, nicht diese Forderung an sich, sondern die gleichzeitige Preisgabe der Forderung einer allgemeinen Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Ja, es gab Berufe, in denen organisierte Arbeiter mit einer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit sich einverstanden erklärten und diese selbst sogar forderten, um den freien Samstag Nachmittag zu erhalten. Bezeichnenderweise sollen es gerade diejenigen Unternehmer, die sich bei Arbeitszeitverkürzungen am halsstarrigsten zeigten, gewesen sein, die am bereitwilligsten auf diese Forderung eingingen. Leipart nahm in einem Aufsatz gegen diese Vorgänge, die den Kampf um die verkürzte Arbeitszeit und damit den ganzen Vormarsch für den Achtstundentag erschwerten und aufhielten, mit außerordentlicher Schärfe Stellung¹⁰².

Ebenso wie wir die Regelung der Unterstützungsfrage nicht übergehen wollten, soll der neue, in der Partei auftretende Streitpunkt Erwähnung finden. Nicht nur um zu zeigen, welchen Schwierigkeiten die Arbeitsruhe und damit die ganze Maifeier begegnete, und mit welchen Fragen sich die moderne Massenbewegung zu beschäftigen hatte, sondern auch weil diese Erscheinungen einen nicht wertlosen Beitrag zum Wesen und zur Psychologie der modernen Partei bilden.

Der Nürnberger Parteitag der Sozialdemokratie nahm einen Antrag an, der die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern, und keinen Lohnausfall erleiden, verpflichtete, ihren Tagesverdienst an die Partei- und Gewerkschaftskassen abzugeben¹⁰³.

Es zeigte sich bald, daß die Partei mit diesem Beschluß betrübende Erfahrungen machen sollte. Schon der Bericht des Parteivorstandes an dem

⁹⁹ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Nürnberg 1908, S. 267.

¹⁰⁰ Heinrich Peus: Zur Maifeierfrage. Soz. Monatsh. 1909, IX. Heft.

¹⁰¹ Karl Kautsky: N. Z. 27. Jahrg. 1909, II. Bd., S. 844. Vgl. hierzu noch W. Dittmann: Die Maifeiervereinbarung. N. Z. 26. Jahrg. 1908, II. Bd. Ludwig Radloff: Maifeierfonds. Soz. Monatsh. 1909, 11. Heft. H. Salzmann: Die Unterstützungsfrage — das Grab der Maifeier. N. Z. 28. Jahrg., 1910, 2. Bd.

¹⁰² Theodor Leipart: Der freie Samstag Nachmittag. Eine Ouvertüre zur diesjährigen Maifeier. Corr. d. Gen. d. Gew. vom 30. März 1912.

¹⁰³ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Nürnberg 1908, S. 183.

Parteitag zu Leipzig stellte fest, daß sich eine Reihe von Parteigenossen weigerten, den Tagesverdienst des 1. Mai abzuliefern, weil der Parteitag kein Recht habe, einseitig solche, nur einen besonderen Teil der Genossen belastende Beschlüsse zu fassen¹⁰⁴. Trotzdem auf dem Jenaer Parteitag des Jahres 1911 beschlossen wurde, gegen alle die Mitglieder, die sich weigern, dieser Pflicht der Abführung des Tagesverdienstes nachzukommen, das Ausschlußverfahren einzuleiten¹⁰⁵, stieß die Partei bei der Durchführung dieses Beschlusses auf große Schwierigkeiten. Auf dem nächsten Parteitag, der 1912 in Chemnitz stattfand, erklärte Pfannkuch, der Berichterstatter für die Maifeier, daß die Erfahrungen, die die Ausführung des Nürnberger Beschlusses gebracht hätten, nicht dazu angetan seien, den Wert und die Bedeutung der Maifeier zu erhöhen. Eine Enquête habe zu der beschämenden Tatsache geführt, daß mit der Durchführung die übelsten Erfahrungen gemacht worden seien. Selbst Angestellte der Partei, die Redaktoren gewesen sein sollen, hätten sich geweigert, den Tagesverdienst abzuführen¹⁰⁶. Pfannkuch geißelte mit scharfen Worten diese, die Partei aufs äußerste beschämenden Erscheinungen, die er als einen Parteiskandal betrachten müsse¹⁰⁷. Um diesen traurigen Vorfällen ein Ende zu bereiten, beschloß dieser Parteitag, die Nürnberger Bestimmung aufzuheben¹⁰⁸. Die wenig erhebenden Vorgänge und der ungünstige Eindruck, den diese auf die Außenwelt ausübten, bewogen die Partei im nächsten Jahre, die ganze Angelegenheit noch einmal aufzugreifen und so zu ordnen, daß die Abgabepflicht auf die Mitglieder der Partei beschränkt blieb. Demnach waren die in Büro und Redaktionen der Partei und Gewerkschaften beschäftigten Parteigenossen verpflichtet, ihren Tagesverdienst an den Maifeierfonds abzuliefern¹⁰⁹.

In bezug auf die Durchführung der Arbeitsruhe fanden sich auch bei der Genossenschaftsbewegung Schwierigkeiten. Auf verschiedenen Parteitaggen wurde lebhaft geklagt, dort in dieser Hinsicht auf wenig Verständnis zu stoßen. Die Genossenschaften ihrerseits erklärten in dieser Frage neutral bleiben zu wollen, oder aber sie erhoben direkten Anspruch als nichtkapitalistische Unternehmung eine andere Behandlung zu verdienen. Hier war die Idee maßgebend, daß sich die Maifeier wirtschaftlich und sozial gegen den Kapitalismus und seine wirtschaftliche Struktur richte und daß es deshalb widersinnig sei, von den Genossenschaften als antikapitalistische Unternehmungen, die gegen das Kapital gerichtete demonstrative Arbeitsruhe zu verlangen¹¹⁰. Schwere Vorwürfe wurden auch gegen Unternehmungen, die von

¹⁰⁴ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Leipzig 1909, S. 39.

¹⁰⁵ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Jena 1911, S. 369.

¹⁰⁶ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Chemnitz 1912, S. 435 u. f.

¹⁰⁷ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Chemnitz 1912, S. 437.

¹⁰⁸ ebenda S. 444.

¹⁰⁹ Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Jena 1913, S. 189.

¹¹⁰ Die gleiche Frage stellte sich auch in anderen Ländern. Erst unlängst frug in Frankreich der „Peuple“: Sollen die Genossenschaften am 1. Mai ihre Tore schließen?, um eine negative Antwort zu erteilen. Denn, schrieb das gleiche Blatt, „en frappant la coopérative le capitalisme n'est point touché (cela lui profite même!), la classe ouvrière se frappe elle-même. Pour être tout-à-fait logique, il voudrait même que la classe ouvrière arrivât à faire fermer toutes les boutiques privées concurrentes, alors que les coopératives seraient ouvertes pour seules servir le public; ce serait là un moyen excellent pour favoriser leur développement en face des entreprises capitalistes, développements dont l'émancipation du travailleur serait la bénéficiaire

Genossen geleitet und betrieben wurden, erhoben. Es soll des öftern vorgekommen sein, daß von solchen Unternehmungen den Arbeitern die Maifeier abgeschlagen wurde¹¹¹. Neben diesen unerfreulichen Erscheinungen soll darauf hingewiesen werden, wie auf zwei Großgrundbesitzungen Ostelbiens, deren Eigentümer als feudale Abkömmlinge Mitglieder der sozialdemokratischen Partei waren, der proletarische Weltfeiertag des 1. Mai stets durch völlige Arbeitsruhe gefeiert wurde¹¹².

finale.“ (Abgedr. Le Coopérateur Suisse 16 mai 1923). Diese Gründe lassen sich ohne Zweifel hören. Es ist aber auch verständlich, daß dem Arbeiter diese Argumentation nicht ohne weiteres einleuchten konnte. Denn für ihn lag das Ideal in einer vollständigen, allgemeinen Arbeitsruhe. Das ganze Proletariat sollte der Freude dieses eigenen Festes teilhaftig werden. Dann ließ er sich auch von der Ansicht leiten, daß ihm in seinem Kampf gegen die feindlichen Mächte das Genossenschaftswesen, das er den internationalen Kongreßbeschlüssen gemäß zu unterstützen hatte, behilflich sein müsse.

¹¹¹ Vgl. z. B. die Klagen, die am Frankfurter Kongreß 1894 der sozialdemokratischen Partei erhoben wurden. Ein Delegierter stellte fest, daß den Arbeitern in Sachsen die Maifeier von sozialistischen Unternehmern untersagt worden sei, von denen selbst einige als Maifestredner figuriert hätten! (Prot. üb. d. Verh. des sozialdem. Parteitages zu Frankfurt 1894, S. 159). Ähnliche Vorwürfe gab es an der 4. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im Jahre 1902. Eine sozialistische Zeitung schrieb über diese Erscheinungen: „Wo wir Arbeitgeber sind, akklimatisieren wir uns naturgemäß der kapitalistischen Produktionsweise. Ein Sozialdemokrat, der Unternehmer wird, mag persönlich menschenfreundlich sein; er ist und bleibt Ausbeuter, wenn auch wider Willen. Und deshalb kann auch die Partei nicht umhin, ausbeuten zu müssen.“ (Prot. d. 4. Generalversammlung der Buchdrucker 1902, S. 106.) Man erinnert sich unwillkürlich an die Stelle im Vorwort zur ersten Auflage vom „Kapital“, wo Marx erklärt, daß sein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformationen als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffasse, den einzelnen nicht verantwortlich machen könne, für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag. (Das Kapital, I. Bd., 2. Aufl. der Kautsky'schen Volksausgabe, Stuttgart 1919, S. XXXIV). Oder an seine Ausführungen im achten Kapitel, wo es heißt, daß die Ausbeutung letzten Endes nicht vom guten oder bösen Willen des einzelnen Kapitalisten abhängt. („Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend.“ Das Kapital, I. Bd., S. 219.) Man sieht, der Verfasser obigen Artikels wird Marx gelesen haben. Seine Darlegung heißt aber den Sinn von Marxens Ausführungen auf die Spitze zu treiben. Mag in ihnen auch ein richtiger Kern liegen, so ist diese Praxis, wie sie sich in unserem Beispiel äußert, für eine Partei, die eine Kulturmission trägt und auf Sauberkeit halten soll, doch außerordentlich gefährlich.

¹¹² Das eine große Gut liegt in Kommerowen und gehört dem Genossen von Eberhardt. Das andere von Skaisgieren dem Genossen A. Hofer. Ob dieser Maifeiern auf dem Lande inmitten Ostelbiens herrschte nicht wenig Freude. Vgl. Robert Michels: Die deutsche Sozialdemokratie. A. f. S. XXIII. Bd. 1906, S. 524 u. 525, sowie das Prot. üb. d. Verh. d. Soziald. Parteitages zu Mannheim 1906, S. 21.

3. Kapitel.

Der französische revolutionäre Syndikalismus und die Maifeier.

I. Vom Manifest der Arbeitsbörsen auf den ersten Mai 1896 bis zum Kongreß von Bourges 1904 der C. G. T.

Von der deutschen Gewerkschaftsbewegung zum französischen Syndikalismus, von welchem letzterem Hubert Lagardelle behauptet hat, daß er als die vollkommenste Verwirklichung des Arbeitersozialismus erscheine^{112a}. Welch ein Unterschied bietet sich unserer Betrachtung dar! In den Reihen der auf breiter Grundlage bewundernswert aufgebauten gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiter die lähmendsten Auseinandersetzungen in der Frage der Maifeier. Welch ein Gegensatz zum französischen Syndikalismus, bei dem die Darstellung der Maifeierbewegung das Aufschlagen seiner heroischsten Kapitel bedeutet. Nicht zu Unrecht meinte Christian Cornélissen, daß die Confédération Générale du Travail mit ihren 400 000 Mitgliedern bedeutend mehr Einfluß auf das ganze soziale Leben habe, als die deutschen Zentralverbände mit ihren 2 000 000 Mitgliedern^{112b}. Man stelle einander den Gewerkschaftskongreß von Köln 1905 und denjenigen der Syndikalisten von Bourges 1904, mit den sie beherrschenden Maifeierdebatten gegenüber, um die in wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen wurzelnde völlige Wesensverschiedenheit der beiden Bewegungen zu erkennen.

Seine theoretischen Grundanschauungen und mehr noch die Notwendigkeiten seines aus den praktischen Bedürfnissen genährten und mit größter Intensität geführten Kampfes, bestimmten den französischen Syndikalismus bald, die Maifeier den gewerkschaftlichen Aktionen einzureihen.

Ihrer ganzen Auffassung des sozialen Kampfes entsprechend, betrachteten sie die Maifeier als integrierenden Bestandteil ihrer Gedankenwelt und ähnlich wie das Proletariat selbst suchten sie diesen Tag, von dessen hoher Bedeutung für den sozialen Kampf sie durchdrungen sind, vor jeder Berührung mit der bürgerlichen Welt zu bewahren. Der Maitag ist ein proletarischer Tag, ein Tag von symbolischem Wert. Es wird im Kapitel „Maifeier und General-

^{112a} Hubert Lagardelle: Die syndikalistische Bewegung in Frankreich. A. f. S. 1908, Bd. XXVI, S. 96.

^{112b} Christian Cornélissen: Über den internationalen Syndikalismus. A. f. S. XXX. Bd., 1910, S. 170.

streik“ gezeigt werden, welche ideelle Bedeutung er für die Arbeiterbewegung hat und welche Vorstellungen er erweckt. Diesen seinen historischen und sozialen Wert für die Arbeiterschaft als Klasse betrachten die Syndikalisten gefährdet durch die Ambitionen der politischen Parteien, die die Maifeier zu platonischen Promenaden und parlamentarischen Bittgängen degradieren wollen. Diesen, das Proletariat zersetzenden Tendenzen stellen sie die syndikalistische Aktion gegenüber. Ja, der Maitag des Proletariats scheint ihnen geradezu prädestiniert hierzu. „Nul mouvement“, schreibt Emil Pouget, ein hervorragender syndikalistischer Führer¹¹³, „ne symbolise mieux les méthodes d'action confédérales que la campagne d'agitation pour les huit heures, qui a eu son premier épanouissement en mai 1906, en conformité à la décision prise au congrès confédérale de Bourges, en 1904.“ Und in der Tat, der auf den 1. Mai 1906 durchgeführte großzügige und kühne Kampf um den Achtstundentag, der die ganze französische Arbeiterklasse in Bewegung setzte und ganz Frankreich in Atem hielt, erscheint wie eine Krönung der syndikalistischen Bewegung.

Schon auf dem vierten Kongreß der französischen Gewerkschaften in Calais, 1890, machte ein Delegierter namens Pédrón den Vorschlag, daß an dem, dem 1. Mai folgenden Tag die Arbeiter nach achtstündiger Arbeitszeit die Fabriken verlassen sollten, „que le patron le veuille ou ne le veuille pas“¹¹⁴. An diesem Kongreß zeigten sich die Vereinigungen der Syndikate noch in voller Abhängigkeit von der guesdistischen Partei. Es wurde beschlossen, am 1. Mai 1891 von allen Provinzsyndikaten Delegierte nach Paris zu senden, die dort von den öffentlichen Gewalten den Achtstundentag zu verlangen hätten. Die nächsten Kongresse zeigen, wie in der Maifeierbewegung die Syndikalisten eine immer selbständigere Stellung einnehmen und den politischen Maidemonstrationen den Generalstreik, als einziges Mittel, das diesem Tag seinen sozialen und revolutionären Sinn geben kann, gegenüberstellen. Daß sich an dieser komplexen Frage die Geister schieden, ist bekannt. Nachdem sich 1895 der Syndikalismus in der autonomen Körperschaft der Confédération Générale du Travail organisiert hatte, war die Bahn frei für die Gestaltung einer reinen proletarischen Klassenbewegung. Werner Sombart glaubt die erste Anregung, die erste Äußerung der neuen Richtung, aus der man sich über ihr Wesen zu unterrichten vermag, in einer kleinen Schrift Georges Sorels aus dem Jahre 1897 (*L'avenir socialiste des Syndikats*) zu erblicken¹¹⁵. Es scheint mir, daß uns hierzu ein Dokument von weit größerer historischer Bedeutung in dem *Maiaufruf* vorliegt, den der unermüdliche, für den Syndikalismus allzu früh verstorbene Organisator der Arbeitsbörsen, Fernand Pelloutier, im Namen von 41 zusammengeschlossenen Bourses du Travail auf den 1. Mai 1896, einem Jahr vor dem Erscheinen von Sorels Schrift veröffentlicht hat. Dieser Aufruf, der den Charakter eines Manifestes trägt, und bezeichnenderweise auf den 1. Mai erschien, enthüllt bereits alle die tragenden Gedanken, mit denen der revolutionäre Syndikalismus in seinem Siegeslauf das französische Proletariat eroberte. In programmatischer Weise werden Ziel und

¹¹³ La Confédération générale du travail, Bibliothèque du Mouvement Socialiste, 2. Bändchen, Paris 1908, S. 56.

¹¹⁴ Léon de Seilhac: Les Congrès Ouvriers en France (1876—1897). Paris 1899, Armand Colin & Cie., S. 219.

¹¹⁵ Sozialismus und soziale Bewegung. 9. Aufl., Jena 1920, S. 110.

Wesen der neuen erwachenden Bewegung zusammengefaßt. Genau ein Jahrzehnt später suchte sie, gereift und in der Vollkraft ihrer Entwicklung, Wirklichkeit werden zu lassen, was hier noch kühner Gedanke ist. Das Manifest, ein hervorragendes Dokument der sozialen Bewegung, soll hier in seinem französischen Text ungekürzt wiedergegeben werden:¹¹⁶

„Volontairement confinées jusqu'à ce jour dans le rôle d'organisatrice du prolétariat, les bourses du travail de France entrent désormais dans la lutte économique, et à cette date du 1er mai, choisie depuis quelques années par le socialisme international pour formuler les volontés de la classe ouvrière, viennent exposer ce qu'elles pensent et le but qu'elles poursuivent.

Convaincues qu'au mal social les institutions ont plus de part que les hommes, parce que ces institutions, en conservant et accumulant les fautes des générations, font les hommes vivants prisonniers des fautes de leur prédécesseurs, les bourses du travail déclarent la guerre à tout ce qui constitue, soutient et fortifie l'organisme social. Confidentes des souffrances et des plaintes du prolétariat, elles savent que le travailleur aspire, non pas à prendre la place de la bourgeoisie, à créer un état „ouvrier“ mais à égaliser les conditions, et à donner à chaque être la satisfaction qui exigent ses besoins. Aussi méditent-elles, avec tous les socialistes, de substituer à la propriété individuelle et à son effroyable cortège de misère et d'iniquités, la vie libre sur la terre libre!

Dans ce but, et sachant que la virilité de l'homme se proportionne à la somme de son bien-être, elles s'associent à toutes les revendications susceptibles, — en améliorant si peu que ce soit, la condition immédiate du prolétariat, — de le libérer des soucis démoralisants du pain quotidien et d'augmenter, par suite, sa part contributive à l'oeuvre commune d'émancipation.

Elle réclame la réduction de la durée du travail, la fixation d'un minimum de salaire, le respect du droit de résistance à l'exploitation patronale, la concession gratuite des choses indispensables à l'existence; pain, logement, instructions, remèdes; elles s'efforceront de soustraire leurs membres aux angoisses du chômage et aux inquiétudes de la vieillesse en arrachant au capital la dîme inique qu'il prélève sur le travail.

Mais elles savent que rien de tout cela, n'est capable de résoudre le problème social; que jamais le prolétariat ne sortirait triomphant des luttes où ils n'opposeraient à la formidable puissance de l'argent que l'endurance acquise hélas! par des siècles de privations et de servitude. Aussi, adjurent-elles, les travailleurs demeurés jusqu'à ce jour isolés de venir à elles, de leur apporter l'appoint de leur nombre et de leurs énergies. Le jour (et il n'est pas éloigné) où le prolétariat aura constitué une gigantesque association, consciente de ses intérêts et du moyen d'en assurer le triomphe, ce jour là, il n'y aura plus de capital, plus de misère, plus

¹¹⁶ Fernand Pelloutier: Histoire des Bourses du Travail. Paris 1902, Schleicher Frères. (Das Manifest P. vom 1. Mai 1906 findet sich im biographischen Abriss von Victor Dave, S. XI u. XII.) Pelloutier, eine geistig hochstehende Führungspersönlichkeit, wirkte zuerst in der sozialistischen Partei, von der er sich 1893 als begeisterter Anhänger und Förderer des Prinzips des Generalstreiks trennte, um dann von der anarchistischen Richtung her zum Syndikalismus zu kommen. Für die Entwicklung desselben hat er als Sekretär des Verbandes der Arbeitsbörsen seine ganze Lebenskraft geopfert. Erst 30 Jahre alt wurde er 1901 von der Tuberkulose dahingerafft.

de classes, plus de haines. La révolution sociale sera accomplie!"

Immer mehr verdichtete sich bei den Syndikalisten die Idee, die Methoden der neuen Aktion auch bei der Maifeier anzuwenden. Das Ziel des Achtstundentages, für das das internationale Proletariat seit Jahren demonstrierte, um verblich und hoffnungslos von Regierung und Parlamenten die Befriedigung seiner Forderungen zu verlangen, schien ihnen nur erreichbar, indem an diesem Tag die ganze Arbeiterklasse in unversöhnlichem Gegensatz zur bürgerlichen Welt gesetzt wird. Unbekümmert um politisch-parlamentarische Unternehmungen sollten die gewerkschaftlichen Organisationen auf wirtschaftlichem Boden mit dem Unternehmertum in den direkten Kampf um den Achtstundentag treten. „Agir! agir! toujours agir . . . il n'y a que cela de vrai et d'efficace“ ist der Ton, auf den alle syndikalistischen Broschüren und Flugblätter eingestellt sind¹¹⁷. Durch seine Maifeieragitation wollte der Syndikalismus, „daß die Hirne der Arbeiter durchdrungen seien von der Notwendigkeit ihres eigenen Handelns; daß sich die Idee materialisiere, daß die Arbeiter eine Macht seien, der nichts fehle, als der Wille um sich in Aktionen umzusetzen“¹¹⁸.

Am 6. Kongreß der C. G. T. in Lyon 1901 beschäftigte man sich auf Initiative der Mechanikergewerkschaft mit der Frage der Eroberung des Achtstundentages. Diese ist, wie es scheint, damals noch nicht reif gewesen. Die syndikalistische Bewegung hatte noch mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen. Man begnügte sich mit dem Beschluß auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses „den Achtstundentag und die unmittelbare Aktion“ zu setzen und mit der Aufforderung, daß sich „die Delegierten von dem zu inspirieren hätten, was in den Vereinigten Staaten unternommen wurde, um am 1. Mai durch eine direkte Aktion den Achtstundentag zu fordern: Arbeitseinstellungen und Straßenmanifestationen.“¹¹⁹

Die Hemmungen, die die syndikalistische Bewegung in den nächsten Jahren noch zu überwinden hatte, waren das Resultat der Gegensätzlichkeiten und Kämpfe mit dem reformistischen Syndikalismus, der seine Hauptstütze in den Verbänden der Buchdrucker, Handelsangestellten, Maschinisten, Textilarbeiter und Mechaniker hatte. (A. Keüfer, Albert Thomas, Guérard, Renard, usw.) Die heftig geführten Kämpfe endigten mit dem Sieg des revolutionären Syndikalismus auf dem Kongreß von Bourges 1904.

Auf ihm kam es zwischen den beiden Richtungen und über die zwei Methoden zu entscheidenden Auseinandersetzungen. Der reformistische Flügel, der die größten Anstrengungen gemacht hatte, um seine Vertretung einflußreich zu gestalten, (in Bourges waren von der Fédération du Livre, die der reformistischen Richtung angehörte 128 Sektionen vertreten, in Montpellier, dem letzten Kongreß 1902, kaum 30), mußte in allen Fragen, und sie waren von einschneidender Bedeutung für die Arbeiterbewegung Frankreichs, den Kürzeren ziehen¹²⁰.

¹¹⁷ Le premier mai et la journée de huit heures, S. 14.

¹¹⁸ Ebenda., S. 12.

¹¹⁹ Emile Pouget: La Conquête de la Journée de Huit Heures. Mouv. Soc., 7e année 1905, vom 15. März.

¹²⁰ Der Bericht des Bundeskomitees mit dem die bisherige revolutionär-syndikalistische Methode zur Entscheidung stand, wurde mit 812 gegen 361 Stimmen genehmigt. Die Repräsentation Proportionelle wurde mit 808 gegen 368 Stimmen abgelehnt. »Sur les terrains

Der Kongreß, der sich mit der Frage der Eroberung des Achtstundentages zu befassen hatte, setzte einen Ausschuß ein, der über eine zu organisierende Agitationsbewegung Bericht zu erstatten hatte¹²¹.

Nach vollendeter Beratung überreichte derselbe dem Kongreß einen längeren Bericht¹²². Dieser erklärte, daß zwei Methoden im Schoß der Kommission angeregt worden seien. Die eine beantragte der Regierung und dem Parlament einen Gesetzentwurf durch das Bundeskomitee überreichen zu lassen, um dann Petitionen, Volksversammlungen etc. zu organisieren, um den Gesetzgebern damit zu zeigen, daß diese Reform von der großen Mehrheit der Arbeiter verlangt werde. Die andere ging dahin, sich von der Regierungssphäre fernzuhalten um sich direkt an seine Gegner zu wenden und diese mit allen verfügbaren Mitteln zu schlagen.

Die Kommission sprach sich mit allen gegen nur drei Stimmen für die letztere Methode (die „Action directe“) aus, indem sie auf die Erfahrungen der letzten Jahre hinwies. Noch nie habe eine Petition oder eine politisch-parlamentarische Demonstration zum Ziele geführt, währenddem die Arbeiter dem direkten Dampf und dem Druck, den sie vermittelt ihrer selbständigen Aktionen auf die feindlichen Klassen und ihre Institutionen ausübten, die schönsten Erfolge zu verdanken hätten. (Kampf gegen die privaten Stellenvermittlungsbureaux z. B.) „Nur wenn die Arbeiter selbständig gehandelt haben, ist ihnen Erfolg beschieden gewesen.“ Die Kommission kam deshalb in ihrem Bericht zum Schluß, daß zur Eroberung des Achtstundentages eine ähnliche Kampagne durchgeführt werden müsse, wie zur Unterdrückung der Bureaux de Placement. Sie verlange deshalb, daß das vorhandene „Comité pour la propaganda de la grève générale“ mit der Organisation und Propaganda dieser Aktion beauftragt werde. Die Bewegung selbst solle mit großen Manifestationen in ganz Frankreich am 1. Mai 1905 beginnen, worauf die Agitation und Propaganda durch die hierzu beauftragten Ausschüsse weitergeführt werde, dergestalt, daß es am 1. Mai 1906 keinen Arbeiter gebe, der zu einer acht Stunden übersteigenden Arbeit einwillige. Am 1. Mai 1906 alsdann hätte der Kampf gegen diejenigen Unternehmer, die den aufgestellten Forderungen nicht gerecht werden wollen, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln einzusetzen. Im weiteren war die Kommission einig, daß mit der Forderung des achtstündigen Arbeitstages das Lohnminimum und der wöchentliche Ruhetag innig verbunden seien und daß aus diesen Gründen diese drei Fragen den Gegenstand einer einzigen Forderung zu bilden hätten.

„Um diese Bewegung durchzuführen“, erklärte der Berichtersteller Raymond Dubéros, „sind außerordentliche Anstrengungen notwendig und von allen bevorstehenden Aufgaben wird diejenige nicht am unwichtigsten sein, die die Erziehung unserer Arbeitskameraden zum Bewußtsein ihrer Interessen betrifft. Und um die Arbeiter zum Maximum ihrer agitatorischen Fähigkeiten

économiques, ce sont des intérêts qui entrent en contact et seules, trop souvent des minorités participent aux mouvements. Or, ici la R. P. aurait un résultat contraire à celui qu'elle peut avoir sur le terrain politique: elle permettrait au masses plus nombreuses et plus pondérées de paralyser les minorités conscientes. Pouget: Le Congrès Syndical de Bourges, Mouv. Soc. du premier novembre 1904.

¹²¹ Siehe Compte-Rendu du Congrès de Bourges 1904, S. 144.

¹²² Rapport sur l'Organisation du Mouvement d'Agitation pour la Conquête de la Journée de Huit Heures, S. 205 u. f. du Compte Rendu du Congrès de Bourges 1904.

zu veranlassen, wird es notwendig sein, sie davon zu überzeugen, daß sie nichts vom Gesetzgeber zu erhoffen, aber alles von ihren eigenen Anstrengungen zu erwarten haben.“

Die reformistische Richtung wünschte nicht soweit zu gehen und wollte sich begnügen, dem Gesetz Millerand-Colliard, das den Maximalarbeitstag auf 10 Stunden festsetzte, Respekt zu verschaffen, für die Einbeziehung noch länger arbeitender Industrien unter dieses Gesetz und eventuell für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden zu demonstrieren („Keufer). Sie wandte sich auch gegen die einzuschlagenden Methoden der „Action directe et violente“. „Was soll das heißen?“ frug Guérard, „soll man während eines ganzen Jahres Tag für Tag bis zu einem bestimmten Datum die Fenster einschlagen, Lärm machen und manifestieren?“¹²³ Pouget zögerte nicht, unter dem Beifall des Kongresses Auskunft darüber zu geben, was der revolutionäre Syndikalismus unter diesen neuen Methoden versteht¹²⁴.

„L'action directe, c'est l'affirmation que les travailleurs entendent de plus compter que sur eux-mêmes, et non sur un Messie extérieur pour améliorer leurs conditions et marcher à la libération complète.“

Man sieht: die ganze syndikalistische Gedankenwelt, die sich heraus gebildet hatte, eine ganz bestimmte Konzeption des sozialen Entwicklungskampfes wird anlässlich der Diskussion aufgerollt und bildet den tieferen Hintergrund der bevorstehenden Unternehmung.

2. Wesen und Bedeutung der syndikalistischen Achtstunden-Aktion auf den 1. Mai 1906 und ihre Durchführung.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß mit den Beschlüssen dieses Kongresses der Gegensatz zwischen den beiden Richtungen entschieden war und der revolutionäre Syndikalismus die französische Gewerkschaftsbewegung erobert hatte. Die reformistische Richtung fühlte sich indessen nichts weniger als geschlagen. Mit nicht minderer Zuversicht zogen auch sie nach Hause. „Die Minorität des Kongresses von Bourges“, ließ sich A. Keufer, der Sekretär des Buchdruckerverbandes und Hauptvertreter dieser Richtung vernehmen, „viel größer als diejenige des Kongresses von Montpellier, hat sich mit Energie behauptet, sie erlaubte dem Publikum zu versichern, was in Wahrheit die direkte, revolutionäre Aktion ist; und da die Anarchisten mit dem Prinzip der aktiven Minderheiten einen wahren Kultus treiben, ist es erlaubt zu sagen, daß die Kongreßminderheit von Bourges ihre Pflicht tapfer erfüllt hat. Weit davon entfernt in der Meinung der Gewerkschaften ihren Einfluß verloren zu haben, wird sie sich, wie ich hoffe, vergrößern und an Boden durch die Lehre der Tatsachen gewinnen.“¹²⁵

Was hatte nun der vom Kongreß beschlossene Kampf auf den 1. Mai 1906 für einen Sinn und welche Bedeutung legte ihm der Syndikalismus bei?

¹²³ Compte-rendu du Congrès de Bourges 1904, S. 211.

¹²⁴ ebenda, S. 216.

¹²⁵ A. Keufer: Le Congrès de Bourges et le Socialisme Ouvrier. Mouv. Soc. du 1er Novembre 1904. (Unter diesem Titel befinden sich Aufsätze von Lagardelle, Pouget, Delesalle, Griffuelhes, Latapie, Lenoir, Longuet, Niel, Keufer in der Nov. u. Dez. Nummer des Mouv. Soc. vom Jahre 1904.)

Emile Pouget legt Wert darauf, daß der Beschluß von Bourges nicht die Folge und das Resultat einer blühenden Rhetorik gewesen sei, sondern die Folge syndikalistischer Erkenntnis und lediglich die Krönung einer intensiven vorgängigen Propaganda und Auseinandersetzung im Schoße der Gewerkschaften¹²⁶.

Es war der größte Ehrgeiz der Syndikalistens, das ganze Proletariat mit einem großen geistigen Band zu umfassen und diese ganze Einheit, nicht nur klubistische Teile in den direkten Kampf um seine Interessen zu führen. „Hier ist der Sinn der Achtstundenbewegung. Es handelt sich nicht darum, eine Reform zu erkämpfen, die selbst einige Kapitalisten zulassen und die die Sozialpazifisten fordern. Es handelt sich in erster Linie darum, auf dem eigenen Boden die ganze arbeitende Klasse gegen die bürgerliche Klasse zu bilden, damit sie eine deutliche Vorstellung von den Klassenantagonismen und dem revolutionären Ziel, das sie hat, besitze.“¹²⁷ Also eine ausgesprochen klassenbildende Bewegung mit dem deutlich vorhandenen Zweck, das Proletariat zum Klassenbewußtsein und zum Bewußtsein seiner welthistorischen Mission zu bringen. Die Syndikalistens denken hier durchaus marxistisch, was sie unterscheidet ist der Wille, den von dort kommenden Fatalismus zu überwinden. Was den Beschluß von Bourges kennzeichnet, ist der Hinweis, „daß weder von irgendwo oben, noch von irgendeinem Zentrum aus die Parole fällt, die die Arbeiter zum Marsch auffordert, in sich selbst müssen sie das Bewußtsein und die Initiative ihrer Aktion holen. Das ist es gerade, was die Größe dieser Achtstundenbewegung ausmacht: die dezentralisierte Propaganda, die sie vorbereitet und die Willensgymnastik.“¹²⁸

Die Tragweite des von den Methoden der direkten Aktion inspirierten Beschlusses von Bourges liegt für das Bewußtsein des Arbeiters darin, daß er ihm mit größter Klarheit auseinandersetzt, daß die Verbesserungen, die die Arbeiterklasse dem Kapitalismus abzurufen vermag, proportional ihren Anstrengungen seien. „Man muß daran erinnern, daß niemals in keinem Moment die militanten Syndikalistens die Naivität hatten, zu glauben, daß am 1. Mai die militante Achtstundentag für die Gesamtheit der Gewerkschaften eine vollendete Tatsache sei.“¹²⁹ Die ganze Unternehmung hatte nicht den tumultuari-schen Charakter, den man ihr von bürgerlicher Seite von vornherein zuschrieb. Es war eine Massenbewegung, die sich entwickelte. „Eine gemeinsame Aktion in den Werkstätten, und nicht in den Straßen“, schreibt Lagardelle, „es handelte sich nicht darum, die Verkürzung der Arbeitszeit durch einen Aufruhr, sondern durch die vereinigte Niederlegung der Arbeit zu erobern.“¹³⁰

Die Durchführung der Bewegung begann mit dem 1. Mai 1905.

Während den zwölf Monaten, die folgten, machten die Syndikate immer größere, immer ausgedehntere Anstrengungen. Die Urheber der ausgelösten

¹²⁶ La Conquête du la Journée de Huit Heures. Mouv. Soc. du 15 mars 1905.

¹²⁷ G. Beauvois: Le Mouvement des Huit Heures. Mouv. Soc. du 15 avril 1906.

¹²⁸ Emile Pouget: La Conquête de la Journée de Huit Heures. Mouv. So. du 15 mars 1905, S. 371.

¹²⁹ Derselbe: Les Résultats du Mouvement du Premier Mai. Mouv. Soc. du Juillet 1906.

¹³⁰ Hubert Lagardelle: La Formation du Syndicalisme en France. Mouv. Soc., Novembre 1911.

Bewegung hatten sich nicht verrechnet, die Idee schlug mächtig ein. Am 5. und 6. April 1906 fand noch einmal eine Konferenz der Gewerkschaftsverbände statt, die in Übereinstimmung mit dem Beschluß von Bourges die Berichte der einzelnen Arbeitsbörsen und Verbände anhörte und mit einem letzten Appell an das Proletariat gelangte. In diesem wurde die Arbeiterschaft aufgefordert, am 1. Mai in einen grandiosen Solidaritätsstreik einzutreten, damit der Welt die Aktionskraft des organisierten Proletariats gezeigt werde. Zur Verwirklichung ihrer Forderungen wurden zwei Methoden empfohlen. Entweder tägliche Niederlegung der Arbeit nach acht Stunden getaner Arbeit, oder vollständige Arbeitsniederlegung vom 1. Mai an bis zur Erfüllung der Forderungen.

Je mehr sich der 1. Mai näherte, desto umfassender wurde die Propaganda und die Agitation. Immer neue, bisher indifferente und gleichgültige Schichten der Arbeiterschaft schlossen sich der Bewegung an. Die Begeisterung, der Elan, das Solidaritätsbewußtsein ließ die ganze proletarische Klasse erzittern. Endlich konnte sie selbst handeln, war sie nicht mehr auf eine Vertretung angewiesen, endlich war der Kampf um den Achtstundentag, eine durch jahrzehntelange Maifeierdemonstration geheiligte Forderung aus dem Stadium der Diskussion, der Begründung, der Petitionierung in die Periode der Realisation getreten. Zwölf Monate lang stand auf der Front der Pariser Arbeitsbörse in großen Lettern geschrieben: „Vom ersten Mai 1906 ab werden wir nur noch acht Stunden arbeiten.“ Von allen Straßenecken, auf allen Fabriktoren, leuchtete dem Arbeiter die gleiche imperative Formel entgegen. In unzähligen Flugblättern und Broschüren wurde sie wiederholt. Sein ganzes Sinnen sah voller Hoffnung, Erwartung und Spannung dem Maitag entgegen. „Während des Sausens und Heulens der Maschinen sah der müde Arbeiter ständig vor seinen Augen auf der Maschine, seinem eisernen Despoten, den kleinen roten Zettel kleben: „Vom ersten Mai 1906 ab verlassen wir die Fabrik nach acht Stunden getaner Arbeit.“¹⁸¹ Sollte endlich der Tag, der die Erfüllung jahrzehntelangen Sehnsens und Kämpfens der Arbeiterklasse bedeutete, angebrochen sein? In vielen Fabriken konnte man Inschriften lesen wie: „Noch siebzig Tage und wir werden frei sein“ oder „Noch siebenundsechzig Tage und die Befreiung wird kommen“¹⁸². Solche ewig wiederkehrende Worte mußten natürlich eine Hoffnung und einen Glauben wecken, der übertrieben war. Die Reaktion konnte nicht ausbleiben. Wir werden davon noch zu sprechen haben.

Der Aufruf für den Achtstundentag¹⁸³ begann mit den Worten: „Nous voulons la Journée de Huit Heures.“ Nach einer eingehenden Begründung antwortete er auf die Frage, ob man weiterhin dem guten Willen der Parlamente vertrauen wolle, mit einem entschiedenen Nein. „De nous-mêmes doit venir l'amélioration à notre sort! Les libertés ne se mendent pas: elles s'arrachent de haute lutte! . . .

¹⁸¹ Arnold Roller: (d. i. Siegfried Nacht): Die direkte Aktion. New-York 1907, S. 22.

¹⁸² Georges Weill: Histoire de Mouvement Social en France. Paris 1911, Alcan, S. 376.

¹⁸³ Rapport du Comité Confédéral au Compte-Rendu du Congrès à Amiens, S. 10 u. f. Eine Uebersetzung gibt Jean Sigg in dem Aufsatz die »direkte Aktion« in den schweizer. Blättern für Wirtschafts- und Sozialpolitik, herausg. von Prof. N. Reichesberg, 16. Jahrg. 1908, II. Bd., S. 448 u. f.

A partir du Premier Mai 1906, nous ne ferons que Huit Heures!... Voulons donc la journée de Huit Heures, et nous l'aurons!... La bataille sociale ne peut finir que quand l'expropriation capitaliste accomplie, le peuple sera maître de ses destinées."

Der Aufruf für den wöchentlichen Ruhetag richtete sich in erster Linie an diejenigen Kategorien von Lohnarbeitern, die, wie Coiffeurs, Nahrungs- und Transportmittelarbeiter, eine ununterbrochene wöchentliche Unterbrechung der Arbeit von mindestens sechsunddreißig Stunden noch nicht besaßen. Daneben tauchten, nachdem der Kampf einmal begonnen hatte, neue Forderungen auf. So verlangten die Möbelschreiner und Bauarbeiter in Paris die Abschaffung der Akkordarbeit, indem sie gleichzeitig in einen allgemeinen Streik eintraten. Am intensivsten wurde der Kampf in Paris und seinem Wirtschaftsgebiet geführt, doch schlug die Bewegung auch im übrigen Frankreich, namentlich in Toulon, Cette, Lyon, Marseille, Nîmes, Brest und Bordeaux hohe Wogen. Das Unternehmertum suchte, wo es zugänglich war, durch Aussperungen die ihm allmählich unheimlich anwachsende Bewegung zu paralysieren. Dies war namentlich in der Metallindustrie der Fall. Im Departement der Seine standen z. B. 50 000 Metallarbeiter auf der Straße. Einige Syndikate traten schon vor dem 1. Mai in den Streik, so die Fédération du Livre und die Pariser Bijouterie- und Goldwarenarbeiter. Am 2. Mai legten in Paris die Arbeiter nieder: die Wagner, Schreiner, Erdarbeiter, Maler, Maurer und Steinarbeiter, die Skulpteure, Möbelerarbeiter, die Lithographen und Typographen. Die Zahl der Ausständigen wird mit 150 000 für Paris und seine Bannmeile angegeben¹⁸⁴. Georges Weill schätzt sie auf 115 000¹⁸⁵.

Der zum Ausbruch gekommene Riesenkampf, der das Wirtschaftsleben auf Wochen hinaus erschütterte, die Mobilisierung sozusagen der ganzen Arbeiterklasse, die sich wie ein Mann erhob, und gebieterisch die Erfüllung ihrer Forderungen verlangte, jagte der französischen Bourgeoisie einen grenzenlosen Schrecken ein. „La peur, la grande peur s'empara des classes dirigeantes. Journées uniques ou le sourd tressaillement du monde du travail devenait aux yeux de la société officielle, la révolution qui vient! Jamais, sous la troisième République, qu'avait si souvent uni dans la même foi politique la bourgeoisie libérale et la classe ouvrière, les classes ne s'étaient heurtées dans une lumière si crue. Panique probante, dans son ridicule, et qui marque l'étiage exact de la montée ouvrière de 1904—1906.“¹⁸⁶

Die Regierung ergriff außerordentliche Maßnahmen. Über Paris wurde der Belagerungszustand verhängt und Griffuelhes und Levy (der Sekretär und Schatzmeister der C. G. T.) 3 Tage vor dem 1. Mai verhaftet. Dazu wurde die Confédération Générale du Travail durch die bürgerliche Presse und die Regierung angeschuldigt mit den Royalisten in Verbindung zu stehen.¹⁸⁷

¹⁸⁴ Siehe für diese und die vorhergehenden Angaben den schon zitierten Rapport du Comité Confédéral, S. 14 u. f. Ferner: Jean Sigg: Die direkte Aktion, a. a. O., sowie sorgfältige und sachliche Zeitungsmeldungen jener Zeit. Sigg gibt noch nach einer Woche die Zahl der ausständigen Arbeiter mit gegen 150,000 an.

¹⁸⁵ Georges Weill: Die sozialistische Bewegung in Frankreich. A. f. d. Gesch. d. Soz. 1910, I. Jg. I. Heft, S. 168.

¹⁸⁶ Hubert Lagardelle: La Formation du Syndicalisme en France. Mouv. Soc., Novembre 1911, S. 246.

¹⁸⁷ Die Gerüchte über ein solches Komplott waren natürlich sinnlos. In einem Aufruf

Das alles vermochte der Bewegung keinen Abbruch zu tun. Die Erscheinungen, die diese in der bürgerlichen Gesellschaft zeitigte, mochten auf seiten der Syndikalisten große Befriedigung wachgerufen haben. Sie verfehlten denn auch nicht, die angstvollen Vorkehrungen des Pariser Bürgertums mit Spott und Hohn zu begießen „Es war“, führt der Bericht des Comité Confédéral aus¹³⁹, „eine amüsante Flucht der Kapitalien, die da im Namen des reinsten Patriotismus ins Ausland abwanderten. Und in den Kellern gab es eine Anhäufung von Nahrungsmitteln, die in der Folge die mutigen Eigentümer zu einer Verdauung zwang, die für ihre delikaten Mägen äußerst anstrengend war. Wer will diese verlebten Tage, die Angst der spießrischen Bourgeoisie, ihren Kretinismus und ihre Feigheit ausmalen?“¹⁴⁰.

Welche Resultate zeitigte die Bewegung? Über die Bedeutung des Syndikalismus und die Zweckmäßigkeit seiner gewerkschaftlichen Kampfmittel ist viel und oft gestritten worden. Es ist deshalb gerechtfertigt, auf die Resultate und Wirkungen dieser ihrer größten Aktion näher einzutreten. Dabei geht es nicht ohne Schwierigkeiten ab, wenn man einer solchen Bewegung gerecht werden will. Jedenfalls ist es unmöglich, diese lediglich nach den materiellen Resultaten zu messen und zu beurteilen. Der Syndikalismus war mehr als nur eine Lohnbewegung. Seine wirtschaftlichen, sozialen und philosophischen Konzeptionen stellen ein geschlossenes Ganzes dar. Es ist falsch, die Bedeutung und Tragweite seiner Aktionen nur nach der Zahl der erreichten Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung zu bewerten. So ist es schlechterdings unangänglich, von der Kläglichkeit des Versuchs „durch Arbeitseinstellung nach acht Stunden den Achtstundentag direkt einzuführen“ zu sprechen, wie es z. B. Elsbeth Georgi in einer Untersuchung über den Generalstreik tut¹⁴¹.

vom 2. Mai (abgedruckt bei Jean Sigg a. a. O.) in dem die C. G. T. auf dieselben antwortete, wies sie diese Anschuldigungen energisch zurück: „Das Ministerium hat seiner Schändlichkeit die Krone aufgesetzt, indem es auf hinterlistige Weise ein Komplott anzettelte, zu dem einzigen Zweck, die Bundesorganisationen in Mißkredit zu bringen und die Mitglieder der C. G. T., so z. B. Griffuelhes und Lévy in den Schmutz zu ziehen. Das Ministerium besitzt die Kühnheit, die ärgsten Feinde der Arbeiterschaft als deren Verbündete hinzustellen.“ Indessen, dieser Zwischenfall war doch von symptomatischer Bedeutung und besass auch einen tieferen ideellen Hintergrund. Die syndikalistische und royalistische Bewegung, so unversöhnlich sie auch in ihren wirtschaftlichen und sozialen Konzeptionen sind, trafen sich in einem, für das republikanisch-kapitalistische Bürgertum Frankreichs äußerst empfindlichen Punkt, nämlich in der Kritik der parlamentarischen Demokratie, die sie beide, freilich aus den verschiedensten Gesichtspunkten heraus, für unfähig, geschwätzig, inkompetent, und unfruchtbar ansahen. Dieser Parallelismus in der Einschätzung der Vertretungsformen eines gleichen Gegners führte dazu, daß ausgesprochen syndikalistische Theoretiker, wie Sorel und Berthe sich in ihren späteren Jahren dem royalistischen Gedankenkreis näherten. Diesen Zusammenhang (einer näheren Untersuchung, auch auf verwandte Erscheinungen, wohl wert) mag die französische Bourgeoisie, wenn auch nicht klar erfaßt, so doch wohl instinktiv gefühlt haben.

¹³⁹ Comptes-Rendus du Congrès à Amiens, S. 14.

¹⁴⁰ Diese Erscheinungen werden auch von unparteiischer Seite durchaus bestätigt. So schreibt Georges Weill: „Diese Aktion jagte der Pariser Bourgeoisie solchen Schrecken ein, daß sie aus Angst vor der Revolution auf Wochen hinaus Konserven aufkaufte und Paris am großen Tage verließ. Am 1. Mai 1906 waren die Straßen der Hauptstadt zum ersten Mal seit der Kommune menschenleer und verkehrslos, überall lagerten militärische Detachements und auf dem Platz der Republik bekämpfte die bewaffnete Macht bis in die späten Nachtstunden den Ansturm der ungeheuren Massen, die nach der Arbeitsbörse drängten.“ Die Formen der Arbeiterbewegung in Frankreich. A. f. S. XXVIII. Bd. 1909, S. 172.

¹⁴¹ Elsbeth Georgi: Theorie und Praxis des Generalstreiks in der modernen Arbeiterbewegung. Zürcher Diss. 1908, S. 74. Johann Hüppy wird in seiner „Geschichte der

Auch Jean Sigg, ein schweizerischer Gewerkschaftsführer, dessen Beurteilung der Achtstundenaktion in einer eingehenden Betrachtung man in manchen Punkten beipflichten kann, berücksichtigt zu wenig sozialpsychologische Momente der Bewegung¹⁴².

3. Resultate und Wirkungen dieser Bewegung. Der Kongreß von Amiens 1906.

Wenn im folgenden die Resultate und Wirkungen und (was wichtig ist) die Ansichten und Äußerungen der Syndikalisten hierüber wiedergegeben werden, geschieht es unter drei Gesichtspunkten: 1. Die psychologischen, moralischen und erzieherischen Resultate, 2. die materiellen Resultate, 3. die Wirkungen auf die weitere Entwicklung.

1. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Syndikalisten die sozialpsychologischen Klassenwirkungen, die moralischen und erzieherischen Resultate der hier dargelegten Bewegung am höchsten einschätzen. Ich zeigte bereits, daß sie nicht die Illusion besaßen, mit dieser Aktion am 1. Mai den Achstundentag in allen Betrieben einzuführen; wie aus unendlich vielen Quellen diese Bewegung geboren wurde, und daß die Achtstundentagsparole lediglich die Plattform war, der Ausgangspunkt zu einer Mobilisierung des ganzen Proletariats. Von diesem Standpunkt aus suchte auch nach deren Beendigung der Syndikalismus die Wirkungen dieser Aktion zu bewerten: „Die Bewegung rechtfertigt sich von selbst. Untätig zu bleiben ist übel und ungesund, handeln ist gut und fruchtbar. Hätte die ganze Achtstundenaktion keine anderen Resultate gehabt, als das Anwachsen der Kraft und des Bewußtseins, das von jedem großen und entscheidenden Handeln ausgeht, wäre die Aktion ihre eigene Rechtfertigung. Während den achtzehn Monaten dieser Achtstundenagitation hat die Arbeiterklasse gehandelt. Sie hat ihr Dasein erwiesen, sie hat gekämpft, sie hat gelebt. Durch diese Gymnastik von 18 Monaten hat sie ihre Macht bejaht und für viele hat sie sich selbst erst offenbart. Anstatt in den armseligen Beschäftigungen einer engen Gewerkschaftsbewegung, auf die sie der Kapitalismus beschränken wollte, zu versinken, hat sie sich einer höheren und befreienderen Auffassung zugänglich gezeigt, um auf diese Weise den unüberbrückbaren Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu manifestieren.“¹⁴³ Zum ersten Mal gelang es der Arbeiterschaft, sich als Einheit der ganzen bürgerlichen Welt gegenüberzustellen. Sie fühlte sich als die schöpferische proletarische Masse; unberührt von jeglichen Einflüssen einer außerhalb ihrer selbst stehenden Parteibewegung. Wenn der revolutionäre Syndikalismus in seinen theoretischen Auseinandersetzungen mit

schweizerischen Gewerkschaftsbewegung“, wo er im Zusammenhang mit der Erwähnung syndikalistischer Versuche in der Westschweiz die Maiaktion in Frankreich streift, mit der oberflächlichen Bemerkung, „daß man es wieder einmal mit einer jener Seifenblasen der Anarchisten zu tun habe, die an der rauhen Luft der Wirklichkeit unweigerlich sofort platzen müssen“ dieser Bewegung ebenfalls wenig gerecht. (Hüppy: Geschichte des schweizer. Gewerkschaftsbundes. Berner Diss. 1909. Grütlibuchh. Zürich 1919, S. 173.

¹⁴² Jean Sigg: im angegebenen Aufsatz „Die direkte Aktion“.

¹⁴³ Emile Pouget: Les Résultats du Mouvement du Premier Mai. Mouv. Soc. Juillet 1906.

der sozialistischen Parteibewegung unaufhörlich darauf hingewiesen hat (und diese Erkenntnis wird ihm schon längst als unvergängliches wissenschaftliches Verdienst angerechnet), daß Partei und Klasse nicht eins sind, und daß alle Hemmungen des Klassenkampfes aus diesem Widerspruch herzuleiten sind, so hat er in der Achtstundenbewegung auf den 1. Mai 1906 die praktische, sozialpsychologische Bedeutung dieses Theorems gezeigt. Darauf sind die Syndikalisten nicht weniger stolz. „Der beherrschende Charakter dieser Aktion war, die Arbeiterklasse in einer Aspiration vibrieren zu lassen. Dank der Achtstundenbewegung fühlte sie sich eine Seele, eine Hoffnung, und einen Willen. Sie schmolz zu einer Einheit zusammen.“¹⁴⁴

I. Zweierlei für den Syndikalismus wichtige Folgen ergaben sich hieraus. Die eine besteht darin, daß neue Massen dem Sozialismus zugeführt wurden. Neue, bisher indifferente und gleichgültige Schichten nicht nur des Industrieproletariats, sondern auch außerhalb desselben begeisterten sich für die syndikalistischen Forderungen und schlossen sich der Bewegung an. Die andere bezog sich auf die Haltung der Regierung. Für alle diejenigen, die noch einen Rest von demokratischen Illusionen in sich trugen, sei der 1. Mai 1906 eine heilvolle Lehre gewesen. In diesem Kampf zwischen Kapital und Arbeit habe sich die Regierung auf der anderen Seite der Barrikade befunden, und damit denjenigen, die dieser Erkenntnis noch nicht zugänglich waren, den Klassencharakter des politischen Systems enthüllt.

II. Die materiellen Resultate beziehen sich nicht nur auf Arbeitszeitverkürzungen, sondern auch auf die verschiedensten Forderungen¹⁴⁵.

1. Durch den äußeren Druck der Bewegung wurden Regierung und Parlament zur gesetzlichen Durchführung des wöchentlichen Ruhetages für gewisse Gewerbe gezwungen.

2. Die Durchführung der englischen Arbeitswoche seit dem 1. Mai 1906, hauptsächlich in der mechanischen und metallurgischen Industrie, d. h. die Beendigung der Arbeit am Samstag Mittag.

3. Die Schließung der Läden, Magazine und gewisser Gewerbebetriebe, wie bei den Coiffeuren am Sonntag oder an einem anderen Wochentag.

4. Auf die Durchsetzung einer anderen Forderung wird von den Syndikalisten im Baugewerbe hingewiesen. Hier wurde erreicht, daß sich die Arbeitsintensität nach demjenigen zu richten hat, der am langsamsten arbeitet, währenddem sich bisher die Arbeit nach dem am emsigsten Arbeitenden (le plus bûcheur) zu orientieren hatte. Eine typisch syndikalistische Forderung. (Geringer Lohn — geringe Leistung.)

¹⁴⁴ Emile Pouget: La Confédération Générale du Travail. Bibliothèque du Mouvement Socialiste, II. Bändchen, S. 58.

¹⁴⁵ Siehe hierüber Emile Pouget: Les Résultats du Syndicalisme; derselbe: Les Résultats du Mouvement du Premier Mai; derselbe: La Confédération Générale du Travail, S. 59 u. f.; den anderswo angegebenen Rapport du Comité Confédéral im Compte-Rendu des Kongresses von Amiens 1906; die Broschüre: Le Premier Mai et la Journée de Huit Heures. Historique, Résultats, Buts (La Publikation Sociale, Paris), S. 12 u. f.; sowie den ebenfalls schon zitierten Aufsatz von Jean Sigg: Die direkte Aktion, der vom gegnerischen Standpunkt aus die Aktion kritisiert. Ferner: Pour la Réduction des Heures du Travail, eine sorgfältige Zusammenstellung der Resultate der Rev. Soc., 1906. II. Bd., Augustnummer, S. 129 u. f.; Septembernummer, S. 307 u. f.; Oktobernummer, S. 433 u. f.; Novembernummer, S. 592 u. f. und Dezembernummer, S. 718 u. f.; sowie A. Merrheim: Le Mouvement gréviste dans la Métallurgie, Almanach de la Révolution, S. 48.

5. In bezug auf die Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen wird in den hierüber vorliegenden Berichten folgendes angegeben:

Die *Fédération des Travailleurs du Livre*, die den Kampf um die Forderungen des neunstündigen Arbeitstages führte, erreichte diese Verkürzung der Arbeitszeit durch Annahme der Forderung seitens der Unternehmer in ungefähr 80 Sektionen. (Lyon, Bordeaux, Toulouse, Rouen, Montpellier, Avignon, Dijon, Grenoble, Amiens, Belfort, Besançon, Tours, Limoges, Nantes, etc.) Wo bis zum 18. April die Annahme nicht erfolgte, brach der Streik aus, das war der Fall in ungefähr 15 Sektionen, einige derselben kämpften erfolglos wie in Marseille und Saumure, die anderen vermochten nach hartnäckigen Arbeitsniederlegungen (in St. Etienne z. B. nach einem zweimonatigen Streik) die Forderungen durchzusetzen. In Paris führte der Kampf zu einer allgemeinen Aussperrung. Nach vier Wochen mußte ein Teil zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen. Es ist interessant, daß die Aussperrung seitens der Unternehmer in erster Linie erfolgte, um Sabotageakte zu vermeiden. Die Aussperrung und die Streiks belasteten den Verband der Typographenarbeiter, der der reformistischen Richtung angehörte und den Kampf nach dem Prinzip der Streik- und Aussperrungsunterstützung führte, namentlich infolge der in Paris, St. Etienne, Lille und Roubaix gemachten Anstrengungen, in außerordentlichem Maßstabe. Ich führe diese Ziffern, die die Bedeutung der Bewegung deutlich illustrieren und auch sonst zu bekannten Erscheinungen gewerkschaftlichen Kampfes (die Finanzierung der ganzen Unternehmung, die Verteilung der Belastung, Unterstützung durch internationale Verbände) ein bedeutendes konkretes Beispiel liefern, detailliert an (entnommen der durch die Rev.Soc. durchgeführten Enquête, nach Angabe des Comité Centrale):

Die Verbandskasse überwies	231 000.— Frs.
Die Pariser Syndikate	136 000.— „
Internationale Unterstützung	170 000.— „
davon entfallen auf die deutsche Buchdrucker-Organisation 73 630.— Frs.	
Beiträge der Organisationen, die nach erfolgreichem durchgeführtem Kampf die Arbeit wieder aufnahmen	220 000.— „
Die Provinzkassen	80 000.— „
total (bis zum 15. Juli)	<u>837 000.— Frs.</u>

Hiervon wurden insgesamt 704 000 Franken ausbezahlt, davon entfielen auf Paris rund 344 000, auf Lille rund 120 000 Franken. Die Unterstützung betrug für die Organisierten Frs. 3.50, für die Nichtorganisierten Frs. 2.— pro Tag und Frs. 1.50 für Frauen und Lehrlinge. In Paris, wo der Kampf außerordentlich heftig geführt wurde und infolge ungünstiger Bedingungen ein Teil trotz mehrwöchentlicher Arbeitsniederlegung, die Arbeit wieder erfolglos aufnehmen mußte, während es einem anderen Teil gelang, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, wurden die Organisierten mit Frs. 4.— und die Nichtorganisierten mit Frs. 2.— unterstützt. Diese Mehrbelastung des Pariser Verbandes wurde durch die angehörenden Syndikate getragen. Insgesamt kostete ihnen der Kampf während 13 Wochen 344 000 Franken. Diejenigen Typographenarbeiter, die ihre Arbeit wieder erfolgreich aufnehmen konnten, führten 10 % ihres

Lohnes zur Unterstützung ihrer kämpfenden Kameraden ab, das waren 127 000 Franken für die Zeit vom 28. April bis 7. Juli.

Die Lithographen, die im allgemeinen eine zehnstündige Arbeitszeit hatten, beschlossen mit der Forderung des achtstündigen Arbeitstages in den Kampf zu treten, daneben wurden im Seinedepartement noch andere Forderungen, wie der wöchentliche Ruhetag, die Anerkennung der gewerkschaftlichen Aktion usw. erhoben. Von ungefähr 300 Unternehmungen des Seinedepartementes nahmen 15 (darunter wichtige Betriebe) die Forderungen bedingt an, d. h. sie erklärten sich zu deren Durchführung bereit, sofern das ganze Gewerbe des betreffenden Departements dieselben annehme. Da der Unternehmerverband eine vollständig abschlägige Antwort erteilte, traten die Lithographen am 1. Mai in den Streik. Der Kampf dauerte mehrere Wochen, am 11. Juli wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Schon vorher konnte ein Teil wieder in die Betriebe zurückkehren, da im Verlauf der Bewegung zirka 55 Unternehmungen die Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden reduzierten. Nach dem Abbruch des Kampfes war für den Rest im Seinedepartement die Situation so, daß ein Teil die Arbeitszeit von neun und einhalb Stunden erhielten, während eine Reihe anderer Betriebe die zehnstündige Arbeitszeit beizubehalten vermochten. Die Streikunterstützung war in diesem Verband nicht so weitgehend wie bei dem soeben behandelten der Fédération du Livre. Die Unterstützung begann erst mit dem 12. Mai; bis zum 9. Juni, da beschlossen wurde, den Streik abzubrechen, zahlten die acht Syndikate des Seineverbandes 87 230 Franken aus. (Alle Arbeiter, die arbeiteten, führten einen Beitrag von 25 % ihres Lohnes an die Kasse ab.) Für ganz Frankreich zeitigte die Bewegung folgenden Ausgang: 14 Sektionen erreichten den Neunstundentag: Amiens, Rouen, Lyon, Grenoble, Toulouse, Besançon, St. Etienne, Roanne, Poitiers, Orléans, Clermont-Ferrand, Tours, Belfort und Dôle. In 3 Sektionen wurde vereinbart, den Neunstundentag vom ersten Januar 1907 an anzuwenden. (Dijon, die Drucker von Bordeaux und die Graveure derselben Stadt.) 10 Sektionen beteiligten sich nicht an der Bewegung. (Limoges, Nantes, Rennes, und andere.) Mit einem völligen Mißerfolg endigte die Bewegung in 6 Sektionen: Marseille, Reims, Epernay, Lille, Nimes und Valréas.

Im Baugewerbe wurde für Paris und das Seinedepartement ein Komitee für die Erkämpfung des Achtstundentages gebildet. Von den Schlossern waren rund 14 000, bei den Tischlern und Schreibern 9000, bei den Zimmerern 1000 im Ausstand. Außerordentlich umfangreich war die Streikbewegung auch in der Wagenindustrie, wo mehr denn 20 000 Arbeiter die Werkstätten verließen. In allen von diesen genannten Industrien waren nur teilweise Erfolge zu verzeichnen, im allgemeinen schlug die Bewegung fehl. Die Ursachen lagen in der organisatorischen Zersplitterung. Die Resultate der Bewegung sind denn auch in erster Linie psychologischer Natur. Der Versuch des ersten Mai 1906 sollte der „Dynamometer der vorhandenen gewerkschaftlichen Kräfte“ sein. Die Revue Socialiste, die in der oben angegebenen Enquête die Bewegung außerordentlich kritisch verfolgt, geht hier mit den Ansichten der revolutionären Syndikalisten einig: in allen diesen Gewerben führte die Bewegung zur Weckung des Bewußtseins der Lage, neue Schichten wurden für die Organisationen gewonnen, die unheilvolle Zersplitterung in den verschiedensten Syndikaten machte den Bestrebungen nach einheitlicher Zusammenfassung Platz.

Die Erdarbeiter erhalten in Paris den Achtstundentag, die Verputzarbeiter den Neunstundentag, andere Kategorien wie die Gipsler, die Steinarbeiter und die Maurer Lohnerhöhungen. Die Maler in Lille erreichten z. B. eine solche von 15—20 %. In der Loire wurde für die Glasarbeiter die Arbeitszeit auf $8\frac{1}{4}$ Stunden reduziert. In der Juwelier- und Bijouterie-Industrie von Paris erreichten die Arbeiter eine Verkürzung von 10 auf 8—9 Stunden.

In der Ernährungsindustrie und verwandten Berufen erkämpften die Arbeiter, wie die Bäcker, Limonadenarbeiter und Köche in Marseille, Paris, Limoges u. a. die neunstündige Arbeitszeit und einen wöchentlichen Ruhetag.

Von den Arbeitern der Bekleidungsindustrie erhielten die Damenschneider von Paris eine Lohnerhöhung von 15 %, in Lyon die Konfektionsarbeiter den Neunstundentag. In verschiedenen Warenhäusern wurde die Arbeitszeit von 11—12 Stunden auf 10 reduziert. Die Coiffeure von Paris erreichten die Schließung der Betriebe an einem Tag pro Woche (Montag oder Sonntag).

In der Metallindustrie scheint die Bewegung auf den größten Widerstand gestoßen zu sein. Die Fédération des Mécaniciens, die als der reformistischen Richtung angehörend gilt und sich am Kongreß von Amiens die heftigsten Vorwürfe seitens der weiter fortgeschrittenen Verbände gefallen lassen mußte, war in der Tat nicht von allzugroßer Begeisterung erfüllt. Nichtsdestoweniger wurde dieser Verband durch die Bewegung dennoch zu wirtschaftlichen Kämpfen geführt, allerdings reichlich spät, ein Umstand, der am mäßigen Resultat des Kampfes mitschuldig war. Der Verband begnügte sich mit der englischen Woche als Forderung (an Stelle 60 Stunden 55 Stunden pro Woche), der Streik brach am 19. Mai aus und dauerte 3 Wochen. In Paris und dem Departement der Seine zählte man 20 000 Ausständige. Der Ausgang war wenig glücklich, der größte Teil war gezwungen zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen, nur 4000 Arbeiter erreichten die Verwirklichung ihrer Forderung. Der Verband der Metallarbeiter, der im Gegensatz zu den Mechanikern zur revolutionären Richtung gehörte, führte eine äußerst intensive Agitation. Außer in den Westinghouse Werken in Sevran-Livry, in St. Claude, Auxierre, Amiens, Lyon und Unieux führten die Kämpfe auch dieses Verbandes infolge der schweren Widerstände seitens der Unternehmerverbände zu keinem besseren Resultat. Merrheim, der Sekretär der Metallarbeiter gab über die am ersten Mai 1906 in der Metallindustrie ausgebrochene Bewegung eine Zusammenstellung, nach der es zu 40 Streiks kam, die 51 000 Arbeiter umfaßten. Davon waren nur fünf erfolgreich und diese bezogen sich nicht auf die Forderung des Achtstundentages, siebzehn davon vermochten die tägliche Arbeitszeit um eine bis eine Viertel Stunde zu vermindern, achtzehn hatten einen völligen Mißerfolg, als ausschließliches Ziel bestand für sie der Achtstundentag.

III. Die Wirkungen auf die spätere Entwicklung bestanden zunächst zweifellos in einem Erstarren des revolutionären Syndikalismus. Ihr schriftstellerischer Interpret Emile Pouget weist in den angeführten Aufsätzen mit Genugtuung mehrmals darauf hin, daß die reformistische Methode des sozialen Pazifismus mit ihrer Forderung der gemischten Kommissionen Schiffbruch erlitten habe. Ihre Methoden hätten sich überall als unfruchtbar erwiesen, während gerade die vom Reformismus beherrschte Fédération du Livre in ihrer Pariser Sektion unter Anwendung der Prinzipien der direkten Aktion vol-

len Erfolg gehabt habe¹⁴⁶. Jean Sigg meint zwar den Erfolg dieser Bewegung in erster Linie darin zu sehen, daß die vielverlästerte Methode des gewerkschaftlichen Kampfes in England, Deutschland und der Schweiz auch in Frankreich zwangsweise anerkannt werden müsse, indem der Kampf zentralisiert werde, d. h. der Streikausbruch von zentralen Instanzen abhängig gemacht und die Notwendigkeit auch der finanziellen Bereitschaft, d. h. der gefüllten Kassen anerkannt werde. Die Syndikalisten sind anderer Ansicht gewesen. Wo die Bewegung fehlschlug, suchten sie die Gründe gerade in entgegengesetzten Ursachen. „Es ist der größte Fehler“, schreibt der Bericht des Comité Confédéral¹⁴⁷, der es an Kritik nicht fehlen ließ, „daß die Organisationen von der zentralen Bundesinstanz alle die Vorkehrungen, die notwendig waren, erwarteten. Es wäre selbst beizufügen, daß es Arbeiter gab, die der C. G. T. die Macht zuerkannten, für den Kampf mit dem Unternehmertum allgemein gültige Maßnahmen vorzuschreiben. Das hieß sich gewaltig täuschen. Die C. G. T. bildet keine Regierung, die fähig ist, eine solche Reform zu „beschließen“ und nie und nimmer kann sie mit ihrem Willen und mit ihren Anstrengungen die Anstrengungen und den Willen der Arbeiter ersetzen“.

Es muß zugestanden werden, daß die Entwicklung der nächsten Jahre den Syndikalisten Recht gab. Die „direkte Aktion“ jener Kämpfe auf den ersten Mai 1906 machte Schule. Ich erinnere nur an den Beamtsyndikalismus, der im Jahre 1909 zu einem Streik des gesamten Postpersonals führte, 1910 zu dem Streik der Eisenbahner der Nordbahn, an den ganzen Antietatismus usw., Erscheinungen, die alle von den Syndikalisten als ausschließliche Folgen des gewaltigen Anspornes der Maiaktionen des Jahres 1906 angesehen werden¹⁴⁸. Die Entwicklung des Syndikalismus vollzog sich im Zeitraum 1904—1908 mit größter Stetigkeit, eine Tatsache, die den Syndikalisten die wohltätigen Folgen der in den Jahren 1905 und 1906 geleisteten Agitation und Erziehungsarbeit beweist. Folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Arbeitsbörsen und der Syndikate¹⁴⁹.

Jahr	Zahl		Zunahme	
	der Börsen	der Syndikate	der Börsen	der Syndikate
1900	57	1065	—	—
1902	83	1112	26	47
1904	110	1349	27	237
1906	135	1609	25	260
1908	157	2028	22	419

Von 1906—1908 nahmen die Arbeitsbörsen um 22 zu, bei den Syndikaten beträgt die Zunahme 419 gegen 260 im vorhergehenden Zeitraum. Daß die Bewegung auf den ersten Mai 1906 neben der bedeutenden Zunahme der Syndi-

¹⁴⁶ Auf diese Tatsache weist auch Paul Louis a. a. O., S. 271, hin.

¹⁴⁷ A. a. O., S. 16.

¹⁴⁸ S. z. B. Emile Pouget: La Confédération Générale du Travail, S. 56 u. f. und Hubert Lagardelle: La Formation du Syndikalisme en France. Mouv. Soc. Novembre 1911, S. 247.

¹⁴⁹ Anton Acht: Der moderne französische Syndikalismus. Jena 1911, Gustav Fischer, S. 55.

kate, auch zu Verlusten solcher führte, geht aus der Zusammenstellung von Merrheim für die Gewerkschaften der Metallarbeiter hervor, nach der auf Grund der in der Metallbranche geführten Streiks 10 zum Teil sehr große Syndikate mit 4636 zahlenden Mitgliedern verschwanden¹⁵⁰.

Im Jahre 1909 machte der französische Syndikalismus eine schwere Krise durch, hervorgerufen durch die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen. Es ist bezeichnend, daß beide Richtungen auf die Maibewegung des Jahres 1906 zurückgehen, um die Gründe hierfür aufzudecken. A. Keufer¹⁵¹ behauptete, daß die von der C. G. T. vorbereitete und durchgeführte Aktion zur Erkämpfung des Achtstundentages für den ersten Mai 1906 Hoffnungen aufkommen ließ, die durchaus unberechtigt gewesen seien. Die Führer des revolutionären Syndikalismus hätten sich auf leichtsinnige Weise in ein Unternehmen gestürzt, das für die Organisationen und unzureichenden Mittel des französischen Proletariates geradezu vernichtend gewesen sei. A. Merrheim dagegen kommt aufs stete Credo des revolutionären Syndikalismus zurück, d. h. er sucht die Gründe der Krise in der mangelhaften Energie und dem fehlenden Willen zum Handeln. Das habe sich auch vor dem ersten Mai 1906 gezeigt und was dort von den Reformisten gefehlt wurde, das habe über die Grenzen der Achtstundenaktion nachgewirkt und zu der vorhandenen Krise geführt. Als nach einer fünfzehnmonatigen inneren Agitation, die nicht nur die Organisierten, sondern auch das unorganisierte Proletariat geradezu elektrisiert habe, am 5. April 1906 man an der erwähnten Gewerkschaftskonferenz zusammengekommen sei, um die letzten Maßnahmen zu treffen, schreibt Merrheim, da habe es sich gezeigt, daß all diese begeisternden Resultate die Gewerkschaftssekretäre skeptisch ließen. „Die gleichen Männer, die während 15 Monaten den Massen das zuversichtlichste Vertrauen in die Notwendigkeit der auf den 1. Mai 1906 ausgelösten Bewegung eingeflößt hatten, glaubten nicht mehr daran. Sie hatten die Bewegung „theoretisch“ angetrieben und dachten nun, da sie die praktische Realisation nicht einsahen, nur noch daran, die Verantwortung abzuwälzen.“¹⁵² Es habe in diesem Moment (diese Bemerkung von Merrheim ist nicht ohne Interesse) der ganzen Autorität und der äußersten Anstrengungen von Griffuelhes und Pouget bedurft, um die begonnene Bewegung zu retten. Diese betrübenden Erscheinungen hätten lähmend gewirkt und wo infolgedessen die Bewegung nicht zu den erhofften Resultaten geführt habe, seien die Gewerkschaftssekretäre bestrebt gewesen, die Verantwortung für die Folgen ihrer Fehler auf die C.G.T. zu schieben. Hier, in dieser, in entscheidenden Stunden mangelnden Zuversicht in die Aktionskraft des französischen Proletariats sah Merrheim die eigentlichen Ursachen der syndikalistischen Krise.

Nach Beendigung der Achtstundenbewegung hatte sich der im gleichen Jahre 1906 in Amiens stattfindende Kongreß der C. G. T. erneut mit der Maifeier zu befassen. Inbezug auf die Festsetzung der Aktion vom 1. Mai 1906 und die Art derselben wurden die verschiedensten Ansichten ausgesprochen. Eine Gruppe wollte die Bewegung zugunsten des Achtstundentages so

¹⁵⁰ A. Merrheim: a. a. O., S. 48.

¹⁵¹ A. Keufer: in seiner Antwort auf die Umfrage des Mouv. Soc. über die Krise des Syndikalismus in der Aprilnummer 1910, S. 267.

¹⁵² A. Merrheims Antwort auf die Umfrage des Mouv. Soc., Nov.-Déc. 1909, La Crise Syndicaliste, S. 293 u. f.

fort führen, daß einzelne Verbände, moralisch und materiell unterstützt von den anderen, in den Kampf zu treten hätten. Der Kongreß sprach sich indessen für einen Antrag aus, der es dem Comité Confédéral überließ, nach Rücksprache mit den interessierten Gewerkschaftsverbänden das Datum für die Fortsetzung einer neuen Achtstundenbewegung festzusetzen. Die für die Vorlegung eines Aktionsprogrammes eingesetzte Kommission, deren Referent Delesalle war, legte einen Bericht vor, nach dem das Comité Confédéral in seinem Schoß einen speziellen Ausschuß zu bestellen hatte, bestimmt, der ganzen Bewegung einen breiteren Rahmen und eine allgemeinere Bedeutung zu geben. Diesem Ausschuß wurde der Titel „Kommission für Propaganda des Achtstundentages und des Generalstreiks“ gegeben. „Um diese, zu einer im voraus angezeigten, bestimmten Zeit einzutretende levée en masse vorzubereiten, hat das Proletariat die Fabriken, die Werkstätten und die Bauplätze zu verlassen, um mit der Forderung des Achtstundentages und des wöchentlichen Ruhetages die Arbeit niederzulegen. Der erste Mai ist als Tag für diese allgemeine Mobilisation bestimmt. Aber diese Arbeitsruhe des ersten Mai darf nicht den Charakter eines Festes der Arbeit besitzen. Damit die Niederlegung der Arbeit einen, deutlich gegen das Unternehmertum gerichteten Charakter aufweist, sind an diesem Tag im ganzen Land zu gleicher Zeit die Forderungen aufzustellen. Auf diese Weise wird dieser proletarische Tag, der eine mächtige antikapitalistische Manifestation sein soll, seine eigentliche Bedeutung zurückbekommen.“¹⁵³

Es soll noch darauf hingewiesen werden, daß es eine Zeitlang den Anschein hatte, als wollte sich unter dem Einfluß der französischen syndikalistischen Bewegung in der romanischen Schweiz eine ähnliche Aktion entwickeln. Der Träger dieser Bestrebungen war die Fédération des Unions Ouvrières de la Suisse Romande, die syndikalistische Organisationen von La Chaux-de-Fonds, St. Imier, Neuchâtel, Fribourg, Montreux, Vevey, Lausanne, Genf und anderen westschweizerischen Industriorten umfaßte. Ihr Organ war die in Lausanne erscheinende „Voix du Peuple“, die eine unermüdlige Propaganda zu einer ähnlichen auf den 1. Mai 1907 durchzuführenden Achtstundenaktion betrieb. Diese Bemühungen führten jedoch zu keinem Erfolg, die westschweizerischen syndikalistischen Organisationen waren zur Durchführung einer solchen Massenbewegung zu schwach und trotz aller Agitation blieb der Einfluß des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der den syndikalistischen Methoden kühl gegenüberstand, ungebrochen. Die Folge war lediglich, daß in den westschweizerischen Industriorten die syndikalistische Anhängerschaft neben den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, gesonderte Maimanifestationen abhielten¹⁵⁴.

Auch in der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung der Schweiz machten sich übrigens ähnliche Bestrebungen geltend. Größere Auseinandersetzungen

¹⁵³ Siehe hierüber Comptes-Rendus du Congrès d'Amiens 1906, S. 180 u. f., sowie Emile Pouget: Le Congrès d'Amiens, Mouvement Social, Décembre 1906.

¹⁵⁴ Nach der vom Sekretariat des Schweizer Gewerbevereins herausgegebenen Schrift „Begleiterscheinungen der Streiks im Jahre 1905“ (Hellersche Buchdruckerei Bern) wurde der Sabot in der Schweiz zum ersten Male an der Maifeier 1898 in Lausanne durch Verteilung diesbezüglicher Aufrufe empfohlen, S. 4. Eine lebhafte Unterstützung und Propagierung der syndikalistischen Aktion auf den 1. Mai fand im Winter 1905/6 in Zürich durch den anarchistischen „Weckruf“ und stark besuchte Versammlungen, an denen Bertoni und der Arzt Brupbacher sprachen, statt, S. 8.

über die „direkte Aktion“ fanden namentlich im Schoße des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes statt¹⁵⁶. Wo es in Sektionen über diese Frage zu Diskussionen kam, sprachen sie sich jedoch durchweg gegen die „direkte Aktion“ aus.

Auf Anregung des schweiz. Arbeitersekretärs Greulich fand am 18. Juli 1905 in Bern eine Versammlung des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes statt zur Besprechung der Methoden der direkten Aktion und des auf den 1. Mai 1906 beschlossenen Achtstundenkampfes in Frankreich. Der Arbeitersekretär legte der Konferenz folgende Erklärung vor, die als Grundlage der Diskussion diente und der Auffassung der Mehrheit der Gewerkschaften entsprochen haben mochte:

„Der Schweizerische Gewerkschaftsbund nimmt Kenntnis von der Vorbereitung der direkten Aktion für den Achtstundentag auf den 1. Mai 1906 durch die C. G. T. Frankreichs. Als einen bedeutungsvollen Versuch wendet er ihm sein Interesse zu und gewärtigt mit Spannung das Ergebnis eines Kampfmittels, das auf die individuelle Tätigkeit und Festigkeit der Gewerkschaften abstellt. Dabei entgeht ihm aber nicht, daß verschiedene wohlorganisierte Verbände Frankreichs die „direkte Aktion“ ablehnen.

Der Pflicht internationaler Solidarität bewußt, wird der Schweizer. Gewerkschaftsbund nach Kräften während der Aktion den Zuzug von Arbeitern aus der Schweiz und die Anfertigung von Streikarbeit für Frankreich verhindern.“¹⁵⁶ Man einigte sich dahin, das Bundeskomitee einzuladen, es möge die Verbandsvorstände veranlassen, das Problem zu diskutieren und das Ergebnis dem Bundeskomitee zu Händen einer später einzuberufenden Konferenz aller Verbandsvorstände einzusenden. Diese Konferenz fand am 1. Oktober 1905 in Olten statt. Das Resultat war die Erklärung, daß eine Parallelaktion in der Schweiz für ganz verfehlt erachtet werde. Eine Stellungnahme wurde jedoch auch diesmal nicht bezogen, da man es unterlassen wollte, „die französischen Arbeiter in ihrem Vorhaben zu schädigen.“ (S. 29 des ang. Jahresberichtes).

Auch im übrigen Ausland verhielt man sich zur Unternehmung der französischen Syndikalisten ablehnend. Mit Sympathie und Interesse wurde die Bewegung, außer von den westschweizerischen Bestrebungen gleichgerichteter Gruppen von dem anwachsenden Syndikalismus in Italien („Divenire Sociale“) und von dem 1905 in Deutschland entstandenen Anarchosozialismus (Dr. Friedenberg) verfolgt. Inbezug auf Italien ist es mir nicht bekannt, daß die dortigen Versuche zu einer ausgesprochenen Massenbewegung geführt haben. Die kühne Achtstundenaktion des französischen Syndikalismus ist ein typisches Phänomen der Arbeiterbewegung Frankreichs geblieben.

¹⁵⁶ Vgl. Robert Scherer. Der Schweizer. Metallarbeiterverband. Zürcher Diss. 1906, S. 84. — Nur eine einzige Gewerkschaft, der Schuhmacherverein in Zürich, sprach sich mit Rücksicht darauf, daß der Parlamentarismus den Achtstundentag noch lange nicht bringen werde, für die direkte Aktion aus. Siehe Hüppy: Versuch einer Geschichte des Schweizer. Gewerkschaftsbundes.

¹⁵⁶ XIX. Jahresbericht des leitenden Ausschusses des Schweizerischen Arbeitersekretariates für das Jahr 1905. Zürich 1906, Grütlibuchhandlung.

4. Kapitel.

Die Maifeier und die Anarchisten.

Es ist bekannt, daß auf dem Züricher Kongreß, der 1893 vom 6. bis 12. August in der Tonhalle stattfand, der Sozialismus eine klare Scheidung von den Anarchisten vornahm, indem diese letzteren zum Verlassen des Kongresses aufgefordert wurden. Die anarchistische und sogenannte unabhängige Opposition (aus Deutschland) begann dann am 10. August den anarchistischen Sezessionskongreß (Wilhelm Werner-Berlin, Gustav Landauer, Körner-Genf, Dr. Gumpłowicz, Luigi Molinari, Domela Niewenhuis, Pawłowitsch, Cahan, u. a.). Verschiedene Auffassungen über die Art der Maifeiermanifestation trugen nicht wenig zur Trennung bei. Auf dem Sezessionskongreß wurde erklärt, daß die Maifeier mit dem Generalstreik in Verbindung gebracht werden müsse. Über diesen historischen und sachlichen Zusammenhang werden wir im Kapitel über Maifeier und Generalstreik noch eingehend zu sprechen haben. Bei den Anarchisten zeigt sich indessen eine bestimmte Einstellung zu diesem „eintägigen Generalstreik“, der sie zu den Sozialisten, die ja denselben keineswegs ablehnten, in Gegensatz stellte. Es ist nicht nur die friedliche Arbeitsruhe, der Streik der „gekreuzten Arme“, der dem Bürgertum die Macht des Proletariats zeigen soll, sondern der aktive Streik, der revolutionäre anarchistische Generalstreik, der nach der Tat ruft. Ladislaus Gumpłowicz warf den Sozialisten in der Tonhalle vor, aus der Maifeier ein Zürcher Sechseläuten gemacht zu haben, währenddem doch an diesem Tage der Proletarier bleich, verzerrt, zerlumpt, so wie er lebe, rebellierend demonstrieren müsse¹⁵⁷. Im Jahre 1895 gaben die Anarchisten in einer Maiversammlung der Auffassung Raum, daß es den Gegnern an der Maifeier gründlich „ungemütlich“ werden müsse, sonst sei sie zwecklos¹⁵⁸.

Es ist klar, daß der 1. Mai für die Anarchisten eine willkommene Gelegenheit war, um die Massen ihren Ideen zugänglich zu machen und mit der „Propaganda der Tat“ die Bourgeoisie in Schrecken zu jagen. Solche Zwischenfälle sind namentlich in den ersten Jahren der Maifeierbewegung vorgekommen. So z. B. in Vienne (Isère) in Frankreich, wo es am 1. Mai 1890 zu blutigen Zusammenstößen mit der staatlichen Gewalt kam. Mit roten und schwarzen Fahnen zogen die Weber in die Fabriken, die der Schauplatz von Plünde-

¹⁵⁷ J. Langhard. Die anarchistische Bewegung in der Schweiz. 2. Aufl., Bern 1909, Stämpfli & Co., S. 324.

¹⁵⁸ Neue Zürcher Zeitung 1895, No. 122.

rungen und Sabotageakten wurden¹⁵⁹. Zu ähnlichen Vorfällen kam es am 1. Mai 1891 in Levallois-Perret¹⁶⁰. Im gleichen Jahre erlebte Rom umfangreiche anarchistische Zwischenfälle. Als Schauplatz solcher Ereignisse an der Maifeier ist übrigens namentlich Spanien bekannt. Die Fabrikplünderungen von Vienne anlässlich der ersten Maifeier stellen sich uns dar als die letzten Beispiele des wilden und unorganisierten Ausbruchs der im Elend verzweifelnden Massen, mit denen die Zeit der beginnenden Arbeiterbewegung im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet ist.

Noch lange Zeit reihten sich die anarchistischen Gruppen in den, als Asyl vertriebener Anarchisten bekannten schweizerischen Städten in die sozialistischen Maidemonstrationszüge ein. In Bern, Zürich, Genf und anderen Städten gehörte es zur Tradition, daß die Maifestzüge durch die schwarzen Fahnen, die Aufsehen erregenden Inschriften, und durch viele fremde, meist slavische Gesichter der anarchistischen Gruppen ihr besonderes Gepräge erhielten¹⁶¹. Einen bedeutenden Einfluß übte der Anarchismus auf die Maifeierbewegung während langer Zeit in Holland aus¹⁶².

Bei der Maifeier traten die Anarchisten gewöhnlich mit langatmigen Aufrufen und Manifesten vor die Öffentlichkeit. In diesen entwickelten sie stets ihre Ideen und Auffassungen. So ließ z. B. der Genfer „Réveil“ alljährlich am 1. Mai einen langen Aufruf in drei Sprachen verteilen.

Man zweifelt jedoch, ob diese langen Aufrufe mit ihren lehrhaften Auseinandersetzungen von den breiten Arbeitermassen überhaupt gelesen wurden. Auf jeden Fall entging den Anarchisten die Erfolglosigkeit ihres unaufhörlichen Predigens nicht. „Wir müssen uns in diese Masse, die wir zu einer kollektiven Handlung bringen wollen, hineinmengen. Das ist genau gesagt der Zweck, warum wir noch in den Maifestzügen mitmarschieren“, schrieb der Anarchist Luigi Bertoni im „Réveil“, aber gleich fügte er bei: „Ist denn die Propaganda unserer Ideen so schwierig, daß wir immer noch nur eine verschwindende Minorität darstellen? Ohne Zweifel, sie ist nicht leicht, denn es ist ein gleichzeitiger Angriff auf die meisten Vorurteile, aber es scheint uns, daß viele unserer Kameraden sich zu schnell entmutigen lassen.“¹⁶³

¹⁵⁹ Jaques Prolo: Les Anarchistes. Marcel Rivière et Cie., Paris 1912, S. 39.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 41.

¹⁶¹ Im Arbeiterumzug der Maifeier 1894 in Bern z. B. wurde hinter einer schwarzen Fahne eine Tafel getragen, auf der geschrieben stand „Revolutionäre Sozialisten für Wahrheit, Freiheit und Recht“, auf einer anderen war zu lesen „Nieder mit Thron, Altar und Geldsack! Anarchie, dein Reich komme!“ Einige der Demonstranten, die Ausländer waren, wurden aus der Schweiz ausgewiesen. Vgl. Langhard a. a. O., S. 313.

¹⁶² L'Internationale ouvrière des Socialistes. I. Bd., S. 152.

¹⁶³ Le Réveil du 13 mai 1905.

5. Kapitel.

Die gesetzliche Maifeier. Der Erste Mai in Sowjetrußland.

I. Die Maifeier, wie wir sie in dieser Arbeit betrachten und analysieren, ist die Maifeier des kämpfenden Proletariats. Wie verändert sich aber ihr Charakter mit der Durchsetzung der Forderungen und mit dem Sieg der Arbeiterschaft?

In manchen Staaten gelang es den sozialistischen Parteien schon frühe die Verwaltung in Gemeinden und Städten zu erobern. In allen diesen Fällen versuchte man der Maifeier einen staatlichen Charakter zu geben, in dem dieser Tag für die kommunale Verwaltung als Ruhetag erklärt wurde. So ist namentlich in belgischen, französischen, italienischen und schweizerischen Städten schon lange vor dem Kriege dem städtischen Personal, wie auch den Schulen der erste Mai als Feiertag freigegeben worden. In der Maifeier wirken sich diese Erscheinungen insofern aus, als an ihnen der Freude über die errungenen Siege Ausdruck gegeben wird, der Gemeinderat nimmt an der Maidemonstration offiziell teil, die eroberte Gemeindefahne wird mitgetragen und die Glocken läuten. Die Genugtuung ist umso größer, wenn gleichzeitig in anderen Städten und Staaten, wo die Arbeiterparteien noch nicht so weit sind, seitens der staatlichen Gewalt, wie es in Deutschland noch in den letzten Kriegsjahren in manchen Städten der Fall war, die Demonstrationen verboten und Zuwiderhandelnden Prozesse angehängt werden, oder wenn im gleichen Staat die übergeordneten Regierungsorgane für ihren Wirkungskreis entgegengesetzte Maßnahmen ergreifen, wie z. B. in Frankreich, wo im Jahre 1909 nach einem Beschluß des Ministerrates jeder Staatsangestellte sich am 1. Mai in eine Präsenzliste eintragen mußte.

Als in den Nachkriegsjahren die Arbeiterparteien in Österreich und Deutschland die Regierungsgewalt eroberten, oder doch zeitweise auf diese einen starken Einfluß gewannen, äußerte sich dies auch im Verhältnis vom Staat zur Maifeier. In verschiedenen Ländern des Reichs wurde der 1. Mai Ruhetag. In anderen Gliedstaaten wie auch im Reich kam man insofern den Angestellten und Arbeitern in der Frage der Arbeitsruhe entgegen, als diese ersucht wurden, rechtzeitig um Befreiung vom Dienst nachzukommen, wobei solchen Anträgen, sofern die Fortführung des Dienstbetriebs dadurch nicht in Frage gestellt wird, in nicht zu engherziger Weise zu entsprechen war. Eine rückläufige Bewegung gab es in Italien mit dem Sieg des Faschismus. Der Ministerpräsident Mussolini ließ an alle Präfekturen die Weisung ergehen, den

21. April, als Jahrestag der Gründung Roms (natale di Roma) im ganzen Königreich als Ruhetag zu feiern. Damit trat der 21. April an die Stelle des 1. Mai, der vom Kabinett Facta als Feiertag anerkannt worden war. Die staatliche Verwaltung ergriff äußerst strenge Maßnahmen, Mainummern sozialistischer Zeitungen, die erschienen, wurden beschlagnahmt, der Anschlag von Maimanifesten auch der gemäßigten Sozialisten verboten und Versammlungen aufgelöst.

Die Durchführung als gesetzlicher Ruhetag auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung erfolgte in der Schweiz im Kanton Basel-Stadt. In einem Gesetz betreffend die öffentlichen Ruhetage wird der erste Mai als öffentlicher Ruhetag, auf den die gesetzlichen Ruhetagsbestimmungen angewendet werden, anerkannt. Der Gesetzentwurf, der im Großen Rate der kantonalen Volksvertretung angenommen wurde, führte zur Anwendung des Initiativrechts, in dem durch eine von bürgerlicher Seite her ergriffene Volksinitiative die Abschaffung des 1. Mai als allgemeiner Ruhetag gefordert wurde. Nachdem der Große Rat diese Initiative als nicht erheblich erklärt hatte, kam sie nach den Verfassungsbestimmungen des Kantons Basel am 30. Juni/1. Juli 1923 vor die **V o l k s a b s t i m m u n g**, die die Maifeierinitiative mit einer nicht unbedeutenden Mehrheit ebenfalls ablehnte. Damit war die Initiative auf Abschaffung des 1. Mai als Feiertag endgültig abgelehnt, durch Volksentscheid blieb der erste Mai auf dem Gebiet des Kantons **B a s e l - S t a d t** allgemeiner gesetzlicher Ruhetag¹⁶⁴.

II. Im Gegensatz zu all diesen gesetzlichen Festlegungen des 1. Mai in Kommunen und Gliedstaaten, die den wesentlichen Charakter der Maifeier kaum in größerem Maße veränderten, erfuhr das Maifest in **R u ß l a n d**, nachdem durch die bolschewistische Revolution die ganze Regierungsgewalt in die Hände der Arbeiterschaft gelangt war, eine neue originale Gestaltung.

Die Bedingungen, unter denen die Umwälzung stattfand, die Regierungsmacht und die Verwaltung übernommen wurde, sind bekannt. Infolge der Auswirkungen des zaristischen Regimes und der Kriegswirtschaft, der gegenrevolu-

¹⁶⁴ Von sozialistischer Seite gestand man im Großen Rat ein, daß durch die gesetzliche Anerkennung der 1. Mai seine Demonstrationskraft und seinen Nimbus wahrscheinlich verliere, daß aber dadurch andererseits den Nichtorganisierten und den Arbeitern im Kleingewerbe, die sich gegen den Unternehmerterror nicht wehren könnten, die Teilnahme nun ermöglicht die Anwerbe. Die bürgerlichen Parteien wiesen im Abstimmungskampf darauf hin, daß die Anerkennung des 1. Mai eine moralische Unterstützung des sozialistischen Agitationswerkes bedeute und daß es abgelehnt werden müsse, daß am schulfreien 1. Mai die schulpflichtige Arbeiterjugend in vermehrtem Maß an alle Maifeierdemonstrationen, in denen doch nur der Klassenkampf gepredigt wird, geschleppt werde. Im Flugblatt des Initiativkomitees wurde gefragt, ob schon die Schulkinder durch diesen Feiertag auf die Idee kommen sollten, „es sei doch etwas Hohes und Edles um den Sozialismus“ (Basler Nachrichten vom 28. Juni 1923). Interessant war, daß die Radikal-demokratische Partei, die sich in ihrer Struktur in erster Linie auf die Angestellten und Beamtenschaft stützt, ihre Unterschrift unter den Aufruf des Initiativkomitees nicht erteilte. In der den rechtsstehenden Parteien nahestehenden Presse wurde „allen jenen Leuten, die den ersten Mai als öffentlichen Ruhetag im Stillen begrüßen, sei es als willkommene neue Unterbrechung der lästigen Alltagsarbeit, sei es um die Behinderung der Arbeitswilligen auf eine gewiß simple Art zu beseitigen, sei es endlich im Glauben, daß die »Wirkung« des proletarischen Feiertags mit seiner gesetzlichen Anerkennung zusammenbrechen werde“, nahegelegt, alle die Erwägungen zurückzustellen und zu berücksichtigen, daß es sich bei der Aufnahme dieses „Zwangsfeiertages“ in das Gesetz für das Bürgertum in erster Linie um eine Prestigefrage handle. (Basler Nachrichten vom 23. Februar 1923, Nr. 91.)

tionären Bewegung, der passiven Resistenz feindlicher Schichten im Innern und der Blockade der ausländischen Mächte standen die Sowjets vor den größten Schwierigkeiten. Unter der Notwendigkeit mittelst gewaltiger Anstrengungen diese zu überwinden, stand auch der 1. Mai. Dem Ringen der Arbeiterklasse um die Wirtschaft konnte sich der Tag, der seit drei Jahrzehnten der Befreiung der Arbeit galt, nicht entziehen.

Der IX. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands, der vom 29. März bis zum 21. April 1920 in Moskau stattfand, beschloß den internationalen proletarischen Festtag des 1. Mai, der in jenem Jahre auf einen Sonnabend fiel, „in einen grandiosen gesamt-russischen kommunistischen Samstag zu verwandeln“¹⁶⁵. Das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei, das allrussische Zentralkomitee und der allrussische Zentralrat der Gewerkschaftsverbände richteten an die Bevölkerung einen Aufruf zum kommunistischen Arbeit am ersten Mai. Er schloß mit den Worten¹⁶⁶: „Am Tage des 1. Mai wird das russische Proletariat durch seine Feiertagsarbeit der ganzen Welt sagen: Wir haben den Zaren, den Kapitalisten, und den Beamten besiegt, wir haben die verfluchte Erbschaft der Bourgeoisie und des von ihr angezettelten Krieges — die wirtschaftliche Zerrüttung — besiegt und wir werden eine neue Welt ohne Unterdrückung und Vergewaltigung, eine Welt der Gleichheit und Brüderlichkeit aller Werktätigen und aller Völker aufbauen. Es lebe die Arbeit! Es lebe der erste Mai!“

So wurde der sowjet-russische erste Mai ein Tag der freiwilligen kollektiven Arbeit. Die Idee rührte von kommunistischen Samstagen (Subotnik) her, die zuerst in den Kasaner Eisenbahnwerkstätten in Moskau eingeführt wurden, auf die ganze Moskau-Kasan-Eisenbahn übergriffen und sich bald über das ganze Land verbreiteten.

Zwei Ziele hatte der kommunistische Samstag. Das erste ist dem Drange, den wirtschaftlichen Zerfall im Lande zu bekämpfen, entsprungen; der andere ethische psychologische Zweck, der namentlich am 1. Mai hervortrat, bestand in dem Versuch, den Arbeitswillen zu steigern und die kommunistische Arbeitsdisziplin einzuführen.

Dieser in der sowjet-russischen Maifeier auftretende (weltgeschichtliche) Versuch bedeutete eine massenpsychologische Umstellung. Man stelle sich vor: bisher wurde die würdigste Begehung der Maifeier in der Niederlegung der Arbeit betrachtet und jahrzehntelang ertrag um dessentwillen die Arbeiterklasse die größten wirtschaftlichen Opfer; und nun mit einem Schlag findet die Maifeier ihren höchsten Ausdruck in der Arbeit. Welche Wandlung der Ideologien! Die Kommunisten sind sich der Schwierigkeit dieser psychologischen Umstellung wohl bewußt. Gleichzeitig sind sie aber von der Notwendigkeit durchdrungen, daß mit der alten ideologischen Einstellung zur Maifeier gebrochen werden muß, nachdem ihre alten ökonomischen Voraussetzungen (Privateigentum an den Produktionsmitteln — kapitalistische Warenwirtschaft) gefallen sind. „Leute, die sich ihr ganzes Leben lang abgemüht haben, die jahrzehntelang mit gebeugtem Rücken bei kapitalistischer Zwangsarbeit zugebracht haben, den Nutzen der Arbeit zu predigen, ist keine leichte Sache!“ schreibt Trotzki¹⁶⁷. Lenin glaubt die

¹⁶⁵ Die Kommunistische Internationale, Nr. 10, S. 211.

¹⁶⁶ Russische Korrespondenz, Heft 8/9, Juni 1920, S. 59.

¹⁶⁷ Die Kommunistische Internationale, Nr. 10. „Das Neue in unserer Maifeier.“

Wandlung der Arbeitsgewohnheiten und Sitten auf die Dauer einiger Jahrzehnte berechnen zu müssen. „Es handelt sich hier um eine Wandlung der Sitten, die verdorben sind durch das verfluchte Privateigentum an den Produktionsmitteln . . . Wir werden arbeiten, um die alte Formel: jeder für sich und Gott für uns alle, auszumerzen, um mit der Gewohnheit die Arbeit nur als Pflicht anzusehen, und sie nur dann als rechtmäßig zu erachten, wenn sie nach bestimmten Normen bezahlt ist, endgültig zu brechen.“¹⁶⁸

Der Versuch, dem der russische Maitag diene, scheint nicht ohne Erfolg gewesen zu sein. Wenn man hierüber vorliegende Berichte liest, ist man versucht zu meinen, daß die Arbeit ihres erdschweren Charakters entbunden worden wäre und daß von diesem neuen Maifest ein neuer Mythos ausgehe¹⁶⁹.

Mit diesem kollektiven Arbeitsversuch wollte man auch neue, bisher passive Schichten zum Aufbau des neuen Staates gewinnen. Dies scheint auch tatsächlich nicht nur eine Hoffnung geblieben zu sein, denn in allen Berichten stellt man mit Genugtuung fest, daß sich nicht nur Kommunisten daran beteiligten. Um dies in weiterem Maßstab zu erreichen, wurden durch die Organisationen Arbeiten gewählt, die offensichtlich der Allgemeinheit nützen. „Auch dort, wo die Versuche kommunistischer Arbeit nicht gleich die erhofften Resultate zeitigten“, schrieben die Kommunisten, „müssen sie dennoch organisiert werden, sei es auch nur aus dem Grunde, die Bauern zu veranlassen, über das gesellschaftliche Wesen der neuen kommunistischen Arbeit nachzudenken. Wenn sie später sehen werden, daß erwachsene und nicht dumme Leute systematisch an jedem Festtag arbeiten, so werden sie anfangen nachzudenken und werden irre werden an der Unantastbarkeit des Prinzips nur für sich zu arbeiten und nur für sich zu sorgen.“¹⁷⁰

Schließlich wurde der erste Mai dazu benutzt um in ganz Rußland eine Amnestie zu erlassen, die sich auf alle Inhaftierte mit Ausnahme der aktiven Konterrevolutionäre, der professionellen Diebe, „der besonders schädlichen Schleichhändler“ und der Banditen erstreckte¹⁷¹.

Diese Gestaltung des 1. Mai hat man indessen in den nächsten Maifeiern doch nicht durchgängig beibehalten. Die weitere Entwicklung in Sowjetrußland schlug andere Richtungen ein und ging neue Wege. Am 1. Mai 1922 kam es für die bolschewistische Regierung und für die Rote Armee zu gewaltigen Kundgebungen¹⁷².

¹⁶⁸ N. Lenin: Vom ersten kommunistischen Samstag an der Moskau-Kasenerbahn bis zum allrussischen kommunistischen Samstag am 1. Mai, Russische Korrespondenz Nr. 8/9, Juni 1920, S. 59. „Werden wir es verstehen, in uns selbst den Widerstand des Individualismus und Egoismus durch das sozialistische Bewußtsein der Notwendigkeit einer energischen Arbeit zu überwinden?“ fragt Maxim Gorki: Der Weg zum Glück, Russische Korrespondenz, gleiche Nummer, S. 62.

¹⁶⁹ Siehe z. B. den Aufsatz »Der werktätige Feiertag der Armen« von E. Preobraschenski. Ebenda, S. 60.

¹⁷⁰ A. Mitrofanow: Die kommunistischen Samstage im Dorfe. Russische Korrespondenz, Nr. 10 vom Juli 1920, S. 108,

¹⁷¹ Russische Korrespondenz, Nr. 8/9 vom Juni 1920, S. 79.

¹⁷² Vergleiche hierzu „L'Humanité“ vom 25. Mai und 12. Juni 1922.